Donnerstag, 7. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 80 - 14. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

Moskau droht. Paris will nicht „weiche Stelle" in Europa sein

Hintergründe der Ausweisung / Marchais: KPF bleibt in der Regierung

DW. Paris

Moskau hat der französischen Regierung gestern wegen der Ausweisung von 47 der Spionage beschuldigten Sowjetbürger Konsequenzen angedroht. Nach Angaben französischer Diplomaten und Journalisten war aber bis gestern noch nicht erkennbar, welche Schritte die UdSSR ergreifen werde. Allgemein wurde jedoch mit einer erheblichen Belastung des bilateralen Verhältnisses gerechnet. Kritik an Frankreich war in den sowjetischen Medien bislang eine Seltenheit. Die französische Regierung bezeichnete ihre Entscheidung als Signal dafür, daß sie bei der Bekämpfung von Spionage „nicht feige" sei. Ihr Sprecher Max Gallo erklärte: „Die Maßnahmen brauchen keinen Kommentar. Die Handlungen genügen." Frankreich habe mit der Ausweisung gezeigt, daß es keine „weiche Stelle" in Europa für den Diebstahl militärischer und technologischer Geheimnisse sei.

Französische Zeitungen vermuteten gestern vor allem politische Motive hinter der Ausweisung. Staatspräsident Mitterrand habe gewußt, daß die spektakuläre Aktion „in Washington tiefe Befriedigung hervorrufen würde". Die Kommunistische Partei Frankreichs, die mit zwei Ministern und zwei Staatssekretären in der Linksregierung vertreten ist, hob hervor, daß die Affäre nicht zu einem Ausscheren der Kommunisten aus der Koalition führen werde.

Wie die französische Presse gestern berichtete, handelt es sich bei den Ausgewiesenen um 40 Diplomaten, zwei Journalisten und fünf Mitarbeiter sowjetischer Handelsinstitutionen in Paris. Die Gründe für die Ausweisung waren von Regierungsseite nicht klar dargelegt worden. Es war lediglich von „systematischer" Spionage-Tätigkeit „vor allem auf militärischem Gebiet" die Rede. Nach Auskunft von Regierungsbeamten geht die Entscheidung auf eine lange Kette von Ereignissen und nicht auf einen Einzelfall zurück. Eines dieser Ereignisse sei vergangene Woche die Verhaftung eines Archivars aus der

SEITE 6:
In Spanien wird das KGB wieder aktiv

französischen Industrie gewesen, der Industriegeheimnisse an einen sowjetischen Handelsattaché verraten haben soll.

Erwähnt wurde von der französischen Presse auch der mysteriöse Tod des Geheimdienstagenten Oberst Bernard Nut, der am 15. Februar bei Nizza erschossen worden war. Es gab Spekulationen, daß Nut, der nach einigen Berichten in Zusammenhang mit dem angeblich von Bulgarien unterstützten Papst-Attentat ermittelt haben soll, von einem Doppelagenten getötet wurde. Dadurch sei der „modus vivendi" zwischen dem französischen und sowjetischen Geheimdienst gebrochen worden.

Für Einzelheiten über die Tätigkeit der Sowjet-Spione ist man bislang auf Spekulationen und spärliche Angaben aus dem Ausland angewiesen. So liegen Hinweise aus den USA vor, wonach Sowjet-Agenten in Amerika und Europa seit Monaten systematisch westliche Forschungen auf dem Gebiet der Raketen-, Flugzeug- und Panzerabwehr ausspionieren. Gerade in Frankreich werden solche Forschungen energisch vorangetrieben. Außerdem interessieren sich die sowjetischen Geheimdienste für die Neutronenwaffen, die in den USA und Frankreich bereits Produktionsreife erreicht haben, aber bislang noch nicht hergestellt werden.

Inwieweit bei der Ausweisung der Sowjets auch innenpolitische Erwägungen eine Rolle spielten, kann nur aus Andeutungen aus dem Umfeld des Pariser Innenministeriums gemutmaßt werden. So entstand bereits vor längerer Zeit der Verdacht, daß sowjetische Agenten unter dem Mantel des diplomatischen Status an Versuchen zur Destabilisierung der Pariser Regierung beteiligt gewesen sein könnten. Es gibt Querverbindungen zwischen sowjetischen Dienststellen in Frankreich und armenischen, korsischen und baskischen Terroristen, die auf französischem Territorium operieren, wie von einigen Ministern, darunter Innenminister Defferre, im vergangenen Jahr wiederholt erklärt worden war.

Eine andere innenpolitische Erwägung – sie wurde von der gaullistischen Opposition offen ausgesprochen – könnte die Ablenkung der Öffentlichkeit vom harten Sparprogramm gewesen sein, das Premierminister Mauroy gestern in der Nationalversammlung verteidigen mußte. Die Ausweisung von Sowjets aus Frankreich war und ist, unter welchem Regime auch immer, außerordentlich populär. Der Durchschnittsfranzose ist

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Die Quittung

HERBERT KREMP

Die Spitze des Eisbergs wurde von einer Seite sichtbar. Der sowjetische Geheimdienst muß in Frankreich neue Residenzen aufbauen. Auch der KGB-Staat Sowjetunion mit dem langjährigen KGB-Chef Andropow an seiner Spitze kann die Halbierung seiner „Légion Etrangère" in einem westlichen Land nicht von heute auf morgen wettmachen. Der Rausschmiß der 47 aus Frankreich wird historisch nur übertroffen von dem Rausschmiß von 105 Sowjet-Agenten aus Großbritannien am 24. September 1971. Die Niederlage Andropows ist spektakulär.

Heute, zwei Tage nach dem Start der Iljuschin 18 mit der enttarnten Last vom Flughafen Charles de Gaulle, wird nach den Gründen gefahndet, die Präsident Mitterrand zum Handeln veranlaßten. Der Zeitpunkt mag innenpolitisch gewählt gewesen sein, das liegt im Rahmen staatlicher Souveränität. Der Präsident hat durch seinen Schachzug die Kommunisten in der Regierung zur Offenbarung ihrer babylonischen Gefangenschaft gezwungen. Er schob den Bürgern auch ein Stück Zucker in den Mund – für das Geld, das er ihnen aus den Taschen zog. Das ist Innenpolitik; und wir haben sie so lange nicht zu kritisieren, wie ein französischer Ministerpräsident die Deutschen nicht öffentlich des „Deflations-Wahnsinns" zeiht.

Der Kern der Aktion gegen die Agenten mit Status ist jedoch anderer Art. Ein demokratisches Land mit Selbstverständnis nimmt es auf die Dauer nicht hin, systematisch von einer fremden Macht ausspioniert zu werden. Die Neigung, solche Arroganz zu übergehen, läßt in allen westlichen Ländern deutlich nach. Niemand hat es nötig, einem KGB-Staat die andere Wange hinzuhalten. Seit dem Mordversuch am Papst ist die „ehrenwerte Gesellschaft" des KGB in der vielfach gutgläubigen und harmlosen, weil so privaten, westlichen Gesellschaft diskreditiert. Und es wiederholen sich die Zeichen, daß seriöse Männer in der Sowjetunion den Methoden des Geheimdienstes und seines zum Staat gewordenen Führers Andropow das Verständnis verweigern.

So keimt der Konsensus, daß organisiertes Verbrechen und internationale Staatenwelt miteinander unvereinbar sind. Die Sowjets überziehen. Wenn von den über 400 Sowjetbürgern in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 50 Prozent als Agenten enttarnt sind, stellt sich die Frage nach der Grenze der Toleranz. Frankreich hat sie beantwortet.

POLITIK

Kohl nächste Woche nach Washington

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher werden am 14. April zu einem 24stündigen Kurzbesuch nach Washington fliegen. Dort sind Gespräche mit Präsident Ronald Reagan, Außenminister George Shultz, Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Finanzminister Donald Regan und führenden Kongreßabgeordneten, sowie wahrscheinlich auch mit Vizepräsident George Bush vorgesehen. Im Mittelpunkt der Unterredungen wird nach Angaben von Regierungssprecher Diether Stolze der Stand der Rüstungskontrollgespräche, vor allem der Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF), stehen. Stolze betonte, der Bundeskanzler sehe dem weiteren Verhandlungsverlauf in Genf trotz der negativen Reaktion Moskaus auf die von Präsident Reagan angeregte Zwischenlösung mit Zuversicht entgegen. Kohl sei zuversichtlich, daß die Vorschläge Washingtons zu Fortschritten in Genf führen würden. Der Kanzler reise als deutscher Regierungschef, aber auch als EG-Ratspräsident.

Kulikow: Osten über höhere Rüstung einig

AP, Moskau

Die Staaten des Warschauer Pakts haben sich nach den Worten ihres militärischen Befehlshabers, des sowjetischen Marschalls Kulikow, auf eine weitere Stärkung ihrer Streitkräfte geeinigt. Auf der Gipfelkonferenz der Organisation im Januar in Prag seien entsprechende Beschlüsse gefaßt worden, schrieb Kulikow gestern in der Armeezeitung „Krasnaja Swesda". Er begründete diese Maßnahmen mit Rüstungs- und Modernisierungsanstrengungen der NATO. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten würden „weder Mühe noch Kosten scheuen", um die auf Erlangung der militärischen Überlegenheit gerichteten Anstrengungen des Westens zunichte zu machen. Dazu gehöre, daß die Sowjetunion zu jeder von den USA oder der NATO entwickelten neuen Waffe ein „zuverlässiges Gegengewicht" haben werde, schrieb Kulikow. „Das Wettrüsten in den Vereinigten Staaten und einer Reihe von NATO-Staaten nehme immer größere Ausmaße an und münde in eine qualitativ neue, sehr viel gefährlichere Phase", meinte Kulikow.

ZITAT DES TAGES

„Über den Wert oder Unwert eines Verteidigungssystems ein Urteil abzugeben, das bringt die eigentliche Aufgabe der Kirche meines Erachtens ins Zwielicht."

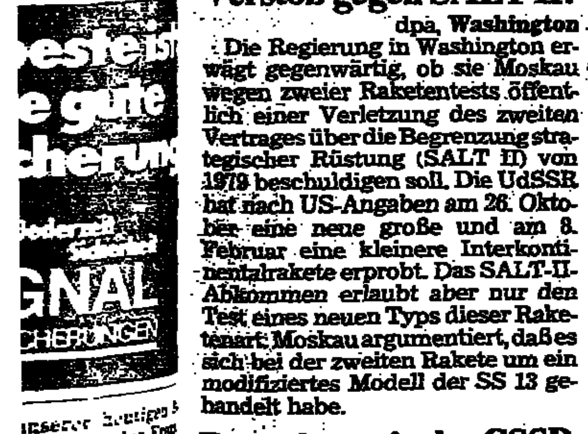
Manfred Rommel, Stuttgarter Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages, in einem Interview der „Lutherischen Monatshefte". FOTO: JUPP DARCHINGER

Erfolgreicher Test

AP/rtr, Washington

Die amerikanischen Streitkräfte haben nach Angaben des Pentagon im vergangenen Monat neue Anti-Schiffs-Raketen des Typs „Harpoon" erfolgreich getestet. Im Mittelpunkt der Erprobung stand offenbar die Fähigkeit der von B-52-Bombern aus abgefeuerten „Harpoon", Überwasserschiffe aus verschiedenen Entfernungen selbsttätig anzusteuern und zu treffen. Die „Harpoon"-Raketen haben eine Reichweite von rund 160 Kilometern.





Verstoß gegen SALT II?

dpa, Washington

Die Regierung in Washington erwägt gegenwärtig, ob sie Moskau wegen zweier Raketentests öffentlich einer Verletzung des zweiten Vertrages über die Begrenzung strategischer Rüstung (SALT II) von 1979 beschuldigen soll. Die UdSSR hat nach US-Angaben am 26. Oktober eine neue große und am 8. Februar eine kleinere Interkontinentalrakete erprobt. Das SALT-II-Abkommen erlaubt aber nur den Test eines neuen Typs dieser Raketenart. Moskau argumentiert, daß es sich bei der zweiten Rakete um ein modifiziertes Modell der SS 13 gehandelt habe.

Festnahmen in der CSSR

rtr, Wien

Etwa 20 Franziskaner-Mönche sind nach Angaben aus Emigrantenkreisen in der vorigen Woche in mehreren Städten der Tschechoslowakei festgenommen worden. Die Polizei habe die Wohnungen der Mönche nach verbotener religiöser Literatur durchsucht und angegeben, derartige Druckerzeugnisse auch gefunden zu haben. Bis auf vier seien die Festgenommenen wieder auf freiem Fuß.

WIRTSCHAFT

„Bessere Chancen"

AP, Köln

Mit dem neuen Tarifabschluß in der Metallindustrie ist nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, ein wichtiger Schritt zu mehr Kostenstabilisierung getan worden. Kirchner sagte gestern in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, mit dem Abschluß in Nordrhein-Westfalen sei eines der wesentlichen Verhandlungsziele der Arbeitgeber bestätigt worden. Dieses Ziel habe vorrangig darin bestanden, über eine vernünftige Lohnpolitik den Preisauftrieb zu bremsen und damit verbesserte Wettbewerbschancen für die deutsche Metallindustrie zu schaffen. Seite 4

Gegen Protektionismus

rtr, Washington

Der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block hat erneut die EG zum Abbau der Agrarexportsubventionen aufgefordert. Diese europäischen Subventionen würden künstlich hochgehalten und trügen zur Überproduktion bei, sagte Block. Im internationalen Handel müsse mehr Disziplin geübt werden, damit Staaten sich „nicht gegenseitig an die Gurgel gehen". Seite 2

5,03 Mrd. Überschuß

dpa/VWD, Frankfurt

Mit einem Überschuß von 5,03 Milliarden Mark schloß die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland im Februar 1983, nachdem bereits der Vormonat im Leistungs- und Kapitalverkehr ein Plus von 1,84 Milliarden gebracht hatte. Im Februar 1982 hatte die Zahlungsbilanz ein Plus von 313 Millionen ausgewiesen. Das teilte die Deutsche Bundesbank gestern mit.

Kooperation mit Honda

dpa/VWD, London

British Leyland (BL) und Honda haben gestern einen Vertrag über die gemeinsame Entwicklung eines Mittelklassewagens unterzeichnet, der in zwei Versionen in beiden Ländern 1985 auf den Markt gebracht werden soll.

Aktien auf Höchststand

DW. Frankfurt

Der Aktienmarkt präsentierte sich zur Wochenmitte sehr fest. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 135,1 (133,3) einen absoluten Höchststand. Der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,4110 (2,4170) Mark. Goldpreis je Feinunze 428,50 (426,75) Dollar.

WETTER

Einzelne Schauer

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet tagsüber wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, bei Temperaturen zwischen 7 und 12 Grad. In der Nacht länger andauernder Regen bei Temperaturen um 4 Grad.

„Positives Signal vom Arbeitsmarkt"

Regierung sieht im Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,8 Prozent Politik bestätigt

DW. Bonn

Die Bundesregierung sieht in der Tatsache, daß erstmals seit einem Jahr die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland wieder zurückgegangen ist, ein positives Signal, schließt daraus aber noch nicht auf eine „arbeitsmarktpolitische Entwarnung". Josef Stingl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, bewertete den Rückgang der Zahl der Kurzarbeiter vor allem in der Bauwirtschaft als ein Zeichen dafür, „daß es aufwärts geht". Zweifel an einem einsetzenden Aufschwung meldete hingegen die SPD an.

Im Monat März verminderte sich die Zahl der Erwerbslosen gegenüber dem Vormonat – saisonbedingt – um 149 300 oder sechs Prozent auf 2 386 500. Die Arbeitslosenquote ging von 10,4 Prozent im Februar auf 9,8 Prozent zurück. Im März 1982 lag die Rate bei 7,6 Prozent. Seit diesem Monat war die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland bis einschließlich Februar 1983 von 1 645 800 auf 2 535 800 gestiegen und hatte damit ihren höchsten Stand in der Nachkriegsgeschichte erreicht.

Die Zahl der offenen Stellen stieg nach den Angaben Stingls im März um 13 200 oder 19 Prozent auf 82 000. Die Kurzarbeiter-Zahl ging im Berichtsmonat um 125 300 oder elf Prozent auf 1 022 900 zurück. Dies hängt nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit mit einer teilweisen Besserung der Auftragslage und einer Belebung bei der Produktion zusammen.

Präsident Stingl berichtete von einer lebhafteren Nachfrage nach Arbeitskräften im März. Der bei den Arbeitsämtern gemeldete Stellenzugang habe sich auf 122 900 belaufen und damit erstmals seit längerem wieder das Vorjahresniveau erreicht. Der größere Stellenzugang habe auch die Arbeitsvermittlung positiv beeinflußt. Insgesamt konnten nach diesen Angaben im März 133 900 Arbeitssuchende vermittelt werden, das waren 2,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Vergleichszeit des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitsvermittlungen in sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt belief sich im Januar und Februar 1983 auf 6800 und ging damit wieder um zehn Prozent über das entsprechende Vorjahresergebnis hinaus.

Die größte Kurzarbeiterzahl, so präzisierte Stingl in einem Gespräch mit der WELT, habe der Maschinenbau. Stingl: „Die größte Differenz an offenen Stellen, über 50 Prozent weniger, hat die Metallverarbeitung, und die größte Differenz, nämlich Zuwachs von Arbeitslosen, auch. Am günstigsten ist zur Zeit der Angestelltensektor dran." Dies gelte für alle Angestelltenbranchen, „bis auf Verkäuferinnen, da ist es noch ein bißchen kritisch. Aber in allen sonstigen Bereichen haben wir dort die geringste Abnahme an offenen Stellen".

Stingl sagte weiter: „Und was ganz erfreulich ist, das ist also was ganz Neues: die Abnahme der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen ist besonders hoch ausgefallen. Der Anteil der Jugendlichen war bis Ostern sechs Prozent und ist jetzt 5,4 Prozent. Das ist schon eine, wenn sie auch klein erscheint, gewaltige Verschiebung."

Stingl sieht auch Anzeichen dafür, daß bei Einstellungen, die jetzt stattfinden, die jungen Leute den Vorzug haben, die ihre Lehre hinter sich gebracht haben. Der Präsident zog daraus den Schluß: „Also, man muß was tun, damit die Leute

■ Fortsetzung Seite 8

„DDR" erhöht Zahl der Todesautomaten

PETER SCHMALZ, München

Die innerdeutsche Grenze wurde 1982 nach Feststellung der Bayerischen Grenzpolizei „gefährlicher denn je". An den 422 Grenzkilometern zwischen Bayern und der „DDR" sind auf 92,6 Kilometern Selbstschußanlagen vom Typ SM 70 installiert, das sind 15 Kilometer mehr als im Vorjahr. Dennoch konnten 28 Personen (1981: 17) die Grenzhindernisse überwinden.

Die spektakulärste Flucht gelang im August vergangenen Jahres einem 17jährigen. Er war schon an dem mit Todesautomaten gesicherten Metallgitterzaun, als er die Gefahr erkannte. Ein Sprecher der Grenzpolizei: „Er lief in den Wald zurück und riß einen besonders langen Ast ab." Mit dessen Hilfe löste er mehrere Schußapparate aus. Doch trotz aller Vorsicht hatte der junge Mann den Wirkungsbereich unterschätzt und wurde von sieben der jeweils 5 mal 7 Zentimeter großen Metallstücke getroffen. Schwerverletzt konnte er dennoch den Zaun überwinden und sich in die Freiheit schleppen.

Im bayerischen Grenzbereich gelang insgesamt 62 (Vorjahr 64) Menschen die Flucht. Fünf davon waren Angehörige der „DDR"-Grenztruppe. Als Dokument der Unmenschlichkeit wertet die Bayerische Grenzpolizei neue Mauerbauten an grenznahen Ortschaften: „Damit ist nun Freunden und Verwandten auch noch die Blickverbindung nach hüben und drüben verwehrt."

Die ersten Selbstschußanlagen entlang der innerdeutschen Grenze waren von der „DDR" 1970 installiert worden. Inzwischen sind mehr als 430 Kilometer des gesamten Grenzverlaufs mit den automatischen Tötungsgeräten ausgerüstet. Ihre Zahl wird auf etwa 54 000 geschätzt.

US-Bischöfe auf Distanz zur Freeze-Bewegung

DW. Bonn

Mit unverhohlener Befriedigung sind in der Deutschen Bischofskonferenz die gravierenden Änderungen im Entwurf eines Hirtenbriefes über Krieg und Frieden des amerikanischen Episkopats registriert worden. Die amerikanischen Oberhirten zeigten sich in der neuen, dritten Vorlage bemüht, eine gewisse Distanz zwischen sich und der amerikanischen „Friedensbewegung" zu legen, die nach Einschätzung von Fachleuten ein naives Verhältnis zur Machtpolitik der Sowjetunion an den Tag legt. Die Forderung nach Einfrieren (Freeze) aller Atomwaffen wird von den Bischöfen in den USA nicht mehr deckungsgleich mit der Freeze-Bewegung erhoben.

In Kreisen der Deutschen Bischofskonferenz zeigte man sich gestern erfreut darüber, daß Kriegsverhütung und Freiheitserhaltung von den amerikanischen Oberhirten jetzt in einem engeren Zusammenhang gesehen werden. Auf diesen Kontext werden auch die deutschen Bischöfe hinweisen, die am 18. April in Würzburg eine eigene Erklärung zu Frieden und Abrüstung verabschieden wollen. In dem Papier wird gefordert werden, daß militärische Sicherheitspolitik als Teil einer umfassenden politischen Friedenssicherung verstanden werden müsse. Es sollen Kriterien genannt werden, unter denen Abschreckung ethisch legitimiert werden könne. Bei den bisherigen Diskussionen spielte eine Rolle, wie weit auf dem Gebiet von Friedenssicherung und Friedenspraxis überhaupt die Kompetenz des bischöflichen Lehramtes reiche.

Seite 6: Amerikas Bischöfe mildern den Ton – aber die Angst vor dem Atomkrieg bleibt

USA: In Genf flexibel

AP, Washington

Die Vereinigten Staaten haben gestern ihre Bereitschaft bekundet, bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau von Mittelstreckenwaffen in Europa Flexibilität zu zeigen. Wie der Leiter der Europaabteilung im US-Außenministerium, Richard Burt, vor der Presse bekanntgab, werde die US-Regierung ihrem Chefunterhändler Paul Nitze „die Flexibilität geben, die er braucht, um zu einem Abkommen zu gelangen". Washington sei über die positive Reaktion der europäischen Verbündeten auf Reagans Vorschlag einer Zwischenlösung bei den Verhandlungen „sehr, sehr ermutigt".

China warnt vor Sowjetraketen

AFP, Peking

Die Volksrepublik China hat sich erneut beunruhigt über die Möglichkeit geäußert, daß sowjetische Atomraketen vom europäischen Teil der Sowjetunion in den fernöstlichen Teil verlegt werden könnten. Die Pekinger Nachrichtenagentur Xinhua erinnerte dabei gestern an die Haltung Japans zu diesem Problem. China hatte in den vergangenen Wochen mehrfach eine Zerstörung und nicht nur eine Verlegung der betreffenden sowjetischen Raketen verlangt, die – so Außenminister Wu Xueqian – eine ernste Bedrohung der asiatischen Staaten wären.

Eppler: Für Moskau Verständnis

dpa, Bonn

SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler hat Verständnis dafür geäußert, daß Moskau die vom amerikanischen Präsidenten Reagan vorgeschlagene Zwischenlösung bei den Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen ablehnt. Die westliche Pershing-2-Rakete sei eine „lebensgefährliche Enthauptungswaffe", schrieb Eppler gestern im SPD-Pressedienst. Falls die Rakete vor der „Haustür der Sowjetunion" stationiert werde, könnte sie in kürzester Zeit die politischen und militärischen Befehlszentralen der anderen Seite absolut präzise ausschalten.

Seite 8: Bahr setzt Attacken fort

Zuflucht zu „Regierung per Dekret"

Frankreichs Premier Mauroy will Austerity-Politik durchsetzen / Rügen der Opposition

H. WEISSENBERGER, Paris

Die Debatte in der französischen Nationalversammlung über die neue, verschärfte „Austerity"-Politik der sozialistisch-kommunistischen Regierung gestern nachmittag war nur noch Formsache, nachdem Premierminister Pierre Mauroy verkündet hatte, die Regierung werde die erforderlichen Maßnahmen „per Dekret" verfügen, also unter Ausschaltung des Parlaments.

Einzige Aufgabe der Nationalversammlung war es, der Regierung die „Genehmigung" zu diesem in der französischen Verfassung in Artikel 38 vorgesehenen Verfahren zu geben. Die „Dekrete" oder „Verordnungen" werden im Kabinett beschlossen und treten sofort in Kraft.

Mauroy hatte bereits im Januar 1982 Zuflucht zur „Regierung per Dekret" genommen, um mehrere soziale Reformen, darunter die Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 40 auf 39 Stunden, ohne Parlamentsdebatte durchzusetzen. Die Entscheidung, wieder auf den Artikel 38 zurückzugreifen, hat in der Opposition heftige Kritik hervorgerufen.

Der Fraktionschef der UDF des ehemaligen Präsidenten Giscard d'Estaing, Jean-Claude Gaudin, erklärte: „Dies zeigt, daß die Regierung die Reaktionen ihrer eigenen Mehrheit im Parlament mehr fürchtet, als die der Opposition. Es wäre für die Regierung sehr schwierig gewesen, systematisch sämtliche von den Sozialisten und Kommunisten eingebrachten Abänderungsvorschläge abzulehnen. Wir sind mit dem Rückgriff auf den Artikel 38 in einen Teufelskreis eingetreten, in dem die Regierenden die Staatsinstitutionen nicht mehr besonders respektieren."

Die Durchsetzung des unpopulären zweiten Austerity-Programms per Gesetzgebung hat in der Tat die Regierung vor das schwierige Problem gestellt, sich in der Nationalversammlung mit der „internen" Opposition vom linken Flügel der Sozialistischen Partei, vor allem aber der Kommunistischen Partei, auseinandersetzen zu müssen.

Die Kommunisten hatten angekündigt, daß sie Abänderungsanträge einbringen würden, um einen Teil der geplanten Maßnahmen im Interesse einer „größeren sozialen Gerechtigkeit" rückgängig zu machen. Auch der linke Flügel der Sozialistischen Partei wollte die erforderlichen Maßnahmen für die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten abmildern. Damit wäre jedoch das prekäre Austerity-Programm voraussichtlich völlig in sich zusammengebrochen. Wenn die Regierung „per Dekret" regiert, werden die internen Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen im engen Kabinettskreis ausgetragen. (SAD)

Heute in der WELT

Meinungen: Die Aushöhlung der Landtage – Von Rupert Scholz S. 2
Winterspiele '92: Nachbarn im olympischen Wettstreit S. 3
An den Berliner Universitäten bahnt sich eine Wende an S. 4
Die GEW erklärt dem konservativen Reformer den Krieg S. 5
Zimbabwe: Mugabes Truppen morden weiße Farmer und Touristen S. 6
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Wirtschaftsreform in Polen erreicht ihre Ziele nicht S. 8
Wirtschaft: Baustopp in Kalkar und Schmehausen? S. 9
Sport: Besuch beim Sechstage-Kaiser Patrick Sercu S. 14
Fernsehen: Zwischen allen Stilen – Howard Carpendale S. 14
Kultur: Der 100. Deutsche Chirurgen-Kongreß in Berlin S. 15
Aus aller Welt: Kunstmond kam auf die schiefe Bahn S. 16

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hoffen auf Red Adair

Von Jürgen Liminski

Ob sich die Kriegsgegner am Persischen Golf auf das Zureden der anderen Anrainer hin auf eine Feuerpause einigen und ob dann solch eine Einigung genügend Bestand hat, um der Ölpest Herr zu werden, das sind Fragen, die jetzt in Kuwait unter dem Druck der Not diskutiert werden. Den Ölpotentaten steht das schwarze Gold bis zum Hals.

Diskutiert wird auch, ob man für die Reparatur- und Rettungsarbeiten Franzosen, Amerikaner oder Briten oder gar alle gemeinsam heranziehen soll. Die Sowjets werden in diesem Zusammenhang nicht genannt. Sie verfügen nicht über das notwendige Know-how; ihre Technologie stammt größtenteils selber aus dem Westen – auf welchen Wegen sie auch immer in die Sowjetunion gelangt sein mag.

Das ist politisch bedeutsam. Die Opec-Länder sind, so zeigen die möglichen Folgen der Ölpest für die Wasser- und Stromversorgung am Golf, doppelt und dreifach auf den Westen angewiesen. Zum einen brauchen sie die westliche Technologie für die Ölförderung, zum zweiten wird der Ölpreis, wie die jüngste Opec-Konferenz ergab, jetzt wieder auch auf westlichen Märkten abgewogen, und zum dritten benötigen die Araber das Fachwissen eines Red Adair oder französische Abpump-Systeme, wollen sie nicht am schwarzen Gold ersticken.

Der Ernstfall am Golf hat viele Gesichter. Die Ölpest ist eins. Ihre Bekämpfung mit westlichem Wissen könnte den Einfluß Europas und Amerikas in dieser Region stärken. Das läßt sich gewiß nicht gleich in bare politische Münze prägen, wie ein totalitärer Staat vom Schlage der Sowjetunion dies ohne Umschweife tun würde. Aber solche Hilfe schafft ein politisches Kapital, auf das sich bei Verhandlungen aller Art auch ungeniert hinweisen läßt. Denn bei allem rhetorischen Rauch um Pläne, Papiere und Protokolle: am weitesten kommt man bei arabischen Gesprächspartnern mit einer eindeutigen und klaren Sprache.

Kampf am Futtertrog

Von Wilhelm Hadler

Agrarpolitiker haben einen rauheren Umgangston als die Diplomaten. So sollte man auch nicht jede Bemerkung auf die Goldwaage legen, die der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block in den letzten Monaten über die Exportpolitik der EG gemacht hat.

Die jüngsten Äußerungen Blocks lassen sogar eher auf Verhandlungsbereitschaft schließen. Offenbar ist sich die US-Administration darüber im klaren, daß eine weitere Eskalation im transatlantischen Handelskrieg nur schaden würde, wirtschaftlich wie politisch.

Man macht es sich jedenfalls zu leicht, wenn man die Kritik der Amerikaner an den kostspieligen Brüsseler Agrarsubventionen ungeprüft übernimmt. Auch die US-Farmer werden in vielfältiger Weise vom Staat unterstützt. Gerade deshalb hat das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) auch im Export Subventionen zugelassen. Nur soll keiner der Handelspartner einen unangemessenen Anteil am Weltmarkt anstreben.

Die Amerikaner haben zwar der EG durch die Verschleuderung von einer Million Tonnen Weizenmehl an Ägypten zu verstehen gegeben, daß sie finanziell mit den Europäern mithalten können. Ähnliche Geschäfte hat Block jedoch bei seiner Reise in die nordafrikanischen Länder nicht wieder unter Dach und Fach gebracht. Für die Gemeinschaft bleibt damit eine Frist, die sie durch eine verantwortungsvolle Politik nutzen sollte.

Gelegenheit dazu geben nicht nur die Gespräche mit Washington, sondern die bevorstehenden Beschlüsse über die europäischen Agrarpreise. Je höher die Preise ausfallen, um so größer werden nämlich die Exportsubventionen.

Einem Virus auf der Spur

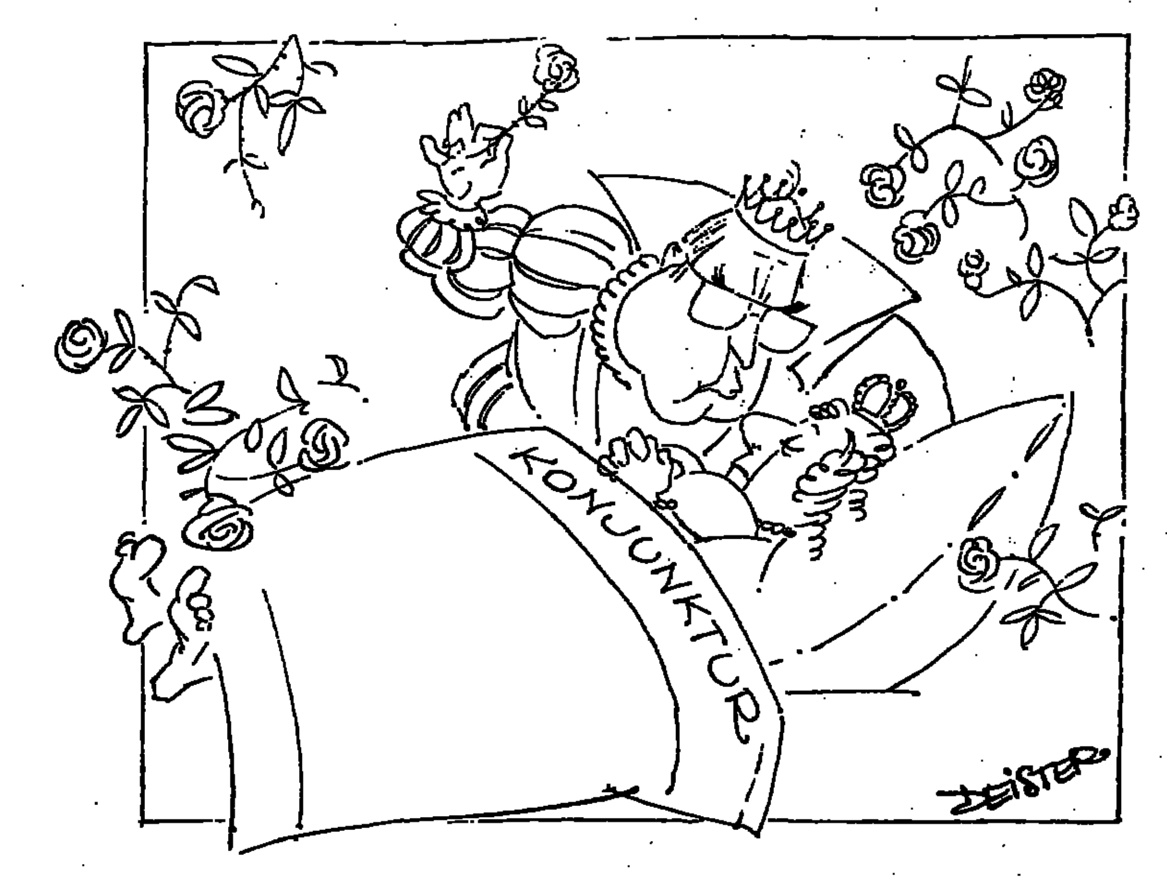
Von Jochen Aumiller

Wenn es so wäre, wie viele Forscher geglaubt haben, daß Krebs durch Viren erzeugt wird – der Krebs hätte seinen furchtbaren Ruf längst verloren. Aber die meisten, vor allem die häufigsten Krebserkrankungen wuchern, ohne daß Viren die Initialzündung dazu geben. Zu den wenigen Krebsformen, die auf diese Erreger zurückzuführen sind, gehören das primäre Leberkarzinom und das sogenannte Burkitt-Lymphom, zwei in unseren Breiten relativ seltene Wucherungen.

Nun belegen Studien aus den USA und Japan, daß auch eine seltene Form des Blutkrebses, die „T-Zellen-Leukämie", das Werk spezieller Viren sein könnte. Der international renommierte Virusforscher R. C. Gallo, Bethesda, hatte schon vor Jahren Indizien für diesen Verdacht zusammengetragen. Nach den neuen Erkenntnissen kommen Leukämie-Viren und dieser Blutkrebs in einigen Gegenden Japans gehäuft vor. Es gilt als ziemlich sicher, daß bestimmte Affen aus der Familie der Meerkatzen (Makaken) besonders anfällig für dieses Virus sind und es übertragen.

Bei solchen Leukämie-Patienten konnten Viren isoliert und Antikörper im Blutserum nachgewiesen werden. Damit ist der Täter zwar noch nicht mit letzter Sicherheit überführt. Es könnte sich auch um ein zufälliges Zusammentreffen mehrerer Faktoren handeln. Es wäre auch möglich, daß die Viren nur eine Nebenrolle spielen. Immerhin aber reichen die Daten für die Forschergruppe um Barton Haynes in Durham (North Carolina) aus, um die Produktion eines Impfstoffes in Angriff zu nehmen.

Die Wissenschaftler sind jedenfalls wieder optimistischer, das Rätsel Krebs lösen zu können. Erst kürzlich ist auch der Nachweis gelungen, daß bei verschiedenen Krebserkrankungen Defekte im Erbgut vorliegen. Vielleicht glückt doch noch in diesem Jahrhundert der große Coup, auf den so viele sehnlichst warten.



ZEICHNUNG: DEISTER

Die Aushöhlung der Landtage

Von Rupert Scholz

Die Präsidenten der Landesparlamente haben zu Beginn des Jahres eine Resolution vorgelegt, in der sie Reformen zur Stärkung der Landesparlamente fordern. Die Präsidenten notieren richtig, daß sich im grundgesetzlichen Bundesstaat das Schwergewicht der Gesetzgebung eindeutig auf den Bund verlagert hat. Dabei geht das Grundgesetz von einer prinzipiellen Kompetenzvermutung zugunsten der Landesgesetzgeber aus.

So sprechen die Parlamentspräsidenten von der „schleichenden Auszehrung der Kompetenzen der Länder" und fordern, daß mehr Gesetzgebungszuständigkeiten auf die Länder verlagert werden, sofern diese „nicht aus zwingenden Gründen dem Bund zu belassen sind", und daß die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der konkurrierenden und rahmenrechtlichen Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes verschärft bzw. bundesgesetzliche Regelungen „auf das unbedingt notwendige Maß" beschränkt werden. Des weiteren fordern die Präsidenten, daß die Landesparlamente stärker an den Zuständigkeiten der Landesregierungen im Bundesrat sowie an der Kontrolle der Landesregierungen im Bereich des Vollzugs von Bundesgesetzen beteiligt werden.

Die Klage der Parlamentspräsidenten ist begründet. Vor allem über die vielfach extensive Ausnutzung der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeiten hat der Bund seinen realen Gesetzgebungsprimat begründet, obwohl das Grundgesetz für solche Bundesgesetze ein definitives „Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung" namentlich unter dem Aspekt der „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" im Bundesgebiet fordert. Diese Bedürfnisklausel hat indessen ihren Zweck, eigenständige Regelungsbereiche zugunsten der Länder zu hüten, eindeutig nicht erfüllt.

Verantwortlich hierfür sind vor allem die vielfältig uniformierenden und immer stärker zur zentralstaatlichen Regelungseinheit strebenden Energien eines mannigfach überbordenden Sozialstaates, der nur allzuoft vergaß, nach definitiven Bedürfnissen zu fragen, auf regionale und innergesellschaftliche Unterschiede zu achten, Leistungen und Lasten auszugleichen; der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" wurde oft auch dort der Vorrang gegeben, wo auf gesamtstaatliche Uniformität besser verzichtet worden wäre. Ein wenig mitverantwortlich an der genannten Entwicklung ist auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die dem Bundesgesetzgeber einen großen Freiraum eigenen Ermessens bei der Beurteilung der Frage einräumte, ob bundeseinheitliche Regelungen erforderlich seien.

Die Länder können dem tatsächlichen Gesetzgebungsprimat des Bundes heute nur noch ihren – ebenso eindeutigen – Primat bei der anderen großen Staatsgewalt, der Exekutive, gegenüberstellen. Doch obwohl das Bundesverfassungsgericht hier von durchaus gleichrangigen, balancebegründenden Relationen gesprochen hat, kann die Zukunft des deutschen Bundesstaates nicht allein auf solche Formen vertikaler Gewaltenteilung gegründet werden. Es bedarf auch der Stärkung der Zuständigkeiten der Landesparlamente.

Keinen Ausweg bietet ein Ausweichen der Landesparlamente in das Feld der exekutivischen Zuständigkeiten (obwohl auch die Präsidenten der Landesparlamente dieser Versuchung nicht ganz entgangen sind): Soweit die Landesregierungen Bundesgesetze vollziehen, unterstehen sie nämlich der Bundesaufsicht und nicht einer – konkurrierenden? – Kontrolle durch die Landesparlamente. Soweit die Landesregierungen über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes teilnehmen, handeln sie aus eigenverantwortlich-exekutivischer und nicht aus quasiparlamentarischer Zuständigkeit, an der die Landesparlamente in der einen oder anderen Weise beteiligt werden könnten. Solche Beteiligungen würden nicht nur den Bundesrat in seiner gegebenen und funktionierenden Grundzuständigkeit, sondern auch die demokratische Gesamtstruktur des Bundesstaates – demokratische Legitimation des Bundestags – grundlegend verändern.

Verhängnisvoll wären auch verstärkte Zuständigkeiten der Landesparlamente im Bereich der Landesexekutiven. Schon der Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung schlösse dies aus. Ungeachtet dessen zeigen häufige Beispiele aus der Praxis die wachsende Neigung vieler Landesparlamentarier, sich in typisch exekutivische Zuständigkeiten, bis hin zu Alltagsfällen, einzumischen, um wenigstens so etwas mehr an eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu gewinnen.

Die Lösung kann nur im Feld der originären Parlamentszuständigkeiten, nämlich bei der Gesetzgebung, gesucht werden. Praktisch bedeutet dies: mehr politische Zurückhaltung beim Bundesgesetzgeber und mehr Gestaltungsfreiheit für die Landesgesetzgeber.

Hoffnung mag den Landesparlamenten neuerdings die Leere im Bundeshaushalt geben, die jeden weiteren Ausbau übermäßig zentraler Wohlfahrtsstaatlichkeit ausschließt und statt dessen die Beschränkung auf wirklich zwingende Leistungs- und Steuerungsnotwendigkeiten, die Rückkehr zum wirklichen Bedürfnis, die wieder stärkere Ausbalancierung von Lasten und Leistungen und damit insgesamt ein ungleich höheres Maß an Differenzierung in den sozialen Ordnungssystemen fordert. Wer könnte hierzu aber wirksamere Beiträge leisten als die Landesgesetzgeber mit ihren Möglichkeiten zur regionalen Differenzierung und politisch konkreteren Bedarfskontrolle?

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Ordinarius für Staatsrecht an der Universität München und Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitverfasser des Grundgesetz-Kommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz FOTO: PETER PROBST

IM GESPRÄCH A. Quarracino

Vermitteln in Lateinamerika

Von Günter Friedländer

Kaum war er in der zweiten Abstimmung zum neuen Vorsitzenden der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz (Celam) gewählt worden, klebten die Medien ihm ein Etikett auf die Stirn: Hüter des konservativen Kurses der Celam.

Das wird dem Sechzigjährigen, der noch in Italien geboren wurde und im Alter von drei Jahren mit seinen Eltern nach Argentinien einwanderte, kaum gerecht. Der lebensfrohe, robuste italienische Priester, der – wie die Spanier es ausdrücken – „Gesundheit verkauft", ist ein Liberaler reinsten Wassers, der es freilich ablehnt, von der Linken zum nützlichen Idioten gemacht zu werden. Wohl deshalb hat man ihn in Konflikt-Situationen eher auf der Seite der Konservativen gesehen: Er fand dort größeren Respekt für seinen Liberalismus als auf der Linken.



Vorsitzender der lateinamerikanischen Bischofskonferenz: Quarracino FOTO: AP

Antonio Quarracino bejaht den Dialog mit Andersdenkenden aus vollem Herzen, fordert aber die Ausgangsstellung gegenseitigen Respektes. Dazu hatte er bisher besondere Gelegenheit, denn im Rahmen der Celam war er für das Gespräch mit Andersgläubigen verantwortlich. Dabei scheute er sich nicht, die Kritik jüdischer Kreise an den Mängeln dieses Dialogs in katholischen Veröffentlichungen zu verbreiten. Wer andere respektiert, darf Respekt für sich fordern.

Er gehört weder zu den vor lauter angeblicher Toleranz Schwachen, die die Amerikaner nach einem mittelalterlichen Marienorden „blutende Herzen" nennen, noch zu denen, die ihren Liberalismus mit Konzessionen an Andersdenkende unter Beweis zu stellen lieben. Der Bischof von Avellaneda, der Arbeiter-Vorstadt von Buenos Aires, in der der Peronismus aus der Taufe gehoben wurde, hat seine Unabhängigkeit gegenüber dieser Bewegung auch dann verteidigt, als das gefährlich war.

Seine erste Aufgabe ist das Gespräch mit der sogenannten Volkskirche der Armen, die vom Papst gelegentlich seiner Mittelamerikareise zurückgewiesen wurde. Hierzu Quarracino: „Wir müssen sie nicht verurteilen, sondern allen in den Bistümern beim Nachdenken helfen."

Quarracino ist der Nachfolger von Lopez Trujillo, der aus dem gehobenen Mittelstand Kolumbiens kam und einen Vertrauensmann in der von ihm geformten Celam behält: den kolumbianischen Bischof Dario Castrillon, der zum neuen Sekretär der Celam gewählt wurde.

Quarracino macht sich keine Illusion über die Schwierigkeit der ideologischen Auseinandersetzung in Lateinamerikas Kirche. Die Bischöfe konnten keinen besseren Mann für diese Aufgabe wählen. Aber sein Erfolg wird davon abhängen, ob die katholische Linke begreift, daß man ihr eine neue Chance gibt, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Als „maßvoll" würdigt die Mehrzahl der deutschen Blätter den Tarifabschluß in der Metallindustrie:

RHEINISCHE POST

Dem im Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen gefundenen Pilotabschluß für die Metallindustrie gebührt uneingeschränkte Anerkennung. Ob damit der Gewerkschaftsforderung nach Ausgleich der Preissteigerungsrate nachgekommen werden konnte, wird sich erst im nachhinein beurteilen lassen. Immerhin – auf dem steinigen Weg zur Entlastung der Betriebe bei den Lohnkosten sind die Tarifpartner wieder ein großes Stück vorangekommen. Zum dritten Mal in Folge haben die freien deutschen Gewerkschaften ein Ergebnis akzeptiert, das nicht das Kaufkraft-Argument stützt. Das ist zweifellos ein bemerkenswerter Vorgang. Ihre lohnpolitische Vernunft werden sich die Gewerkschaften im nächsten Jahr „bezahlen" lassen wollen durch Vereinbarungen zur Einführung der 35-Stunden-Woche. Die um diesen Punkt zu erwartenden Auseinandersetzungen deuteten sich bereits in Neuss an. Sollte auf seiten der Gewerkschaft auch dann wieder der gesamtwirtschaftliche Sachverstand die Oberhand gewinnen, müßte eine Verknüpfung dieser Frage mit der „normalen" Lohnrunde möglich sein. Bei vollem Lohnausgleich, wie manche Funktionäre träumen, ist dieser Weg jedenfalls nicht gangbar.

(Düsseldorf)

REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER

Gemessen an diesem ausgewogenen Ergebnis hat das Feilschen um den größtmöglichen Anteil am volkswirtschaftlichen Kuchen lange genug gedauert. 3,2 Prozent mehr Lohn für rund 3,3 Millionen Beschäftigte in der Metallbranche stehen nun als Datum in der Landschaft, in der keine besondere Idee, kein besonderes Merkmal Schatten wirft. Von der seit Jahren vielzitierten Wende in der Tarifpolitik kann keine Rede sein. Im Grunde genommen also eine Brot-und-Butter-Politik wie bisher. 3,2 Prozent mehr Lohn bei einer im Jahresdurchschnitt vermutlich höheren Inflationsrate bedeutet freilich zum vierten Male seit 1980 einen Verlust an Reallohn für die Arbeitnehmer. Wie in anderen europäischen Ländern leisten damit die abhängig Beschäftigten in erstaunlicher Ruhe und Diszipliniertheit ihren Beitrag zur Überwindung der Beschäftigungskrise in der Bundesrepublik, in der trotz gegenwärtigem „Frühlingserwachen" rund 2,5 Millionen Arbeitslose Solidarität einklagen, der Pleitegeier weiter munter die Runden macht, die Strukturkrisen bei Stahl und Werften noch lange nicht überwunden sind.

STUTTGARTER ZEITUNG

Die bedrückende Hypothek von zweieinhalb Millionen Arbeitslosen, ein im vergangenen Jahr deutlich geschrumpftes Sozialprodukt und die fast sichere Erkenntnis, daß auch in diesem Jahr kein nennenswertes Plus beim Wirtschaftswachstum zu erzielen sein wird, haben die Grenzen des Tarifabschlusses abgesteckt.

LE MATIN

Das Pariser Blatt merkt zur Ausweisung an:

Täuschen wir uns nicht: Es handelt sich in erster Linie um eine politische Affäre, und welchen Ausmaßes. Denn schließlich wäre es bereits unter Giscard möglich gewesen, sowjetische Pseudo-Diplomaten auszuweisen, von denen jeder wußte, daß sie in Wirklichkeit einer geheimdienstlichen Tätigkeit nachgingen ... Nun hat plötzlich eine Linksregierung mit kommunistischen Ministern eine Herausforderung an die Sowjetunion gestellt, die noch keine Rechtsregierung gewagt hatte ... Einmal mehr wagt ein sozialistischer Präsident etwas in der Frage des Widerstandes gegenüber der Sowjetunion, wovor Giscard und Pompidou zurückgeschreckt waren.

Das Defizit im Osthandel ist ein gutes Zeichen

Erste Schritte zur Konsolidierung der Schuldenlast / Von Heinz Heck

Der Osthandel der Bundesrepublik wie des Westens überhaupt war seit jeher viel stärker von Schlagzeilen belastet, als die Sache es gebot. Tatsächlich treiben zum Beispiel deutsche Unternehmen mit dem gesamten Ostblock nicht mehr Handel als mit einem mittleren Industrieland westlicher Prägung wie Österreich oder der Schweiz.

Wenn dennoch dem Osthandel etwas Spektakuläres anhaftet, so sind die Ursachen eher darin zu suchen, daß einmal die staatlichen Außenhändler in Moskau, Warschau und anderswo mit dem Westen bevorzugt über Milliardenprojekte verhandeln, die naturgemäß eher Aufmerksamkeit auf sich ziehen als die Millionenabschlüsse mit westlichen Partnern, die jedoch in der Summe ein Vielfaches des Osthandels erreichen. Zum anderen wirkt sich die politische Sensibilität aus, die Großgeschäften mit strategischen Merkmalen und/oder einem hohen Anteil moderner Technologie anhaftet (Erdgas/Röhren-Geschäft, Computerlieferungen). Dies führt immer wieder zu teilweise schweren Auseinandersetzungen auch innerhalb der NATO-Partner über die „richtige" Philosophie oder Strategie beim handelspolitischen Umgang mit dem Ostblock.

Vor allem in Washington ist von Regierung zu Regierung häufig eine neue Linie zu beobachten, so daß selbst sogenannte Grundsatzfragen alle vier Jahre neu diskutiert werden müssen. Auch beim nächsten Weltwirtschaftsgipfel im amerikanischen Williamsburg wird dieses Thema mit Sicherheit nicht fehlen. Präsident Reagan drängt die Bündnispartner auf eine eher restriktive Linie.

Dem Ostblock, der in der Forschung (von Schwerpunkten wie der Weltraumforschung abgesehen) gegenüber dem Westen schon traditionell zurück ist, soll die Möglichkeit verwehrt werden, auf Kosten westlicher Anstrengungen aufzuholen, womöglich gar mit subventionierten Exportkrediten, wie auch Bonn sie ablehnt. Vor allem will Reagan stärker als in der Vergangenheit durch Kontrollen verhindern, daß Moskau seine strategische Position durch westliche Zulieferungen festigt oder gar ausbaut (auch wenn bekannt ist, daß selbst schärfste Verbote nur so viel taugen wie die Möglichkeit, ihre Einhaltung zu überwachen, und daß Übertretungen etwa durch Transit-Geschäfte an der Tagesordnung sind).

Dazu kommt die wachsende Sorge um die Kreditwürdigkeit zumindest einiger Ostblockstaaten, vor allem Polens, aber auch Rumäniens. Dabei ist die absolute Höhe der Schuldenlast nicht einmal so wichtig wie die Konzentration der Fälligkeiten auf wenige Jahre (wie derzeit bei Polen) und die dürftige Palette des eigenen Exportangebots. Einige Ostblockländer können sich hier nicht einmal mit den Liefermöglichkeiten vieler Entwicklungsländer messen.

Ferner spielt neuerdings gerade bei der Sowjetunion das sinkende Energiepreisniveau eine Rolle. Solange die Opec in der Lage war, ständig steigende Ölpreise am Weltmarkt durchzusetzen, konnte Moskau gleichsam als Trittbrettfahrer hiervon bei Öl und – mit zeitlicher Verzögerung – auch bei Gas profitieren. Darin ist angesichts des hohen Anteils der Energielieferungen am Gesamtexport eine Hauptursache für die hohen Zuwachsraten früherer Jahre zu sehen.

Bei fehlender oder stark eingeschränkter Lieferfähigkeit und einer gerade in den siebziger Jahren rasch gestiegenen Verschuldung im Westen blieb den Ostblockstaaten, wenn sie nicht ihre Kreditwürdigkeit schlechthin aufs Spiel setzen wollten, nur die Drosselung der Einfuhr als Ausweg. Im Osthandel ist daher neuerdings auch nicht mehr von spektakulären Zuwachsraten die Rede, sondern eher von Stagnation und Rückgang. Insofern haftet der gestrigen Meldung der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), wonach der Westen im Osthandel erstmals seit den sechziger Jahren im Defizit sei, nicht nur nichts Sensationelles an. Es ist vielmehr ein konsequenter – und beruhigender – Schritt in die richtige Richtung.

Zwei bayerische Städte wollen die Olympischen Winterspiele 1992 austragen: Garmisch-Partenkirchen, das die Spiele 1936 ausrichtete, und erstmals Berchtesgaden. Die Neulinge versprechen preiswerte Spiele und setzen auf die Vorteile der Region. Auch Garmisch, 150 Kilometer entfernt, glaubt die besten Voraussetzungen zu haben. Wer das Rennen macht, muß gegen Konkurrenz aus Schweden, Norwegen, Italien und die Sowjetunion antreten.



Mit Werbetrommeln auf dem Weg zur Olympia-Stadt: Berchtesgaden unter dem Watzmann
FOTO: ERNST BAUMANN

Nachbarn im olympischen Wettstreit

Von PETER SCHMALZ

Die Spitzen des leicht gezwirbelten Bartes vibrieren, Michael Dyckerhoff, der Kurdirektor von Berchtesgaden, gerät ins Schwärmen: „Schaut's mal nach rechts 'rüber, wie der König Watzmann lauert. Das ist mein kleiner Traum: Laserkanonen schießen ins Watzmann-Massiv die fünf olympischen Ringe, ringsum auf den Bergen brennen die Feuer, die Abendsonne leuchtet auf den Gipfeln, und hier herunten trifft sich die Jugend der Welt zur Eröffnungsfeier." Er schnauft tief durch und läßt die Gefühlswallung in vier Worten ausklingen: „Es ist schon herrlich."

Der Bilderbuch-Bayer träumt von einem fernen Tag, von einem Wintertag im Jahre 1992, wenn die besten Schnee- und Eisathleten der Welt sich zum sportlichen Kampf um die Medaillen einfinden zu Füßen des Watzmanns und an den Ufern des Königssees. Die Chancen stehen nicht schlecht, meint der bärtige Werbetrommler, daß Berchtesgaden und einige umliegende Gemeinden den Zuschlag für die Spiele in neun Jahren erhalten: „Wir können nämlich billige Spiele garantieren."

Die Strecke zum Zuschlag ist aber gespickt mit Hürden, an denen die Olympia-Begeisterung Berchtesgadens scheitern könnte. Wobei der Widerstand vor Ort als weitgehend überwunden gilt, nachdem die CSU geschlossen dafür, die SPD gespalten und nur der einzige Grüne im Gemeinderat gerund entschlossen dagegen ist. Die Umfrage eines sozialdemokratischen Landtagskandidaten, die 84,6 Prozent ablehnende Stimmen erbrachte, wird als einseitig abgetan, da die bisherige Diskussion unter der Bevölkerung gezeigt habe, daß die „überwiegende Mehrheit" für die Olympia-Bewerbung ist, wie der Gemeinderat bei nur vier Gegenstimmen feststellte.

Nein, die erste Gefahr lauert westwärts. Wenn sich das Nationale Olympische Komitee am 5. November dieses Jahres zu seiner Hauptversammlung trifft, wird es unter zwei bayerischen Bewerbern für die Winterspiele '92 auszuwählen haben. Neben Olympia-Neuling Berchtesgaden wird auch Olympia-Veteran Garmisch-Partenkirchen eine Meldung einreichen, wobei die Konkurrenten traulich verbunden sein werden in der jeweiligen Selbsteinschätzung. „Wir haben für die Winterspiele die besten Voraussetzungen", lobt der Garmischer Sportamtsleiter Michael Kappelmeier den eigenen Ort. „Es gibt keine Region in den gesamten Alpen, die ähnlich geeignet wäre wie unsere", hält Berchtesgadens Dyckerhoff dagegen.

Läßt man sich von den Werbe-Aktivitäten blenden, dann scheint die Region zwischen Königssee und Chiemsee die Nase weit vor Garmisch zu haben. Auf dem Olympia-Kongreß in Baden-Baden waren die Lederhosen-Männer und Dirndl-Madln mit Werbegeschenken aufgekreuzt, in Lake Placid präsentierten sie bayerische Kleider-Folklore und zeigten sich freigiebig mit Schnupftabak und einheimischem Likör, auf dessen Probefläschchen zu lesen war: „To warm you up for Berchtesgaden."

Garmisch hält sich öffentlich zurück. Unter der Zugspitze baut man auf ein Kapital, das für reichen Ertrag allemal gut ist: Einflußreiche CSU-Politiker haben engeren Kontakt zu Garmisch als zu Berchtesgaden. „Da sind die uns voraus", gibt selbst Dyckerhoff zu.

Das größte Kapital von Berchtesgaden aber ist das Geld – jenes nämlich, das man gar nicht erst ausgeben muß. So jedenfalls sieht es die bisherige Kalkulation: 114 Millionen hat Garmisch an notwendigen Ausgaben für den Bau von Sportstätten geplant, zu denen noch 80 Millionen für das olympische Dorf gezählt werden müßten, mit 58 Millionen will dagegen die an der südöstlichen Landesgrenze liegende Konkurrenz auskommen.

Als Kronzeugen für die eigene Sparsamkeit zitiert Berchtesgaden das Bundesinstitut für Sportwissenschaft: In einer Untersuchung wurden die für eine Winter-Olympiade notwendigen Kosten mit 100 Prozent angenommen und nach den Kosten der einzelnen Anlagen aufgeschlüsselt. So wurde der Ausbau der alpinen Skipisten mit zwei Prozent, der Bau eines olympischen Dorfes aber mit 50 Prozent angesetzt. Ergebnis: In Garmisch müssen 72,3 Prozent aufgebracht werden, in Berchtesgaden aber nur 27,7 Prozent.

Der Grund für diesen teuren Unterschied ist simpel: In Berchtesgaden und in den zur Olympiaregion zusammengeschlossenen fünf weiteren Gemeinden Bad Reichenhall, Inzell, Reit im Winkl, Ruhpolding und Siegsdorf sind wettkampferprobte Sportstätten bereits vorhanden. So das Bundesleistungszentrum für Bob und Rodel in Berchtesgaden mit einer der besten Bahnen der Welt oder das bayerische Landesleistungszentrum für Biathlon in Ruhpolding, das Bundesleistungszentrum für Eisschnellauf in Inzell und schließlich ein Feriendorf bei Siegsdorf, das zum Sportlerdorf werden soll. Alle diese Sportstätten müßte Garmisch neu bauen. Berchtesgaden fehlt nur eine teure Anlage: Die vom IOC geforderte zweite Eislaufhalle mit mindestens 8000 Sitzplätzen, die in Bad Reichenhall für knapp 40 Millionen Mark entstehen soll; nach den Spielen würde sie in eine Tennishalle umgerüstet.

Garmisch kann dagegen die besseren Abfahrts- und Slalomstrekken in die olympische Waagschale werfen. Die Pisten wurden erst für die Weltmeisterschaft 1978 mit 13 Millionen in einen Zustand versetzt, der selbst den verwöhntesten Ansprüchen gerecht wird. Garmisch weiß aber, daß seine Bewerbung am teuren Bahnbau für Bob und Eisschnellauf scheitern könnte, denn diese Anlagen würden angesichts der existierenden Leistungszentren im Berchtesgadener Raum nach den Spielen mit Sicherheit nichts anderes als olympische Ruinen sein. Garmischs Bürgermeister Toni Neidlinger hegte schon den Plan, Olympia aufzuteilen zwischen den beiden Konkurrenten, aber die Chancen für ein Splitting stehen schlecht.

Das fehlende olympische Dorf dagegen sehen Garmischer Kommunalpolitiker als positives Element: Würden sie den Zuschlag erhalten, dann könnten sie mit 80 Olympia-Millionen ein Sportler-Dorf bauen, das später in Sozialwohnungen umgewandelt würde, die in dem von reichen Zweitwohnungs-Besitzern hart bedrängten Zugspitz-Ort dringend gebraucht werden.

Sollte Berchtesgaden Sieger des nationalen und 1986 dann des internationalen Olympia-Rennens – gegen Konkurrenz aus Schweden, Norwegen, Italien und der Sowjetunion – werden, dann wird sich ein ortsansässiger Autohändler besonders freuen: „Nachdem ich 30 Jahre lang gefragt worden bin, wo die Überreste des Dritten Reiches zu sehen sind, möchte ich endlich einmal gefragt werden, wo die Olympischen Spiele stattgefunden haben."



Bis zum Ziel Olympia '92 ist für Garmisch-Partenkirchen manches Tor zu durchfahren. Spiele hier würden teurer als bei der einheimischen Konkurrenz. Aber die Garmischer haben die besseren politischen Kontakte. Gegenüber Berchtesgaden ist man auch bei den Pisten im Vorteil, ein Handicap jedoch ist der notwendige Bau einer Bob- und Eisschnellauf-Bahn.
FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Reagan strebt strengere Maßstäbe im Osthandel an

Von HORST-A. SIEBERT

In den vergangenen 35 Jahren haben die westlichen Ländern viele hundert handelspolitische Regeln aufgestellt – so bei der Gründung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Genf oder in der späteren Kennedy- und Tokio-Runde. Kein nationales Gesetz hat jedoch so viel Aufregung verursacht wie der amerikanische „Export Administration Act", der 1979 geschaffen und 1980 erweitert worden ist.

Auf die Vorschriften dieses Gesetzes griff Präsident Reagan im Dezember 1981 zurück, als er nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen Strafmaßnahmen gegenüber dem Warschauer Militärregime und Moskau verfügte. Ein halbes Jahr später benutzte er sie, um den Bau der Erdgas-Pipeline von Sibirien nach Westeuropa zu blokkieren. US-Unternehmen wurde der Technologie-Export an europäische Tochtergesellschaften untersagt, Lieferverträge wurden aufgekündigt, und Zuwiderhandelnde mußten mit Geld- und Haftstrafen rechnen.

Das Pipeline-Embargo hat das Weiße Haus nach heftigem Streit in der Allianz zwar aufgehoben, vergessen ist es aber nicht. Im Gegenteil: Die Anwendung des Gesetzes hat nicht nur offenbart, daß viele Artikel und Paragraphen verbesserungsbedürftig sind. Die Reagan-Administration will nun auch mit allen Mitteln versuchen, den Technologietransfer in die Sowjetunion und den übrigen Ostblock weitgehend zu stoppen. „Die Zeit der Predigten ist vorbei, jetzt machen wir Nägel mit Köpfen", heißt es in Washington.

Für die Republikaner, die seit Jahren gegen die billige Versorgung der Sowjets mit teurem technischen Wissen Sturm laufen, trifft es sich gut, daß der „Export Administration Act" Ende September ausläuft und erneuert werden muß. Was sich abzeichnet, ist – wenn der Kongreß mitzieht – ein Instrument, dem auch eine neue Philosophie zugrunde liegt.

Eine Wunschliste für weitreichende Änderungen

Präsident Reagan brachte die neue Marschrichtung auf einen Nenner. In dem Begleitschreiben, das er mit den Gesetzesänderungen aufs Kapitol schickte, ist vermerkt: „Es besteht ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz unserer nationalen Sicherheit und außenpolitischen Interessen sowie unserem Bemühen, der Wirtschaft durch die Exportkontrollen keine allzugroßen Lasten aufzubürden."

Im einzelnen hat Reagan der Legislative diese zum Teil weitreichenden Änderungen vorgeschlagen:

- Während die Privatwirtschaft und die US-Regierung den Ausfuhren eine hohe Priorität einräumen, muß die Priorität vereinbar sein mit den wirtschaftlichen sowie sicherheits- und außenpolitischen Zielen der Vereinigten Staaten. Bisher wurde das Schwergewicht auf die Stärkung der US-Wirtschaft durch vermehrte Exporte gelegt.
- Durch bilaterale und multilaterale Verhandlungen muß die Verfügbarkeit von Gütern und Technologien, die Ausfuhrkontrollen unterliegen, in anderen Ländern beseitigt werden. Das heißt, andere Staaten sind aufgerufen, sich den amerikanischen Maßnahmen anzuschließen.
- Die Vor- und Nachteile von Exportbeschränkung und Exportförderung müssen sorgfältig abgewogen werden. In jedem Fall verstößt die Lieferung von Gütern und Technologien dann gegen die Sicherheitsinteressen der USA und ihrer Verbündeten, wenn sie einen militärischen Wert haben. Derartige Ausfuhren führen zu höheren Verteidigungsausgaben in den Lieferländern.
- Die USA streben Absprachen über den Export oder Re-Export amerikanischer Güter und Technologien mit den Staaten an, die nicht dem internationalen Koordinierungsausschuß (Cocom) angehören. Auf diese Weise soll die ungesetzliche Weitergabe amerikanischer Ursprungserzeugnisse verhindert werden.
- Die Auswirkungen außenpolitischer Kontrollen auf bestehende Lieferverträge und Geschäftsaktivitäten in verbündeten Ländern sollen möglichst gering gehalten werden. Verordnet wird deshalb, daß die Lieferungen bis zu 270 Tagen nach Verfügung der Kontrollen abgewickelt werden dürfen. Der US-Präsident erhält jedoch die Vollmacht, die Ausfuhren zu beschneiden oder ganz zu verbieten, wenn die nationalen Interessen überwiegen.

Mit dieser abgeschwächten Vorschrift nimmt das Weiße Haus Rücksicht auf die Beschwerden der amerikanischen Wirtschaft, die darauf hingewiesen hatte, daß die Unvorhersehbarkeit von Exportkontrollen zu Geschäftseinbußen führt und ihre Reputation als verläßlicher Lieferant gefährdet. Die Alliierten wiederum hatten sich über die exterritoriale Anwendung amerikanischen Rechts beklagt.

- Der US-Handelsminister paßt die Lizenzverfahren den jeweiligen Erfordernissen an. Von der Kontrolliste zu streichen sind Erzeugnisse, deren militärischer Nutzen fragwürdig geworden ist. Nicht mehr vergeben werden allgemeine Lizenzen, da sie nur schwer zu überwachen sind und in der Wirtschaft viel Konfusion gestiftet haben.
- Die Exportkontrollen konzentrieren sich künftig auf militärisch wichtige Technologien und Schlüsselprodukte; Nebenerzeugnisse können vernachlässigt werden. Ausgedehnt werden sie andererseits auf technische Daten.
- Hervorgehoben wird die Bedeutung bilateraler und multilateraler Verhandlungen. Der US-Präsident muß sie nicht nur in Gang setzen, sondern „aktiv vorantreiben". Im Exportgeschäft muß Cocom eine wirksamere Kontrollfunktion ausüben, und zwar durch die Bereitstellung ausreichender Mittel. Zu verbessern sind die internationale Kontrolliste und das Cocom-Sekretariat.
- Bei Mangelerscheinungen kann der Präsident Kontrollen verfügen. Gestrichen wurden indes bestimmte Erzeugnisse wie Mineralölprodukte oder Pferde. Im Krisenfall darf das Weiße Haus die Lieferung von Rohöl nach Israel freigeben.

Erheblich verschärft werden im Entwurf des erneuerten „Export Administration Act" die Strafen, zum Beispiel beim Versuch oder einer Verschwörung zur Verletzung der Vorschriften. Allerdings muß die Regierung den Vorsatz der Zuwiderhandlung nachweisen. Hier kommt es auf das Bestimmungsland der Exporte an. Die Vorschläge der Administration lassen sich so zusammenfassen:

- Strafbar macht sich, wer im Besitz der Güter und Technologien ist, die exportiert werden sollen. Die Staatsanwaltschaft kann also schon vor Abwicklung der illegalen Exporte einschreiten. Unter diese Vorschrift fallen auch Mitwisser.
- Bei Gesetzesverstößen droht ein Importverbot für die Lieferung von Gütern und Technologien in die USA.
- Beschlagnahmt werden die Erzeugnisse und Technologien sowie die Gewinne, die direkt oder indirekt aus der Gesetzesverletzung resultieren.
- Verurteilten Personen wird für die Dauer von bis zu zehn Jahren die Ausfuhrlizenz verweigert.

Dienstag nachmittag entsandte die Administration ihre Experten in den Kongreß, um die Gesetzesänderungen zu begründen. Folgt man Staatssekretär Lionel Olmer, im US-Handelsministerium zuständig für internationale Angelegenheiten, dann sind sie bereits vom Exportrat des Weißen Hauses, von amerikanischen Topmanagern sowie ausländischen Regierungsmitgliedern und Geschäftsleuten abgesegnet worden.

Wien und Tokio „sehr offen gegenüber Moskau"

Ob das wirklich so ist, wird sich in den Hearings, die sich über viele Monate hinziehen können, zeigen. Klagen sind schon darüber laut geworden, daß das Gesetz keine Ausgleichszahlungen für Firmen vorsieht, die von einem Embargo überrascht worden sind. Für die Europäer nicht vom Tisch ist das Problem, daß Präsident Reagan auch weiterhin Sanktionen gegen amerikanische Tochtergesellschaften und ausländische Lizenznehmer verkünden kann.

Zustimmung fand Olmer im Ausschuß des Repräsentantenhauses für internationale Wirtschaftspolitik und Handel mit diesem Satz, der alle Probleme in den eigentlichen Fokus rückt: „Der Transfer sensitiver westlicher Technologien in die UdSSR hat in den vergangenen zehn Jahren die militärischen Möglichkeiten der Sowjetunion enorm ausgeweitet. Beschleunigt wurde dadurch die Einführung modernster Waffen, was den Westen zwang, seine Verteidigungsetats aufzustocken."

Wenn ihm der Kongreß kein Bein stellt, was aber wegen der sicherheitspolitischen Zwänge auch kaum zu erwarten ist, dann wird Reagan sein Ziel erreichen. Voraussetzung ist jedoch, daß alle Verbündeten an einem Strang ziehen. Nach amerikanischer Auffassung ist das am ehesten bei den europäischen NATO-Mitgliedern zu erreichen, wo trotz des Pipeline-Disputs Erfolge zu verzeichnen sind. Auf der kritischen Liste stehen Österreich und besonders Japan, das mit seinen vielen hochtechnologischen Produkten als „sehr offen gegenüber Moskau" gilt.

Das Gesetz legt großes Gewicht auf die multilaterale Kooperation und in diesem Zusammenhang vor allem auf die Bremswirkungen, die vom Cocom ausgehen. Auf Drängen der USA wurde die Verbotsliste schon 1982 erheblich verlängert. Allein bei der Überprüfung der Militarily Critical Technologies List (MCTL), an der etwa 80 Unternehmen mitwirkten, brachten die amerikanischen Vertreter mehr als 300 Vorschläge ein. Im Oktober begannen Verhandlungen über die Einbeziehung weiterer Computerelemente. Auf der Agenda stehen auch Roboter und numerische Kontrolltechniken.

Erhält Syrien Informationen aus dem All?

DW./dpa, Kairo

Die Sowjetunion hat angeblich im Januar 1983 damit begonnen, Syrien an das sowjetische System militärischer Nachrichtensatelliten anzuschließen und die syrische Armeeführung direkt mit der obersten militärischen Kommandozentrale in Moskau zu verbinden. Dies berichtete die Kairoer Wochenzeitung „Mayo", das Sprachrohr der ägyptischen Regierungspartei NDP, in ihrer jüngsten Ausgabe. Nach Darstellung des Blattes soll sich die Sowjetführung zu diesem Schritt entschlossen haben, nachdem die israelische Luftwaffe, unter anderem durch das elektronische Aufklärungsflugzeug „E 2 C Hawkeye", im Libanon-Krieg zahlreiche syrische Kampfflugzeuge sowjetischer Bauart abgeschossen hatte.

Die ägyptische Parteizeitung vertrat die Auffassung, Moskau habe mit der Installation von SAM-5-Flugabwehrraketen in Syrien und dem Anschluß des Landes an das sowjetische Militärsatellitensystem in nur sieben Monaten das militärische Ungleichgewicht der Kräfte im Nahen Osten korrigiert. Die Unterstützung der UdSSR sei ein Beweis für die Verpflichtung des Kreml gegenüber Damaskus, schrieb das Blatt.

300 Sowjets von Lawinen begraben

AFP, Islamabad

In Afghanistan haben riesige Lawinen die strategisch wichtige Verbindungsstraße von Kabul nach Norden durch das Hindukusch-Gebirge zur sowjetischen Grenze unterbrochen und in der Hauptstadt eine der schwersten Versorgungskrisen ausgelöst. Die Lawinen begruben die sowjetischen Armeeposten am Süd- und Nordeingang des Salang-Straßentunnels sowie mehrere Militärfahrzeuge, die sich dem Tunnel näherten. Vermutlich kamen dabei bis zu 300 sowjetische Soldaten ums Leben, wurde jetzt von Reisenden berichtet, die in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar eintrafen. Im Süden ist die Stadt Kandahar isoliert: Widerstandskämpfer unterbrachen die beiden Zufahrtstraßen.

Die Unterbrechung der Salang-Straße hat in Kabul zu drückender Energieknappheit geführt. Vor den wenigen noch offenen Tankstellen stauen sich die Fahrzeuge. Das für die Stromversorgung Kabuls wichtige Kraftwerk arbeitet nur noch mit mehrtägigen Unterbrechungen.

Athen nimmt an NATO-Übung teil

dpa, Athen

Griechenland wird mit dem Zerstörer „Tombasos" an dem NATO-Manöver „Deterrent Force 83" teilnehmen, das unter dem Kommando eines italienischen Admirals vom 24. April bis 26. Mai im Mittelmeer stattfinden soll. An den Übungen beteiligen sich auch Marine-Einheiten der USA, Großbritanniens, Italiens und der Türkei. Wie das Verteidigungsministerium in Athen gestern bestätigte, lehnte Griechenland die Teilnahme an dem anschließend in der Ägäis vorgesehenen NATO-Manöver „Distant Drum 83" wegen Meinungsverschiedenheiten über die Manöverplanung jedoch ab.

Bereits im Frühjahr 1982 hatte Griechenland seine Zusage für das NATO-Manöver „Distant Drum 82" wegen Differenzen um Kommando, Kontrolle und Verfahren für die Flugsicherheit zurückgezogen und das Manöver auf griechischem Hoheitsgebiet untersagt. Im vergangenen November sagte die sozialistische griechische Regierung kurzfristig das NATO-Manöver „Apex Express 82" in Nordgriechenland wegen Nichteinbeziehung der Insel Limnos in die Manöverplanung ab. Hinter den Schwierigkeiten steht der Streit Griechenlands und der Türkei über Hoheits-, Kommando- und Kontrollrechte in der Ägäis.

An den Berliner Universitäten bahnt sich eine Wende an

Der neue FU-Präsident wird kein Linker mehr sein / Gremien sind weiter links dominiert

Von AXEL SCHÜTZSACK

Um die Berliner Hochschulen ist es still geworden. Die Freie Universität (FU), Ende der sechziger Jahre Ausgangspunkt der Studentenunruhen an deutschen Hochschulen und Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen, liefert schon längst keine spektakulären Schlagzeilen mehr, die den Bürger in Schrecken und radikale Reformer in Euphorie versetzen könnten.

In den überfüllten Hörsälen ist der Wille erlahmt, die Universität als Speerspitze für radikale, gewaltsame gesellschaftspolitische Veränderungen zu nutzen. Bahnt sich in der Berliner Hochschullandschaft eine Wende an, die eine ähnliche Signalwirkung haben könnte wie in den späten sechziger Jahren?

Soweit ist es noch nicht, auch wenn erste Anzeichen eines Konsolidierungsprozesses nach der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes nicht zu übersehen sind. So läßt sich schon heute mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß erstmals nach mehr als einem Jahrzehnt der in diesem Jahr neu zu wählende FU-Präsident kein Kandidat der linken Gruppierungen sein wird. Die Zeit, in der die „linke Fraktion" an der FU nahezu alle Schlüsselpositionen besetzt hielt, neigt sich ihrem Ende zu.

Folgen der Reformeuphorie

Doch nach dem vielfach erfolgreichen „Marsch durch die Institutionen" wird die überwiegende Zahl der Hochschulgremien nach wie vor von linken Gruppierungen beherrscht. Die absoluten Mehrheiten der „linken Fraktion" liefern nach Einschätzung von Kennern der hochschulpolitischen Szene in Berlin auch die Erklärung für die relative Ruhe an den Universitäten in den letzten Jahren. Nach dem „Marsch durch die Institutionen" habe man es weder für notwendig gehalten noch habe aus wohlverstandenem Eigeninteresse die Absicht bestanden, durch spektakuläre politische Aktionen die Aufmerksamkeit einer kritischen Öffentlichkeit auf die Universitäten zu lenken.

Inzwischen haben sich jedoch auch in den „linken Fraktionen" an den Berliner Universitäten die Verhältnisse geändert. *Nicht mehr die* marxistischen Hochschulgruppen geben den politischen Ton an, sondern die AL und die von der SED gesteuerten ADSen (Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten). AL und ADSen konzentrieren aber ihre politischen Aktivitäten vornehmlich auf den außeruniversitären Bereich.

Zu den Gründen für diese veränderte politische Taktik mag die Tatsache zählen, daß die Sympathisantenszene kaum noch zu mobilisieren ist. Das hat sich übrigens auch bei Aufrufen der Hausbesetzerszene zu Demonstrationen nach der Räumung besetzter Häuser gezeigt.

Die Entpolitisierung der Berliner Studentenschaft, zumindest in hochschulpolitischen Fragen, ist bei den letzten Hochschulwahlen im Dezember überdeutlich zum Ausdruck gekommen. Obwohl aufgrund der Einführung eines Quorums durch die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes der Verlust der Hälfte der den studentischen Vertretungen zustehenden Sitze in Hochschulgremien bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 40 Prozent der Wahlberechtigten drohte, machten an der FU und der TU nur jeweils etwa 20 Prozent der wahlberechtigten Studenten von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Das Desinteresse der Studenten mag auch damit zusammenhängen, daß die Hochschulgremien im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ihre Unfähigkeit zur dringend notwendigen Studienreform bewiesen haben. Hoffnungslos überfüllte Hörsäle mit zahlreichen Langzeitstudenten und Studierunfähigen gehören zu den Spätfolgen der Reformeuphorie früherer Jahre, die sich in Berlin besonders stark bemerkbar machen.

Auch wenn man den wachsenden Andrang von Studenten zu allen deutschen Universitäten berücksichtigt, fällt die FU dabei völlig aus dem Rahmen. Seit 1969/70 hat sich die Zahl der Studenten vervierfacht. Das negative Image der Universität wuchs mit der Zahl ihrer Studenten, die in Scharen aus der Bundesrepublik anreisten, teilweise mit der nicht unberechtigten Erwartung, ohne viel Mühe mit einer Traumnote das Abschlußexamen zu machen.

Die Zahl der Langzeitstudenten an den Berliner Universitäten ist im Vergleich zur Bundesrepublik erschreckend hoch. Von den rund 50 000 Studenten der FU ist jeder zweite im 14. oder einem höheren Semester. An der TU sind die Zahlen ähnlich. Die „Verweildauer" ist immer noch ansteigend.

Zu den ungelösten Problemen der FU gehört ferner die mangelnde Studierfähigkeit vor allem von Studienanfängern und eine Tendenz zur überdurchschnittlich guten Benotung in einigen Fachbereichen. Während die staatlichen Prüfungsämter bei Staatsprüfungen darauf achten, daß die Benotung des Kandidaten in angemessenem Verhältnis zu seiner Leistung steht, gibt es bei Universitätsprüfungen eine unverkennbare Tendenz zur „Eins".

Das beschränkt sich nicht allein auf den geradezu grotesken Fall des Psychologischen Instituts der FU, an dem nun schon seit Jahren alle Kandidaten ihre Diplomprüfung mit der Note „sehr gut" abschließen; in nicht wenigen Fachbereichen herrschen ähnliche Verhältnisse. Allerdings gibt es, vor allem in weiten Teilen der TU, aber auch an der FU Fachbereiche, die streng darauf achten, daß die Benotungen den Bestimmungen der Diplom-Prüfungsordnungen entsprechen.

An Tradition anknüpfen

Daß der Berg von Problemen, mit denen die Berliner Hochschulen nach jahrzehntelanger Herrschaft der „linken Fraktion", mit zum Teil wohlwollender Unterstützung des ehemaligen sozialliberalen Koalitionssenats, zu kämpfen haben, nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, darüber sind sich die politisch Verantwortlichen in der Stadt im klaren. Entscheidend ist allerdings, daß der bisherige Trend, der die Hochschulen immer mehr zum politischen Kampfplatz linker Kräfte machte, gebrochen worden ist.

Das Hauptproblem der Berliner Hochschulen sind freilich linke Aktivisten, die nach dem erfolgreichen „Marsch durch die Institutionen" nun als Professoren und Assistenten in den Hochschulgremien sitzen und Professuren blockieren. Aus diesen Kreisen ist auch die Initiative zu einem bundesweiten Streik von Hochschulbeamten hervorgegangen. Doch die Initiatoren, die linken FU-Professoren Wolf-Dieter Narr und Peter Grottian, mußten feststellen, daß die Neigung zu illegalen Aktionen bei den Kollegen gering war.

So läßt sich vor Beginn des Sommersemesters feststellen, daß diejenigen Kräfte an den Hochschulen der Stadt langsam an Gewicht gewinnen, die entschlossen sind, wieder an die Tradition der Berliner Universitäten anzuknüpfen, die einstmals zu den besten und renommiertesten Deutschlands gehörten.

Ohne Warnstreiks wäre es auch gegangen

Metall-Tarife: Kompromiß für alle Beteiligten akzeptabel

GÜNTHER BADING, Bonn

Wie in jedem Jahr haben beide Seiten der Tarifauseinandersetzung in der deutschen Metallindustrie nach dem soeben erzielten Abschluß bedauert, daß man eigentlich zu viel Zeit vertan habe. Und wie in jedem Jahr haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaft trotz anfänglicher „harter Haltung" oder verbalradikalen Forderungen letztlich doch auf einen für alle Beteiligten durchaus akzeptablen Kompromiß geeinigt. Dennoch hatte die diesjährige Lohnrunde für Metall, die auch erneut die Eckwerte für die meisten Tarifabschlüsse in anderen Wirtschaftszweigen setzen wird, einige Besonderheiten.

Zwar beteuerten sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaftsfunktionäre immer wieder, daß die Tarifverhandlungen von der Bundestagswahl völlig unbeeinflußt blieben. Tatsache aber war, daß die Verhandlungen erst zügig fortgeführt werden konnten, nachdem das Wahlergebnis vorlag. Ein zweites retardierendes Element war zweifellos der ziemlich überraschende Abschluß des Haustarifvertrages bei den Volkswagenwerken. Dieser Hausvertrag war am Rande einer Aufsichtsratssitzung in seinen wesentlichen Zügen – eine Vier vor dem Komma und eine verlängerte Laufzeit über die üblichen 12 Monate hinaus – von Vorstandsvorsitzer Hahn und dem IG-Metall-Vorsitzenden Loderer schon Mitte Februar vorbereitet worden.

Die Wirkung dieser Regelung auf die übrige IG Metall lief eigentlich dem zuwider, was verantwortliche Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft unter Führung von Eugen Loderer schon in der Vorbereitung der Tarifrunde bezweckt hatten. Sie hatten den „Falken", die eine möglichst hohe Prozentforderung stellen wollten, schon vorab die Flügel gestutzt und Maximalforderungen von 6,5 Prozent zugelassen; ein Prozent weniger als im Vorjahr. Überdies hatte der Vorstand nach seiner traditionellen Tarifklausur erklärt, eigentliches Ziel müsse der Ausgleich der erwarteten Jahresinflation 1983 sein. De facto bedeutete dies eine Reduzierung der Forderung auf etwa 4,5 Prozent aus Gewerkschaftssicht. Damit schien schon vor der Tarifrunde klar, daß auch die IG-Metall-Führung bereit war, einen Abschluß mit einer Drei vor dem Komma zu akzeptieren. Die magische Vier von VW aber ließ in der Gewerkschaftsbasis die Erwartung keimen, man könne auch für die übrige Metallindustrie, der es bei weitem schlechter geht als den Automobilherstellern, eine Vier nach Hause tragen.

Die Metallarbeitgeber nennen in ihren ersten Analysen der diesjährigen Tarifrunde noch einen dritten unnötigen Verzögerungsfaktor. Sie gehen davon aus, daß die IG-Metall-Verhandlungsdelegationen die Zeit der Friedenspflicht nach Auslaufen des Tarifvertrages am 31. Januar ohne ernsthaften Verhandlungswillen verstreichen ließen, um auf alle Fälle die lange vorausgeplanten Warnstreiks bundesweit durchführen zu können.

Eine der Lehren der Tarifrunde 1983, in der die sogenannte „neue Beweglichkeit" zum dritten Mal *hintereinander* erprobt worden ist, muß allerdings auch für die Gewerkschafter sein: Durch die Warnstreiks ist in Wahrheit nichts bewegt worden. Sie haben lediglich Kosten für die Arbeitgeber durch Ausfall von Arbeitsstunden verursacht. Da der Tarifvertrag neben der Vereinbarung über 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt für 12 Monate und eine Anhebung der Ausbildungsvergütung um 15 Mark auch eine Klausel enthält, die Maßregelungen der Teilnehmer an den Warnstreiks verbietet, sind die organisierten Arbeitnehmer auch in diesem Jahr wieder zu Zehntausenden für ein oder mehrere Stunden ihrer Arbeit ferngeblieben. Die Arbeitgeber bestreiten die Rechtmäßigkeit solcher bundesweiter Warnstreiks ohnehin. Gesamtmetall-Präsident Wolfram Thiele hat schon erklärt, daß man die jetzt gültige Schlichtungsordnung mit der Gewerkschaft überprüfen müsse, um solche zeitraubenden Verzögerungen künftig zu unterbinden.

Für den Arbeitgeberverband Gesamtmetall war die Lohnrunde auch aus innerorganisatorischen Gründen ein Erfolg. In vergangenen Jahren stand die Front der regional organisierten Mitglieder nicht immer so fest wie dieses Mal. Die IG Metall war nach dem Scheitern der Verhandlungen im eigentlich als „Pilotland" auserkorenen Bayern zu einem relativ raschen Abschluß bereit, nachdem Gesamtmetall in Kontakten mit der Gewerkschaftsspitze – wohl auch in einem sogenannten Spitzengespräch – glaubwürdig versichern konnte, daß in keinem anderen Tarifbezirk die Arbeitgeberfront wanken würde.

Krause fürchtet Schwächung des Beamtentums

GÜNTHER BADING, Bonn

In einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, Zweifel an der Beamtenpolitik der Regierung geäußert. Trotz Kohls Bekenntnis zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums werde die praktische Politik der Bundesregierung möglicherweise nicht auf die versprochene Stärkung, sondern auf eine systematische Schwächung des Berufsbeamtentums hinauslaufen. Die Beamtenpolitik sei bereits seit geraumer Zeit in die Defensive gedrängt worden und erschöpfe sich fast ausschließlich in einer „deprimierenden Auseinandersetzung mit Sparmaßnahmen".

Konkret befürchtet Krause negative Auswirkungen auf die Einstellung und die Motivation der Beamten vor allem durch drei Vorgänge:

– die Vorabfestlegung der Besoldungsanpassung auf nur zwei Prozent,

– die Festlegung von Union und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung, daß die im staatlichen Bereich vorgesehenen Sparmaßnahmen schwergewichtig bei den Personalausgaben im öffentlichen Dienst ansetzen sollen und

– die aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung kommenden Absichtserklärungen, wonach die Neuordnung der Altersversorgung auch die Beamtenversorgung einbeziehen soll durch Einführung eines Rentenversicherungsbeitrages anstelle der bisherigen eigenständigen Versorgung auf der Grundlage des Alimentationsprinzips.

Der Beamtenbundsvorsitzende erinnert den Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden daran, daß diese Absicht *„ganz im Sinne früherer* SPD-Vorstellungen" liege.

Eine Klarstellung über die Berichte zur Einführung eines Rentenbeitrags der Beamten hatte Krause zuvor in Briefen an den Kanzler, an den Bundesinnenminister und an Arbeitsminister Blüm verlangt. Krause hat Blüm außerdem vorgehalten, daß er mit seinen Äußerungen keinerlei Rücksicht auf die Zuständigkeit des Innenministers für das Beamtenversorgungsrecht genommen habe. Er bezog sich dabei auf Zitate in der Wochenzeitung „Die Zeit", nach denen Blüm davon gesprochen hat, daß eine Reform der Rentenversicherung „nur in einer Balance mit einer Reform auch der Alterssicherung im öffentlichen Dienst" zu bewerkstelligen sei.

Die Überlegungen, die bisher eigenständige Beamtenversorgung der allgemeinen Rentenversicherung anzupassen, ist in der Sitzung der Sachverständigenkommission „Alterssicherungssysteme" Mitte März in Bad Mergentheim angestellt worden. Der 1981 vom damaligen Sozialminister Ehrenberg einberufenen Kommission gehören 19 Mitglieder an, darunter ein Vertreter des Beamtenbundes. Sie wird geleitet von Professor Meinhold, sein Stellvertreter ist Professor Krup, der der Wahlkampfmannschaft des SPD-Spitzenmannes Hans-Jochen Vogel angehörte. Die durch Indiskretionen bekannt gewordenen Absichten der Kommission sind noch nicht endgültig, es hat noch nicht einmal eine Abstimmung darüber stattgefunden. Dies soll erst Ende April geschehen; der Abschlußbericht wird für Juni erwartet. Allerdings scheint festzustehen, daß sich eine Mehrheit dafür einsetzt, die Beamtenversorgung wie folgt zu ändern:

– Beitrag zur Versorgung in Höhe von zur Zeit 9,25 Prozent,

– Höchstruhegeld erst nach 40 bis 48 Dienstjahren,

– Anrechnung aller außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbenen Einkünfte auf das Ruhegehalt,

– vorzeitiger Ruhestand nur nach 30 oder 35 ruhegehaltsfähigen Dienstjahren.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Selbstgestrickte Jacken verdrängen den grünen Parka

Von HANS-R. KARUTZ

Eine Marx-Kampagne ohnegleichen müssen die „DDR"-Bewohner über sich ergehen lassen. Allein vier der ersten sechs SED-Losungen zum 1. Mai führen Marx im Munde. Wo noch vor Jahresfrist auch offiziell und amtlich alles nur auf das Luther-Jahr „orientiert" war, wie es auf „DDR"-Deutsch heißt, schiebt sich nun Marx in allen Varianten vor die Augen. Die Fenster der Hauptpost-Front in Leipzig beispielsweise sind mit Riesenlettern verklebt, die den Spruch ergeben: „Karl Marx lebt in uns und unseren Taten". Das rauschebärtige Porträt des rheinischen Philosophen weht auf rotem Fahnentuch vom Portal der Oper.

Das Kuriosum ist mit Händen zu greifen. Während die Lutherstätten in einem deutschen Staat ohne die „Freiheit eines Christenmenschen" liegen, wird Marx ausgerechnet dort, wo die großen Pilgerstätten zum Meister nun einmal rein geographisch nicht vorhanden sind, über die Maßen bejubelt.

Die „Deutsche Lehrer-Zeitung" aus dem Hause von Honeckers Ehefrau Margot verstieg sich sogar zur Schlagzeile „Karl Marx – größter Sohn des deutschen Volkes". Ein Titel, der bisher auch in der „DDR" stets dem Meister aus Weimar zuerkannt worden war – Goethe.

Man bewegt sich in unwirklich-unwirtlichen Landstrichen. Im mitteldeutschen Industrierevier lassen sich morgens die Kohlegrus-*Partikelchen wir Krümel* vom Autolack streichen – trotz aller Umweltschutzbestimmungen und trotz aller Ankündigungen, endlich Rauchgasentschwefelungsanlagen zu installieren.

Zwei Branchen verzeichnen zur Zeit Rekordumsätze – Bücher und Blumenzwiebeln. In den Bücherkabinetten warten die Kunden geduldig auf freie giftgrüne Plastik-Körbe, die für den Wandelgang entlang den reichgedeckten Tischen vorgeschrieben sind. Mit dem Bücher-Frühling korrespondieren die Trauben vor den Sämerei-Geschäften in den Innenstädten.

Knollen und Saatgut locken die stark steigende Zahl der „Grünen" unter den „DDR"-Bürgern, die dieses Verhalten jedoch weniger politisch, sondern mehr unter dem Gesichtspunkt einer natürlichen Lebensweise sehen. Die Leute fragen nach Alternativen.

Die oft gestanzte Prägeformel von der „Nischen-Gesellschaft" drüben trifft den Kern. Abseits aller offiziellen Obliegenheiten besiegt die „Datschen"-Mentalität – der Hang zu Mutter Natur samt Häuschen – alle anderen Liebhabe*reien*.

Auch äußerlich wandelt sich der Habitus. Die uniformen dunkelgrünen Parkas, jahrelang die „DDR"-Oberbekleidung Nr. 1, weichen immer häufiger den groben Selbststrick-Pullovern. Die westliche Neigung, mit Turnschuhen selbst in die Oper zu wandern, hat zu einem regelrechten Fußbekleidungs-Boom in diesem Genre geführt. Turnschuhe sind Mangelware in der „DDR".

Bericht aus Mitteldeutschland

Westliche Modeströmungen bahnen *sich vor allem* bei den Damen überraschend schnell ihren Weg. Schaftstiefel und mit Glitzerfäden durchsetzte Halstücher im Sponti-Look bestimmen die Straßenszene in Mitteldeutschland.

Gedrängt von den Konsumwünschen ihrer Kunden muß dann die „DDR"-Konfektion den westlichen Trends hinterherhecheln. Ein Wettlauf zwischen schöpferischen Igeln und planwirtschaftlichen Hasen.

Die Flut von Gedenkjahren und -tagen ficht die Landsleute zwischen Rügen und Rennsteig kaum noch an. Ihnen stehen allerdings absehbare neue Nerven- und Arbeitskraftproben bevor, wenn sie Marx und Luther hinter sich gebracht haben.

1984 begeht Ost-Berlin mit einer Inflation neuer Plan-Daten und „Selbstverpflichtungen" den 35. Jahrestag der „DDR"-Gründung.

Friedrich von Schillers 225. Geburtstag dürfte den Klassiker im kommenden Jahr ebenfalls ins Licht der sogenannten „Erbepflege" rücken.

1985 wird Johann Sebastian Bach und seinem 300. Geburtstag vorbehalten sein. Ein peinlicher *Vorgang zwang kürzlich zur* unplanmäßigen Verschiebung der Einweihung einer staatlichen Erinnerungsstätte an Johann Sebastian Bach im thüringischen Köthen. „Technische Gründe" zwangen dazu, einen neuen Termin festzulegen – die Wasserleitung war eingefroren.

„Ob wir 1986 den 200. Todestag des Alten Fritz würdigen, ist zwar offen, aber ich halte in der DDR allmählich alles für möglich, wenn nun auch schon Bismarcks ‚Gedanken und Erinnerungen' wieder gelobt werden", meint ein älterer Landsmann. Das Sterbe-Jubiläum des Preußen-Königs im August 1986 ließe sich günstig in die Vorbereitungen für die 750-Jahr-Feier Berlins 1987 einpassen.

Nur der gallige Humor der Menschen hat bisher vor allen diesen Malaisen des Alltags nicht kapituliert. In einem geflügelten Wort verflechten sie jetzt die Marx- und Luther-Ehrungen zu dem Spruch: „Proletarier aller Länder, um Gottes willen, vereinigt euch!" Die beiden Herren lassen sich auch mit dem kürzlich durch eine „Winnetou"-Buch-Premiere entteufelten Karl May zu einem Slogan kombinieren: „*Proletarier aller Länder,* vereinigt euch um Gottes willen mit den Indianern."




„DDR": Frauen verweigern den Zivildienst

AP, Berlin

Bei ihren Bemühungen, mehr Frauen für die Zivilverteidigung zu gewinnen, stößt die Militärführung der „DDR" offenbar auf erhebliche Schwierigkeiten.

Wie das Informationsbüro West (IWE) gestern meldete, verweigerten viele Frauen den Dienst, obwohl in Betrieben wachsender Druck auf sie ausgeübt werde. Maßgeblich für die ablehnende Haltung seien private und politische Gründe. So werde die Behauptung, die NATO bereite einen Angriff auf den Ostblock vor, von „vielen Frauen nicht für voll genommen", schrieb das IWE.

Außerdem seien viele berufstätige „DDR"-Bürgerinnen nicht bereit, die hohen physischen und psychischen Belastungen und die Einschränkung ihrer Freiheit in Kauf zu nehmen. Auch fehle häufig das „notwendige Verständnis" des Ehepartners.

Zwar sei jeder dritte freiwillige Mitarbeiter der „DDR"-Zivilverteidigung eine Frau, doch erachte die Militärführung diesen Anteil nicht für zu gering, da Frauen im Falle eines Krieges die Hauptlast der Zivilverteidigung tragen müßten.

Die GEW erklärt dem konservativen Reformer den Krieg

Stuttgarts Kultusminister Mayer-Vorfelder will im Alleingang die Hauptschule stärken und den Zugang zu Gymnasium und Realschule erschweren

Von XING-HU KUO

Ins „Guinness-Buch der Rekorde" möchte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg ihre vor einigen Tagen spektakulär durchgeführte Aktion gegen Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder („MV") eingetragen haben. In der Tat hat die Petition, von 14 000 GEW-Lehrern unterschrieben, dem Landtagspräsidenten Erich Schneider (CDU) von GEW-Landeschef Siegfried Vergin pressewirksam übergeben, zumindest in der Geschichte der Bundesrepublik nichts Vergleichbares aufzuweisen.

Mit Hilfe der Petition wird der Minister, seit seinem Amtsantritt vor drei Jahren Zielscheibe heftiger Angriffe der Oppositionsparteien und der GEW, aufgefordert, nicht die Meinungsfreiheit der Lehrer einzuschränken, sondern die Pädagogen zu ermuntern, von ihren Grundrechten Gebrauch zu machen. Denn der Kultusminister hat laut in den Schulen des Landes ein Klima erzeugt, das die Meinungsfreiheit der Lehrer einschränkt. Für die Lehrergewerkschaft beschränke sich die Treuepflicht des Beamten auf die Verfassung, Mayer-Vorfelder bestehe hingegen auf einer „Loyalitätspflicht" der Pädagogen gegenüber ihrem Dienstherrn und dessen politischen Zielen, so daß die genannte Treuepflicht unzulässig ausgeweitet worden sei.

Die Aktion der GEW verdeutlicht die Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Grundsätze der Bildungspolitik des inzwischen bundesweit bekannten Stuttgarter Kultusministers. Denn „MV", wie er im Lande kurz genannt wird, bekennt sich offen zu einer „konservativen" Schul- und Bildungspolitik. Gepaart ist diese ideologisch und politisch heftig angegriffene Schulpolitik mit raschen, wie auch politisch nahestehende Kreise erklären, manchmal vorschnellen Entscheidungen, Vorschlägen, Entwürfen und Plänen, die bundesweit für Aufsehen sorgen.

Neuestes Beispiel ist die Absicht, vom Schuljahr 1983/84 an in den Hauptschulen des Landes eine Abschlußprüfung einzuführen. Zusammen mit einer erfolgreichen Berufsschulabschlußprüfung könne der Hauptschüler auf diesem neuen Wege zu einem mittleren Abschluß kommen. Die neue Konzeption „9 plus 3" wird notfalls im Alleingang im „Musterländle" durchgeführt, erklärte der Minister in Stuttgart, falls die anderen Bundesländer nicht mitmachten. Die Frage vor der Einführung in Baden-Württemberg in der Kultusministerkonferenz zu erörtern, wäre nach Ansicht „MVs" wenig sinnvoll, in jenem Gremium wäre das Problem ohnehin nur „kreuz und quer zerredet" worden. Nunmehr warteten eben die anderen Länder,

Landesbericht Baden-Württemberg

so „MV", „wie Baden-Württemberg das macht".

Auf die Frage, ob die in Baden-Württemberg beschlossene Konzeption einer Abschlußprüfung an Hauptschulen von anderen Ländern anerkannt werde, dies sei für eine in ein anderes Bundesland umziehende Familie eine wichtige Frage, erklärte der Minister: „Das Volk von Baden-Württemberg ist ja bodenständig und zieht nicht ständig um." Er sei durchaus „optimistisch", daß das neue Modell der Hauptschulaufwertung bundesweit anerkannt und möglicherweise sogar anderswo eingeführt werde. Schon heute gebe es „großes Interesse", vor allem seitens der CDU-geführten Bundesländer, für das „bahnbrechende" Modell im Südwesten.

Gemeinsam mit den Bemühungen, die Hauptschule aufzuwerten (hier hat Niedersachsen laut Mayer-Vorfelder ähnliche Ansätze), sind die Pläne des Stuttgarter Kultusministeriums zu sehen, die Hürden für den Übergang von der Grundschule in die Gymnasien und Realschulen zu erschweren.

Ende Februar wurde ein Entwurf des Kultusministeriums bekanntgegeben, nach dem künftig eine Aufnahmeprüfung für solche Schüler eingeführt wird, deren Eltern entgegen der Empfehlung der Grundschule darauf bestehen, daß ihre Sprößlinge die Realschule bzw. das Gymnasium besuchen. Für den Zutritt zum Gymnasium wird jetzt in der Aufnahmeprüfung ein Notendurchschnitt von 2,5 (bisher 4), für die Realschule von 3 gefordert. Diese neue Regelung betrifft rund 4 Prozent aller Grundschüler, das sind rund 4000 Kinder.

Im Stuttgarter Landtag wurde dieser Entwurf vor wenigen Tagen von den Oppositionsparteien heftig kritisiert. Herbert Moser, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, beschuldigte den Minister, hier finde eine „zwangsweise Lenkung der Schülerströme auf weiterführende Schulen" statt. Auch seien die Elternrechte bei der Mitbestimmung über die Schullaufbahn ihrer Knder geschmälert worden. Ähnlich äußerten sich Vertreter der FDP.

Auch wenn Kultusminister Mayer-Vorfelder solche Vorwürfe bestreitet, steht fest: vor allem in den CDU-regierten Bundesländern wird versucht, gegen „lassowerfende" Gymnasien vorzugehen. Denn im Zusammenhang mit den sinkenden Schülerzahlen werben nicht zuletzt die Gymnasien um Schüler. In den letzten zehn Jahren sank in der Bundesrepublik die Zahl der Grundschüler, die nach der 4. Klasse in weitergehende Schulen wollen, drastisch ab: von mehr als einer Million im Schuljahr 1973/74 auf 750 000 1983. Dabei wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Die „Alarmsignale" kommen auch aus Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Als erster gehandelt aber hat „MV".

Sozialisten: Streit über PLO-Teilnahme

rtr/DW. Lissabon/Madrid

Spannungen über die Haltung zum Nahost-Konflikt haben die Vorbereitungen für den heute im portugiesischen Badeort Montechoro beginnenden viertägigen Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) überschattet. Streitpunkt ist die Teilnahme eines Beobachters der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der vom SI-Vorsitzenden, SPD-Chef Willy Brandt, eingeladen wurde.

Die israelische Arbeiterpartei versuchte die PLO von den Beratungen fernzuhalten. Ihr Vorsitzender, Shimon Peres, hält sich seit dem Wochenende in Spanien auf. Er traf dort mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez zusammen. Peres bemühte sich dabei und in weiteren Verhandlungen, jede Form einer PLO-Teilnahme an dem Kongreß zu verhindern.

Der frühere portugiesische Regierungschef Mario Soares, erklärte, eine offizielle Anerkennung der PLO auf dem Kongreß komme nicht in Frage. Er hoffe jedoch, daß ein Weg gefunden werde, die Teilnahme eines PLO-Vertreters zu ermöglichen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheliha (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 22,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Amerikas Bischöfe mildern den Ton – aber die Angst vor dem Atomkrieg bleibt

TH. KIELINGER, Washington

Ihren dritten und letzten Briefentwurf zum Thema Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter hat die Studienkommission der katholischen Bischofskonferenz der USA gestern in Washington an die Öffentlichkeit gegeben. Der Text, wie er jetzt vorliegt, ist eine stark redigierte Fassung des umstrittenen zweiten Entwurfs vom Oktober.

Viele polemische Äußerungen und Stellungnahmen zur gängigen amerikanischen Atomstrategie wurden abgemildert oder gänzlich weggelassen. Die Exegese der Begriffe Krieg und Frieden berücksichtigt jetzt ausführlicher das Konzept des gerechten Krieges und die Verpflichtung freier Staaten, „ihre Gesellschaften zu verteidigen".

Schließlich ist den gesamten 150 Schreibmaschinenseiten ein längeres Vorwort vorangestellt, in dem die bindende Aussagekraft des Dokuments für Katholiken in gewisser Weise relativiert wird. Das ist eine grundsätzliche Selbsteinschränkung, die der Kontroverse um diese Stellungnahme der katholischen Bischöfe vieles von ihrem Stachel nimmt. Es heißt nun in dem Vorwort:

Statt Stopp „Eindämmung"

„Wir wollen, daß die Leser dieses Briefes sich vor Augen halten, daß nicht alle vorgetragenen Äußerungen die gleiche moralische Autorität tragen. An einigen Stellen konstatieren wir universell bindende moralische Prinzipien sowie die formellen Lehren der Kirche; an anderen Stellen wiederum bieten wir spezifische Anwendungen, Beobachtungen und Empfehlungen an, zu denen es durchaus abweichende Meinungen geben kann bei denjenigen, die die gleichen verfügbaren Daten einer Lage anders interpretieren als wir."

Im Kontext dieser deutlichen Absicht, den Dialog über die nukleare Frage versöhnlicher als bisher zu führen und dem kirchlichen Dokument jeden Anschein eines gegen die Regierung gerichteten Pamphlets zu nehmen, haben die Autoren den Text besonders in den folgenden Punkten abgeändert:

● Die Forderung nach Einfrieren aller Atomwaffen, sowohl was Produktion und Erprobung angeht, wird von den Bischöfen nicht mehr deckungsgleich mit der amerikanischen „Freeze-Bewegung" erhoben. Hatte der letzte Textentwurf noch nach „sofortigen, bilateralen nachprüfbaren Vereinbarungen über den Stopp des Testens, Herstellens und Aufstellens" von neuen Waffensystemen gerufen, so mildert dies die neue Fassung erheblich durch das Wort „Eindämmen".

Kardinal Bernardin von Chicago, der Leiter der Studienkommission, erklärte dazu, die Bischöfe hätten sich „nicht zu deutlich mit irgendwelchen vorhandenen politischen Positionen identifizieren wollen".

● Der Text erwähnt nicht mehr die MX-Rakete als eine Waffe ausgewählten Bannfluchs. Vielmehr beläßt er es bei allgemeinen Warnungen vor dem Destabilisierungspotential von „Erstschlagswaffen". Das tut im übrigen auch die Reagan-Administration, die den Abbau dieser Waffen zu ihrem eigentlichen Ziel in den START-Verhandlungen erklärt hat.

Ganz im Sinne der strategischen Sorge des Weißen Hauses fügt die Bischofskommission neu in ihren Text ein: „Wir sträuben uns gegen solche Waffen und sind deshalb auch gegen die Dislozierung solcher Systeme, im letzten Jahrzehnt, auf sowjetischer Seite – eine Entwicklung, die die Furcht vor einem Erstschlag gegen das US-Arsenal hat aufkommen lassen."

● Obwohl nach wie vor Bedenken gegen die NATO-Strategie der „flexible response" und den darin enthaltenen Ersteinsatz von Nuklearwaffen vorgetragen werden, geschieht dies nicht mehr in Form unqualifizierter Opposition. Die apodiktische frühere Fassung „Nichtnukleare Angriffe durch einen anderen Staat müssen mit anderen als nuklearen Mitteln zurückgewiesen werden" wird jetzt ausgetauscht durch eine vorsichtig entschiedene Distanzierung:

„Die bewußte Einführung nuklearer Waffen würde nach unserem Urteil ein ungerechtfertigtes moralisches Risiko mit sich bringen. Deshalb besteht die ernsthafte moralische Verpflichtung, so schnell wie möglich Verteidigungsstrategien zu entwickeln, die die Rechtfertigung für den Einsatz von Nuklearwaffen, als Antwort auf einen nichtnuklearen Angriff, überflüssig machen."

An dieser Stelle wird besonders deutlich, wie sorgfältig die Bischöfe auf Vorhaltungen und Einwände aus Kreisen der US-Regierung und der NATO-Verbündeten gehört haben, die gerade in der kategorischen Ablehnung des Ersteinsatzes von Atomwaffen eine die europäische Sicherheit gefährlich unterwandernde Prämisse erkannt hatten. So hatten sich auch in der Bundesrepublik zuletzt der Staatsminister im Außenministerium, Alois Mertes, und der frühere Verteidigungsminister Georg Leber in einem gemeinsamen Schreiben an die US-Bischofskonferenz über den leichtfertigen Umgang mit der gültigen Verteidigungsdoktrin der NATO beschwert.

Um diesen Kritikern gerecht zu werden, schiebt der neue Textentwurf des Hirtenbriefes vier vollkommen neu formulierte Paragraphen ein, die alles berücksichtigen, was zur Gültigkeit und Rechtfertigung der NATO-Doktrin vorgetragen wird. „Wir erkennen den Abschreckungseffekt der gültigen Ambiguität, daß ein Krieg (in Europa) sich auf eine nukleare Ebene hin entwickeln könnte, an", schreiben die Autoren. Sodann unterstützen sie voll das gegenwärtige Bemühen der Allianz um verbesserte konventionelle Kräfte:

„Angesichts der möglichen Auswirkungen eines einmal begonnenen nuklearen Einsatzes sind wir dafür, daß die NATO sich rasch zu einer Nicht-Ersteinsatz-Politik durchringt, jedoch nur bei gleichzeitiger Entwicklung passender alternativer Verteidigungsmöglichkeiten."

● Grundsätzlich aufgegeben wurde jetzt die Polemik schon gegen die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen. Ersatzlos gestrichen wurde die Stellungnahme: „Wir beurteilen schon für unmoralisch allein die Drohung, solche Waffen einzusetzen." In der innerkirchlichen Debatte war der Widerspruch aufgefallen zwischen dieser kategorischen Ablehnung und der an anderer Stelle ausgesprochenen qualifizierten Rechtfertigung von „Abschreckung". Alle Passagen über die Abschreckung wurden umgearbeitet, mit neuen Zitaten des gegenwärtigen Papstes angereichert und auf die Schlußfolgerung gebracht: „Wir akzeptieren Abschreckung im Rahmen strikter moralischer Eingrenzungen."

Eine dieser Eingrenzungen ist das Nein zu „unterschiedslosem" Angriff gegen zivile Ballungsräume. Überhaupt hält sich das Schreiben lange mit der Frage Proportionaler Gegenwehr auf, ohne jedoch festzuhalten, wann im Ernstfall dieses Gebot überschritten ist oder nicht. Ausführlich wird aus einem Schreiben von US-Sicherheitsberater William Clark zitiert, der auf das Dilemma hinweist, welches entsteht, wenn sich der Gegner mit strategisch wichtigen Gütern (Industrieproduktion, Kommandozentren) bewußt in Ballungsräume begibt, um sich dort „zu tarnen" und der westlichen Zielplanung ein zusätzliches moralisches Problem aufzubürden.

Als zweite wichtige Bedingung an eine fortgesetzte Gültigkeit der Abschreckung knüpfen die Autoren die Forderung, Abschreckung müsse „zu dem entschlossenen Willen führen, Abrüstung voranzutreiben". Denn langfristig sei Abschreckung „keine adäquate Strategie für den Frieden". Das gleiche Argument trug Präsident Reagan Ende März vor, als er in einer Entwicklung neue Defensivstrategien forderte.

Unvergleichbare Systeme

● Um den Vorwurf abzuwehren, sie sprächen unterschiedlos von den „beiden Supermächten", fügen die Bischöfe jetzt einen für die Reagan-Regierung hochwillkommenen Exkurs ein über die grundsätzliche Unvergleichbarkeit von Ost und West, was die Anerkennung der Freiheit, der Menschenrechte und dergleichen angeht. Mit bemerkenswerter Offenheit schreiben sie:

„Wir stehen (im Osten) politischen Philosophien mit einem Verständnis von Moral gegenüber, das so radikal anders als das unsere ist, daß selbst Abrüstungsverhandlungen von verschiedenen Prämissen ausgehen, selbst wenn beide Seiten identische Terminologien verwenden. Dies liefert einen sehr guten Grund, nicht mit Blindheit und Naivität zu verhandeln."

● Zum erstenmal stellen sich die Autoren mit einer gesunden Portion Selbstkritik einem gängigen pazifistischen Vorurteil (zum Teil in ihren eigenen Reihen), das zwar Kriegführen ablehnt, revolutionäre Befreiungsbewegungen aber durchweg gutheißt. Dazu lautet der neue Text:

„Einige argumentieren, daß kein Krieg jemals zu rechtfertigen sei, aber sie scheinen gewisse ‚Befreiungskriege' von dieser Art auszunehmen. Ja, sie loben und unterstützten Kriege, die von revolutionären Kräften geführt werden, während sie gleichzeitig das Recht etablierter Regierungen, sich gegen Aufständische zu wehren, abstreiten. Solch eine Position kann offensichtlich nicht akzeptiert werden."

Appell an die Gewissen

● Der Briefentwurf vom Herbst hatte mit einer latenten Drohung gespielt, man könne eines Tages Katholiken, die in der atomaren Rüstungsindustrie arbeiten, die Mitwirkung an diesem Teil der Landesverteidigung unmöglich machen, indem man solche Arbeit für unmoralisch erklärt. Und zwar dann, „wenn wir einmal davon überzeugt sein sollten, daß selbst der zeitweilige Besitz solcher Waffen moralisch nicht mehr toleriert werden kann."

Diese Position, eine Stellungnahme von besonderer Anstößigkeit vor allem im innerkirchlichen Raum, haben die Bischöfe vollkommen zurückgezogen. Sie erklären jetzt: „Es ist ganz gewiß nicht die Absicht dieses Briefes, Probleme für Katholiken zu schaffen, die in der Verteidigung arbeiten." Sie schränken ihren alten Anspruch, in all diesen Fragen mit bündiger Autorität zu sprechen, mit der gleichen Offenheit ein, wie dies bereits im Vorwort gesprochen wird:

„Wir maßen uns nicht an, noch geben wir vor, daß es klare Antworten auf die vielen persönlichen und beruflichen Alternativen gibt, die vor Ihnen liegen ... Alle Katholiken können und sollten die moralischen Prinzipien, die in diesem Brief angesprochen sind, mit ihrem Gewissen ausmachen..."

Der vorliegende letzte Entwurf ist inzwischen allen US-Bischöfen zugeleitet worden, mit der Bitte, sich bis zum 20. April zu äußern, wenn neue Einwände erhoben werden sollten. Am 2. und 3. Mai wird sich die katholische Bischofskonferenz in Chicago zu einer Plenartagung treffen, auf der die Schlußdebatte über den Brief den einzigen Punkt der Tagungsordnung bildet.

Die jetzigen Ausführungen spiegeln noch immer sehr nachhaltig die Sorge um das Wettrüsten und die Gefahr eines Nuklearkrieges wider. Aber die moderaten Kräfte in der Bischofskonferenz haben offensichtlich in ihrem Bemühen gesiegt, den Textentwurf politisch zu entschärfen.

Es gibt Beweise: Mugabes Truppen morden weiße Farmer und Touristen

Ein neues Oberkommando der Matabele-Guerrillas / Der Bürgerkrieg verschärft sich

F. DARQUENNES, Bulawayo

Das Oberkommando der Zipra (die Guerillaorganisation des Matabele-Volkes in Zimbabwe) hat kategorisch jede Verantwortung an dem Mord weißer Farmer und Politiker in Zimbabwe zurückgewiesen. Gleichzeitig klagt es Premierminister Mugabe an, den Befehl zur Entführung und wahrscheinlich auch Ermordung von sechs weißen Touristen im vergangenen Sommer gegeben zu haben. Dem Oberkommando lägen Beweise dafür vor, daß der Oberstleutnant Dyck, ein Offizier der Armee Mugabes, die Entführung organisiert und durchgeführt habe mit dem Ziel, die Zipra in den Augen der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.

Diese Aussagen machte das Oberkommando gegenüber einer bekannten südafrikanischen Journalistin namens Aida Parker. Es ist das erste Mal, daß dieses Oberkommando seit Ende des Bürgerkriegs in Rhodesien an die Öffentlichkeit tritt. Frau Parker erklärte gegenüber der WELT, das Oberkommando bestehe aus einem knappen Dutzend von Guerrilla-Veteranen und das Gespräch habe „in einem schwarzafrikanischen Land" stattgefunden.

Politische Beobachter und westliche Diplomaten in Zimbabwe und Südafrika halten die Aussage des Oberkommandos für „sehr wahrscheinlich richtig". Die Nachforschungen der Zipra haben in der Tat ergeben, daß jedesmal, wenn Weiße ermordet worden sind, Einheiten des Kommandos von Oberstleutnant Dyck in der Nähe waren. Oft seien sie von Regierungstruppen, namentlich der von Nordkoreanern ausgebildeten Fünften Brigade Mugabes, begleitet gewesen.

Die Diplomaten weisen außerdem darauf hin, daß die neue Welle von Morden und Massakern gegen Weiße im Matabele-Land zu dem Zeitpunkt einsetzte, da Premierminister Mugabe seine Truppen in diese Region entsandte, um angeblich ein Komplott zu vereiteln.

Das Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen im Matabele-Land war bislang so gut, daß man in Harare nur ungern den Ausspruch hörte: „Hier ist noch ein Stück vom alten Rhodesien übriggeblieben." Dieses gute Verhältnis ist seit dem Erscheinen der 5. Brigade Mugabes im Matabele-Land erheblich gestört. Denn die Regierung in Harare macht die Matabele-Guerrillas für die Morde an den Weißen verantwortlich und sät somit Unsicherheit zwischen Schwarz und Weiß in der Region.

Als „schreckliches Ablenkungsmanöver" bezeichnet das Oberkommando auch den Mord an dem weißen Senator Savage und seiner 20jährigen Tochter, die am Ostersonntag nach Angaben der Regierung von Matabele-Guerrillas bei einem Grillfest getötet wurden. Die öffentliche Meinung solle darüber die Massaker an der Zivilbevölkerung vergessen und gleichzeitig solle die Zipra erneut in Mißkredit gebracht werden.

Das Auftreten des neuen Oberkommandos der Zipra bedeutet, daß der Krieg zwischen der Regierung Mugabe und dem Volk der Matabele nun quasi offiziell erklärt ist. Auf dem Papier ist die Überlegenheit der Regierung in Harare erdrückend: 80 Prozent der Bevölkerung stehen hinter ihr (zum größten Teil Angehörige des Shona-Volkes), sie ist international anerkannt und stützt sich auf eine Armee von 45 000 Mann. Die Shonas jedoch haben traditionell eine panische Angst vor dem alten Kriegervolk der Matabele, die seit jeher und auch im rhodesischen Bürgerkrieg immer mit mehr Disziplin, Engagement und Geschlossenheit operierten. Nach den Angaben des Oberkommandos beläuft sich die Zahl der Guerrillas heute auf etwa 15 000 bis 20 000 Mann. Das entspricht ziemlich genau der Truppenstärke während des Rhodesien-Kriegs.

Militärischen Quellen in Harare ist zu entnehmen, daß es den Regierungstruppen in den drei letzten Monaten trotz intensiver Suche und Aktionen im Matabele-Land nur gelungen sei, etwa 30 Zipra-Guerrillas zu töten oder gefangen zu nehmen.

Die 20 Mann starken Kommandoeinheiten der Zipra seien, so das Oberkommando, mit modernsten Sprechfunkgeräten ausgerüstet und verfügten über Kommunikationsmöglichkeiten, wie sie die Regierungstruppen noch nicht haben. Außerdem besäßen die Zipras genügend leichte Waffen, um die erste Phase eines Sezessions- oder Bürgerkriegs erfolgreich zu bestehen.

In Spanien wird das KGB wieder aktiv

Anlaß ist die Mitgliedschaft in der NATO / Madrid verfügt diskret Ausweisungen

RUDOLF STRÖBINGER, Köln

Kenner der Geheimdienstszene in Paris und Madrid sind sicher: Der sowjetische Staatssicherheitsdienst KGB hat seit einiger Zeit, spätestens seit dem NATO-Beitritt, seine Aktivitäten in Spanien verstärkt. So nimmt man zum Beispiel an, daß an der Organisation der Demonstrationen in der spanischen Hauptstadt, bei denen der sozialistische Ministerpräsident Gonzales aufgefordert wurde sein Wahlversprechen einzuhalten und aus der NATO auszutreten, Verbindungsleute des KGB aktiv beteiligt waren.

Der sowjetische Staatssicherheitsdienst pflegt seit vielen Jahren Verbindungen zu extremistischen Gruppen der Studentenschaft und zu extremen linken Intellektuellen. Bereits im Februar 1980 mußte der Erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Madrid, Krasilnikow, binnen 48 Stunden das Land verlassen, da seine Tätigkeit mit der Arbeit eines Diplomaten nicht vereinbar war. Offiziell hatte man über Krasilnikows „Tätigkeit" nichts erfahren, aber eingeweihte Kreise sprachen von Versuchen des sowjetischen „Diplomaten", Verbindungen zu einigen außerparlamentarischen kommunistischen Gruppen, vor allen an den Universitäten, aufzunehmen. Sie sollten für Demonstrationen gegen die Politik der Regierung gewonnen werden. Und auch jetzt haben deswegen vier sowjetische Beamte, zum Teil mit Diplomatenstatus, auf Anraten der spanischen Regierung Madrid verlassen müssen.

Das sind keine Einzelfälle. Zur gleichen Zeit, als die „Krasilnikow-Affäre" ihren Höhepunkt erreichte, mußten zwei weitere KGB-Offiziere Spanien verlassen. Es handelte sich um den Chef des sowjetischen Geheimdienstnetzes in Spanien, Igor Iwanow, dessen Tätigkeit als „Kulturattaché" getarnt war, sowie den Direktor der Madrider Niederlassung der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot", Oleg Suranow. Dieser wurde von den Spaniern sogar auf frischer Tat, mit Geheimdokumenten der spanischen Armee, festgenommen. Während der Verhöre schwieg sich Suranow beharrlich aus, aber den Madrider Abwehrspezialisten waren die Interessen des 45 Jahre alten Luftwaffenfachmanns nicht verborgen geblieben. Vor allem US-Militärstützpunkte in Spanien sollte Suranow ausspionieren.

Fast genau ein Jahr später schlugen die spanischen Behörden wieder zu. Diesmal war es Botschaftsrat Wladimir Jefremzow, der ausgewiesen wurde. Auf illegale Weise verschaffte er sich vertrauliche Informationen über spanische Politiker und die Tätigkeit spanischer politischer Parteien.

Zwar haben sich die Sowjets nach der „Jefremzow-Affäre" offensichtlich in ihrer Spionagetätigkeit etwas zurückgehalten, aber um so eifriger tummelten sich auf diesem Feld Angehörige der mit dem KGB eng befreundeten sozialistischen Geheimdienste. So enthüllte das Blatt der tschechoslowakischen sozialistischen Opposition „Listy", das vom Mitglied des Europa-Parlaments, dem italienischen Sozialisten Jiri Pelikán herausgegeben wird, daß der tschechoslowakische Botschafter in Madrid Zdenek Pisk ein Offizier der II. Hauptverwaltung des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes ist. Auch die kubanische DGI (Dirección General de Inteligencia) soll in den letzten Jahren ihre Tätigkeit in Spanien stark aktiviert haben.

Haitis Kirche zeigt Mut gegenüber „Baby Doc"

Erste Auswirkungen nach dem Besuch des Papstes

W. THOMAS, Port-au-Prince

Auf dem François-Duvalier-Flughafen stehen noch die Stahlgerüste des Podiums, von dem der hohe Gast seine Messe zelebrierte und die kritischen Worte an das Regime richtete. Papst-Poster, die Johannes Paul II. freundlich lächelnd zeigen, kleben weiterhin an den Häuserwänden. Die Händlerinnen des turbulenten Innenstadt-Marktes Marché Fer mischen wie seit Wochen weiß-gelbe Vatikanfähnchen unter ihr vielfältiges Warensortiment.

Haiti hat den zehnstündigen Aufenthalt des Papstes vor vier Wochen nicht vergessen. Das Ereignis dominiert nach wie vor die Gespräche. Viele dieser Diskussionen drehen sich um die Frage, wie diese Visite wohl die weiteren Entwicklungen beeinflussen wird.

Am 9. März war etwas einmaliges in den fast 25 Jahren der Duvalier-Dynastie geschehen: Ein Redner geißelte öffentlich die sozialen Verhältnisse dieses ärmsten Landes der westlichen Hemisphäre („Ungerechtigkeit und tiefe Ungleichheit") und forderte Maßnahmen zur Bekämpfung des Elendes: „Hier muß sich etwas ändern." Jean-Claude Duvalier, der Präsident auf Lebenszeit, seine Frau Michelle und seine Mutter Simone lauschten auf der Tribüne schweigend und sichtlich irritiert diesen unbequemen Mahnungen, die am nächsten Tag keine der straff kontrollierten Zeitungen drucken durfte. Jedoch: Das Fernsehen hatte die gesamte Veranstaltung übertragen.

Die meisten Beobachter haben den Eindruck, daß die Position der katholischen Kirche gewaltig gestärkt wurde. Die Kirche wächst immer mehr in die Rolle des sozialen Gewissens. Ende Januar, nach der Festnahme des kritischen Lehrers und Sozialarbeiters Gerard Duclerville, ist sogar ein Bischofsbrief verlesen worden, der den Satz enthielt: „Wir beten zu Gott, daß er unser Land von der Folter erlösen möge." Duclerville kam eine Woche später frei.

Bomben für den Umsturz

Das System signalisierte Konzilianz. Neun Tage nach dem Papst-Besuch ließ Duvalier eine gemeinsame Komission bilden, die über Wege zur Verbesserung der sozialen Situation nachdenken soll. Dem Gremium gehören Bischöfe und Minister an. Der höchste Regierungsvertreter: Außen- und Kulturminister Jean-Robert Estime.

Die Ruhe im Land überrascht: Seit Anfang dieses Jahres explodieren in Port-au-Prince Bomben. Am frühen Morgen des 1. Januar ist eine in einem Wagen versteckte Dynamitladung nur 200 Meter vom Präsidentenpalast in die Luft gegangen. Drei Personen kamen ums Leben. Fünf Tage später informierte ein anonymer Anrufer über ein Sprengstoffpaket, das in dem gegenüber dem Präsidentenpalast gelegenen Finanzministerium deponiert war. Diese Bombe konnte genauso entschärft werden, wie jene, die sechs Tage danach in der Hauptpost lag. Eine Woche nach dem Besuch des Papstes ereignete sich dann eine Explosion vor dem Regierungsblatt „Le Nouveau Monde" (nur Sachschaden) und schließlich folgte am 19. März ein Bombenanschlag auf die Toyota-Vertretung, die den Duvaliers gehört (ein Todesopfer).

Die Bomben werden von exilhaitianischen Gruppen gelegt, die den Sturz Duvaliers betreiben. Die Aktivste ist die nach einem Opfer des Duvalier-Regimes benannte „Hector-Riobe-Brigade", die von Florida aus operiert, aber von dem Marxisten Jean-Claude Louisjean geleitet wird, der Kontakte zur palästinensischen Befreiungsorganisation unterhält. Ein Missionsvertreter aber meint: „Duvalier sitzt fest im Sattel. Er ist ein Überlebenskünstler und geschickter Machtpolitiker, der besonders von der ausländischen Presse unterschätzt wird." Auf westliche Besucher wirke Haiti wohl „wie ein Operetten-Regime", aber: „Haiti ist nicht Europa."

Wirtschaftskrise hält an

Jean-Claude Duvalier, 31, seit zwölf Jahren der siebte „Präsident auf Lebenszeit" in der haitianischen Geschichte, scheint keine Angst vor einem Attentat zu haben. Er geht regelmäßig unter das Volk. Die Staatsdoktrin „Jean-Claudisme", auf Transparenten gepriesen, wirkt wie ein Witz. Dennoch unterscheidet sich die Amtszeit des jungen Duvalier (Baby Doc) von der blutigen 14jährigen Diktatur des Vaters François (Papa Doc).

Selbst Silvio Claude, der christdemokratische Führer und prominenteste Oppositionspolitiker, der schon oft im Gefängnis saß, sieht einen Unterschied. Die brutale Repression gehört der Vergangenheit an. Es gibt heute keine politischen Häftlinge. Finanzminister Frantz Merceron setzt den von seinem gefeuerten Vorgänger Marc Bazin eröffneten Kampf gegen die Korruption fort, sofern er nicht in die Nähe der Duvaliers gerät. Gegen den heftigen Widerstand der empörten Geschäftswelt konnte Merceron eine Steuergesetzgebung durchziehen. Er kürzte den Haushalt um 25 Prozent, um die Austerity-Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen. Ein IWF-Beamter zeigte sich von dem mutigen Mann beeindruckt: „Merceron versteht sein Fach."

Duvaliers größter Feind scheint die anhaltende Wirtschaftskrise zu sein. Das arme Land (durchschnittliches Jahreseinkommen der 6,1 Millionen Menschen: 648 Mark) ist noch ärmer geworden. Die Landflucht überfordert die Städte. Heute leben 600 000 der eine Million Einwohner der Hauptstadt in stinkenden Slumbezirken ohne fließendes Wasser, Elektrizität oder Kanalisierung. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erbe aus dem dritten Glied?

„In Goethes Namen"; WELT vom 26. März

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

endlich! Endlich wagt jemand öffentlich auszusprechen, was es mit der seltsamen Institution auf sich hat, die Goethes Namen trägt und für die der Herr Bundesaußenminister letztlich die Verantwortung trägt, auch wenn in der Leitung „liberale" Aushängeschilder, deren Namensvettern bereits anderenorts ein seltsames, schwer zu berechnendes Erbe hinterlassen haben, aus dem zweiten und dritten Glied heraus offenkundige, nicht nur kulturelle, Desinformation des Auslandes betreiben.

Außer den von Ihnen angeführten Beispielen ließen sich Dutzende andere dafür anführen. Den neuen Herren kann man nur raten: Caveant consules!

Freundliche Grüße
Prof. Dr. Dr. h. c. G. Eisermann,
z. Zt. Lugano / Schweiz

*

Sehr geehrter Herr Zehm,

Ihr Leitartikel verdient breiteste Zustimmung. Endlich hat einmal eine große Tageszeitung das „heiße Eisen" Goethe-Institut angepackt, nachdem offensichtlich jegliche Kritik an diesem Institut bisher mit einem Tabu belegt war.

Ich habe während meiner längeren Auslandstätigkeit in Brasilien (und auch später) die Aktivitäten dieses Instituts mit Interesse verfolgt. In meine Zeit in Brasilien fiel die Entsendung des Spo-Vordenkers Peter Schneider „Mit Goethe durch Lateinamerika". Wie von vornherein zu erwarten, fand Herr Schneider keine ihm genehmen Gesprächspartner. In einem breitangelegten Interview in einer Wochenzeitung beschimpfte er daraufhin in einer ausfallenden und arroganten Weise „die Deutschen" in Südamerika. Mein Protestbrief blieb unbeantwortet.

Ebenfalls ohne Echo blieb ein Protest des deutschen Botschafters in Kamerun gegen das Verhalten des Goethe-Instituts während des Goethe-Jahres. Er wollte eine Ausstellung mit Hilfe des Goethe-Instituts in Kamerun organisieren. Man hielt es nicht einmal für notwendig, auf seine Bitte hin zu antworten.

Ein Gipfel der Instinktlosigkeit war jedoch die Entsendung des Herrn Lienen nach Brasilien. Die Verantwortlichen für diese Reise haben offensichtlich noch nie Kontakt zu den deutschen Kulturgruppen in Brasilien gehabt und noch nie an einer Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einwanderung in Brasilien teilgenommen.

Die Deutschen in Brasilien bewahren unter schwierigen Bedingungen ihre deutsche Sprache und die ihnen überlieferte deutsche Kultur, mitunter bereits in der fünften Generation. Die Entsendung eines „Kulturbotschafters" wie Herr Lienen ist für die dortigen Deutschen mehr als eine Zumutung, und sie ist dem deutschen Ansehen in Brasilien abträglich.

Es bleibt zu hoffen, daß endlich die Arbeit des Goethe-Instituts vom verantwortlichen Auswärtigen Amt unter die Lupe genommen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Worbs,
Ahrensburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausführungen von G. Zehm zeigen nach meiner Meinung das Problem, so vielschichtig es sein mag, in einer so klaren und nicht mißzudeutenden Sprache, von der sich der Blechtrommler der Nation eigentlich beeindruckt zeigen sollte.

Wann fühlt sich das Auswärtige Amt in die Pflicht genommen, seine Aufgaben mit den vorrangigen des Goethe-Institutes zu koordinieren, bzw. die zweckentsprechende Verwendung der Steuergelder zu überwachen?

Mit freundlichen Grüßen
H. Urbanke,
Hemmoor / Nds.

Sprachpflege

„Pankraz, das Fremdwort und die Sprachpfleger": WELT vom 7. März

Sehr geehrte Herren,

vorgenannter Aufsatz bestärkt mich in meiner Anregung zu einer Sprachecke oder Ähnlichem. Ich gehe davon aus, daß es geradezu eine Pflicht international anerkannter Zeitungen und Zeitschriften ist, der Überfremdung bzw. Verkümmerung der eigenen Sprache wirksam entgegenzutreten. Wenn schon Deutsch infolge des Kriegsausgangs im Bereich der Wissenschaften seinen ersten Rang eingebüßt hat, so besteht deshalb kein Grund, einer solchen Entwicklung noch förderlich zu sein.

Ansonsten kann ich dem Verfasser nicht in allen Punkten zustimmen: Es scheint mir keineswegs so zu sein, daß die Art und Weise der Vereinnahmung von Fremdwörtern spontan und naturwüchsig ist. Vielmehr sind es die Nachrichtenübertragungsmittel, die Fremdwörter gewissermaßen einbleuen. Das Wort setzt sich nicht einfach durch, sondern es wird durchgesetzt. Dabei mag dahingestellt sein, ob es Bequemlichkeit, Leichtfertigkeit oder auch Eitelkeit sind, die zur vermeidbaren Übernahme von Fremdwörtern führen.

Natürlich lassen sich nicht alle fremdsprachlichen Ausdrücke einfach ins Deutsche übertragen, wie das auch umgekehrt der Fall ist. Einer überspitzten Eindeutschung will ich nicht das Wort reden, wohl aber einem entbehrlichen Gebrauch von Fremdwörtern. Die derzeitige Fremdwortschwemme führt jedenfalls zu einer Verlotterung unserer Muttersprache; wer das will, möge so fortfahren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Heinze,
Stuttgart

Großer Verlust

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

die Nachricht vom Tode des Herrn Hicks betrübt mich sehr. Jeden Morgen galt mein erster Blick in Ihre Zeitung nicht der Seite eins mit den neuesten Nachrichten, sondern der Seite zwei. Die Karikatur vom Tage von Herrn Hicks interessierte mich am meisten. Sie traf den Kern der Sache und ersetzte, wie Herr Zehm sehr richtig in seinem Nachruf auf Herrn Hicks schrieb, einen Leitartikel.

Alle Zeichnungen von Herrn Hicks treffen jedesmal den Nagel haarscharf auf den Kopf, seine Federführung ist subtil und verfügt er über die seltene Gabe der Aussparung. – Dies schrieb ich 1981 an Sie und fügte dann weiter hinzu: Bei all' dem Ernst, der in dieser Welt vorherrschend ist, sind Sie, Herr Hicks, der einzige Lichtblick. Machen Sie weiter so.

Man sagt so leicht, daß kein Mensch unersätzlich sei. Ich meine aber doch, daß durch den Tod dieses großen Karikaturisten eine Lücke in Ihrem Hause entstanden ist, die sich sicher so leicht nicht schließen läßt. Die WELT ist zweifellos um einen außergewöhnlichen Mitarbeiter ärmer geworden.

Mit bestem Gruß
Ursula Veltman-Breme,
Düsseldorf 11

*

Sehr geehrte Herren,

ich glaube, daß ich mit unzähligen WELT-Lesern übereinstimme, wenn ich feststelle, wie traurig und betroffen ich vor der Meldung stehe, daß Wolfgang Hicks nicht mehr ist.

Es ist eine egoistische Traurigkeit, denn ich habe nicht die Person Hicks gekannt, sondern nur das Werk, gekannt und geliebt.

Ich schlug jeden Tag die 2. Seite unserer Zeitung auf, mit gierigem Blick auf das Hicks-Bild, und ich habe schon einmal an Ihre Redaktion geschrieben, um zu sagen, wie sehr ich die letzte Seite der Samstagausgabe schätze. Und wenn mir einmal gar keine Zeit für die Zeitung blieb, den Blick auf die 2. Seite vermißte ich nie.

Es ist schwer zu sagen, woran es liegt, daß bestimmte Karikaturisten so treffend und so gut sind und andere so langweilig und so mäßig. Hicks war der besten einer.

Man sollte nie sagen, daß jemand unersetzbar ist. Hicks zu ersetzen wird aber zweifelsohne nicht so schnell gelingen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ernst Gmachl,
Bergheim 89

Nobile officium

„Kirchliche Selbsthilfe für arbeitslose Pastoren": WELT vom 1. März

Zu den angegebenen Wegen kirchlicher Selbsthilfe für arbeitslose Pastoren sei zusätzlich Folgendes empfohlen: Jede Pastorin, die mit einem ein Gehalt beziehenden Mann verheiratet ist, möge als Doppelverdienerin ihr Amt niederlegen. Dies sollte ein nobile officium sein. Gleichzeitig würde dadurch die Glaubwürdigkeit der Kirche erhöht, der die hohe Arbeitslosigkeit mit Recht Sorgen bereitet. Wenn es eine Pastorin zu kirchlicher Betätigung drängt, könnte sie diese unentgeltlich ausüben, wie es in früherer Zeit Pastorenfrauen aus ihrem Selbstverständnis heraus in großem Segen getan haben.

Die Synode der deutschen Landeskirche könnten Bestimmungen über die Tätigkeit von Pastorinnen, die sich um ein geistliches Amt bewerben, durch Gesetz generell suspendieren.

Vielleicht ergibt sich dabei auch die Möglichkeit, die Kirchengesetze über Ordination und Anstellung von Pastorinnen, die in einer Zeit der Fortschrittseuphorie gefaßt wurden, zu annullieren. Dabei würden die Kirchen den Weg zu schriftgemäßem Verhalten (z. B. 1. Kor. 14, 34–37) zurückfinden, das Ärgernis, das für viele durch Übertragung des geistlichen Amtes auf eine Frau besteht, beseitigen und die ökumenische Gemeinschaft mit der Orthodoxen und der Katholischen Kirche erleichtern.

Prof. Dr. E. Dammann,
Pinneberg

Schmähkritik

„Kriminelle Vereinigung": WELT vom 12. März

Kein Gericht hat irgend jemandem gestattet, die Vereinigungskirche eine kriminelle Vereinigung zu nennen. Die von Ihnen abgedruckte Meldung des Evangelischen Pressedienstes ist in dieser Aussage schlicht falsch.

Richtig ist, daß der Bundesgerichtshof die Berufung der Vereinigungskirche gegen ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt aus formalen Gründen zurückwies und dieses Urteil dadurch rechtskräftig wurde. Das Oberlandesgericht hatte vier Pfarrern das Recht zugesprochen, der Vereinigungskirche Psychoterror und faschistische Züge vorzuwerfen sowie zu behaupten, sie hätte junge Leute bis zum Selbstmord getrieben. Das Gericht ging bei diesem Urteil davon aus, daß die gemachten Äußerungen unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fielen, zumal die Pfarrer wegen ihres Amtes in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten.

Zu einer Beweisaufnahme über die Richtigkeit der Behauptungen kam es also gar nicht. Auch sei – so das Gericht – die Grenze zur gehässigen Schmähkritik, gegen die ein Unterlassungsanspruch begründet wäre, nicht überschritten worden.

Die Bezeichnung „kriminelle Vereinigung" tauchte zwar in der ursprünglichen Klageschrift auf. Ihre Verwendung wurde aber von den Pfarrern vor Gericht bestritten, so daß die Klageschrift abgeändert wurde.

Mit freundlichem Gruß
Vereinigungskirche e. V.,
Norbert Thiel, Schriftführer,
Frankfurt am Main

Personalien

EHRUNGEN

Zum 80. Geburtstag von Dr.-Ing. E. h. **Ernst von Siemens** am 9. April hat der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** in einem Glückwunschschreiben erklärt: „Sie haben nach 1945 den Ausschlag zu unternehmenspolitischen Weichenstellungen gegeben, die auch für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns richtungweisend waren. Daß Sie das soziale Wohl Ihrer Mitarbeiter nicht als Ergebnis des eigenen Erfolges gelten lassen wollten, sondern geradezu als dessen Voraussetzung ansahen, ist unter den vielen Merkmalen Ihres Unternehmertums gewiß dasjenige, auf dem der Familiensinn der Siemens-Belegschaft gewachsen ist".

*

Im Bistum Augsburg wurden Domkapitular Msgr. **Max Ziegelbauer**, Leiter des Bischöflichen Seelsorgeamtes, und Msgr. **Johannes Dischinger**, Vorsitzender der Liturgischen Kommission, zu päpstlichen Prälaten, Pfarrer **Heinz Eudenbach** und der langjährige Militärseelsorger **Hermann Völk** zu Ehrenkaplänen mit dem Titel Monsignore ernannt. **Hans Kögel** vom Religionspädagogischen Seminar der Diözese Augsburg wurde das Komturkreuz des päpstlichen Silvesterordens verliehen.

GEBURTSTAG

Konsul **Diether Hummel**, Präsident des Verbandes Deutscher Sektkellereien e. V. und Präsident der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, vollendet sein 75. Lebensjahr.

TODESFÄLLE

Wilhelm Varnholt (57), Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, ist während eines Urlaubs in Kenia gestorben. Der SPD-Politiker war 1980 als Nachfolger von **Ludwig Ratzel** (SPD) für eine Amtsdauer von acht Jahren zum Oberhaupt der zweitgrößten Stadt von Baden-Württemberg gewählt worden.

*

Dr. **Karl August Fink**, emeritierter Professor für Kirchengeschichte, Patrologie und christliche Archäologie an der Universität Tübingen, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Der gebürtige Konstanzer, der 1928 zum Priester geweiht worden war, war über die Stationen Rom, Freiburg/Br., Braunsberg/Ostpr. nach Tübingen gekommen.

Wort des Tages

„Unser Recht ist ein Recht auf die Möglichkeit der Pflichterfüllung, ein Recht, unsere Pflicht zu tun – und deshalb ist es umgekehrt Pflicht, unser Recht zu wahren."

Gustav Radbruch, dt. Politiker und Rechtsphilosoph (1878–1949)

„Positives Signal vom Arbeitsmarkt“

■ Fortsetzung von Seite 1

beruflich gut dastehn, gut ausgebildet sind.“ Und: „Man braucht Impulse, damit die Leute investieren, und wir brauchen noch ein bißchen mehr Mut für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen draußen im Lande.“

Als das Wichtigste aber bezeichnete Stingl eine Veränderung des Investitionsklimas, „auf Dauer Kalkulierbarkeit der Investitionen und dann aber auch das Problem der Arbeitszeit. Hier sollten die Arbeitgeber sich nicht so stur anstellen.“

Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist nach Einschätzung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesarbeitsminister, Wolfgang Vogt, nicht allein vom wirtschaftlichen Wachstum zu erwarten. Deshalb müßten mehr Teilzeitarbeitsplätze angeboten und die von der Bundesregierung verstärkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von den Trägern aufgegriffen werden, damit die bereitgestellten Mittel zügig abflössen.

Der CDU-Abgeordnete Haimo George räumte ein, daß der Rückgang der Arbeitslosenzahl saisonbedingt sei, doch würden die positiven Signale für den Arbeitsmarkt an Gewicht gewinnen. Als Beispiel nannte er den zum Teil starken Rückgang der Kurzarbeit. Die bisher bekanntgewordenen Tarifabschlüsse nannte George einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Chancen für Arbeitslose.

Die FDP sieht den Negativ-Trend auf dem Arbeitsmarkt gestoppt. „Ich bin sicher, daß die Politik des Aufschwungs der Koalition der Mitte im nächsten Monatsbericht eine weitere Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bringen wird“, erklärte der Vorsitzende ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Fraktionsarbeitskreises, Hans H. Gattermann.

Für die SPD-Fraktion erklärte hingegen deren stellvertretende Vorsitzende Anke Fuchs, der Aufschwung sei ausgeblieben. Die Arbeitslosenzahl gehe im März immer zurück. Dafür seien allein saisonale Einflüsse maßgeblich. Die „Rechtskoalition“ habe offensichtlich nicht die Absicht, ernsthafte Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Ein weiterer Anstieg könne nur gebremst und der hohe Sockel an Arbeitslosen könne nur abgebaut werden, wenn eine Arbeitszeitverkürzung „in größeren Schritten“ durchgesetzt werde. Frau Fuchs kündigte einen Entwurf der SPD-Fraktion zum Arbeitszeitgesetz und zur „Vorruhestandsregelung“ an.

Moskau droht. Paris will nicht „weiche Stelle“ sein

● Fortsetzung von Seite 1

überzeugt, daß jeder Sowjet-Diplomat irgendwie in Geheimdienstaktivitäten verwickelt ist und daß man „von Fall zu Fall die Faust zeigen muß“.

Wie zur Untermauerung dieses Urteils, veröffentlichte die ultralinke Tageszeitung „Libération“, die am Dienstag als erste die Ausweisung angekündigt hatte, gestern eine vertrauliche Note des französischen Spionageabwehrdienstes DST, derzufolge 1980 – dem letzten Jahr, für das Zahlen vorliegen – von 521 Sowjetbürgern in offizieller Mission in Frankreich 181 für Geheimdienste tätig waren: 131 für das KGB, 36 für den militärischen Spionagedienst GRU und zwölf für andere Dienste.

Die meisten Agenten sind offiziell bei der sowjetischen Botschaft, der Handelsvertretung, der in Paris ansässigen Unesco, der Militärmission oder in sowjetischen Pressebüros beschäftigt. Allein bei der ständigen Vertretung Moskaus bei der Unesco soll jeder zweite Mitarbeiter Geheimdiensten angehören.

Als „Resident“, das heißt Chef des KGB in Paris, wird in dem Dokument der Erste Botschaftsrat Nikolai Tschewerikow (der zu den am Dienstag ausgewiesenen Spionen gehörte) und als Chef der GRU der Marineattaché Wassili Golitzin genannt. Der Verantwortliche für die Gegenspionage innerhalb der sowjetischen Kolonie in Frankreich, die von Moskau strikt überwacht wird, war damals der Erste Botschaftssekretär Jewgeni Nagobnol, alias Nagornyi.

Unmittelbare Auswirkungen auf die Regierungskoalition von Sozialisten und Kommunisten nach der spektakulären Aktion werden in Paris nicht erwartet. „L'Humanité“, das Parteiorgan der Kommunisten, die mit vier Ministern und Staatssekretären in der 3. Regierung Mauroy vertreten sind, meldete das Ereignis gestern wertfrei, fügte aber einen knappen Kommentar hinzu, in dem die Konsequenzen für das „für Frieden und Abrüstung in Europa wichtige Verhältnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion“ bedauert wurden. KPF-Generalsekretär Georges Marchais, der sich in Athen aufhielt, betonte, daß die Affäre nicht zu einem Austritt seiner Partei aus der Regierung führen werde. Dennoch wurde gestern in Frankreich lebhaft die Frage diskutiert, wie lange die KPF die ausgesprochen antisowjetische Politik von Staatspräsident Mitterrand noch mitmachen könne, ohne ihr Gesicht zu verlieren.

Die konservative Tageszeitung „Le Figaro“ schrieb, die Ausweisungsaktion werde den Vereinigten Staaten gefallen. „Mitterrand wußte, daß sie in Washington tiefe Befriedigung hervorrufen würde. Er hat wieder einmal bewiesen, daß er ein ‚Musterschüler' in der Klasse der Atlantiker ist.“ Auch der den Sozialisten zugeneigte „Matin“ sprach von einer „vor allem politischen Affäre“. Eine Ausweisung von 40 bis 50 spionierenden „sowjetischen Pseudo-Diplomaten“ sei schon unter der früheren konservativen Regierung möglich gewesen, doch habe es einer linken Regierung mit kommunistischen Ministern bedurft, „um der Sowjetunion plötzlich eine Herausforderung zu bieten, die keine rechtsgerichtete Regierung wagte“, schrieb das Blatt.

In London erklärte der frühere stellvertretende Chef der britischen Spionage-Abwehr MI-6, George Young, die jüngsten Ausweisungs-Beschlüsse gegen Sowjetbürger in Frankreich, Großbritannien und Spanien gingen auf Absprachen zwischen diesen Staaten zurück. Die NATO-Staaten zielten jetzt mit großer Entschlossenheit darauf ab, das KGB und den militärischen Nachrichtendienst GRU bloßzustellen. Die westlichen Geheimdienste hätten inzwischen über die sowjetische Spionage einen hohen Informationsstand erreicht und machten jetzt systematisch davon Gebrauch.

Young erklärte: „In Moskau gibt es eine KGB-Regierung. Es kann nur von Vorteil sein, in aller Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Russen keine Riesen sind und daß das KGB eine ziemlich mangelhafte Einrichtung ist.“ Alles was zu Meinungsstreit oder Spaltung im Kreml führe, könne für den Westen nur gut sein.

In dem Interview des BBC wies Young auf die Praxis des KGB hin, sämtliche Ausreisevisa sowjetischer Staatsbürger zu überprüfen und diese Bürger dann bei ihrem Auslandsaufenthalt unter permanenter Kontrolle zu halten. Auf diese Weise könne es geschehen, daß auch völlig harmlose und unschuldige Sowjetbürger im Westen vom KGB für Spionageaktivitäten eingespannt würden. „Wenn KGB oder GRU glauben, daß der Betreffende einen Beitrag leisten könnte, und dieser die Mithilfe ablehnt, dann setzt er ihn und seine Angehörigen schwerwiegenden Konsequenzen aus.“

Genscher: Kreml sollte in Genf einlenken

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die sowjetische Führung aufgefordert, die neuen Vorschläge Präsident Ronald Reagans für eine Zwischenlösung bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) ernsthaft zu prüfen.

In einem einstündigen Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Wladimir S. Semjonow äußerte er sich enttäuscht über die erste negative Reaktion des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko. Er betonte, der US-Plan sei von der Bundesregierung und den anderen NATO-Verbündeten maßgeblich mitgestaltet worden; die Sowjetunion sollte ihn am Genfer Verhandlungstisch weiter ausloten.

Die Zusammenkunft Semjonows mit Genscher war auf Wunsch des sowjetischen Diplomaten zustande gekommen, der dem Bundesaußenminister die Glückwünsche Gromykos zur Wiederwahl überbrachte. Dabei hob Semjonow die Hoffnung Gromykos auf eine Weiterführung des jahrelangen Dialogs zwischen den beiden Außenministern hervor. Genscher unterstrich seinerseits den Wunsch der Bundesregierung, den politischen Dialog mit der Sowjetunion intensiv weiter zu pflegen. Er würdigte die Einladung von Generalsekretär Jurij Andropow an Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Besuch in Moskau. Die Bundesregierung wolle diesen Besuch sorgfältig vorbereiten.

Der Bundesaußenminister benutzte die in einer entspannten Atmosphäre geführte Unterredung auch dazu, ausführlich die Motive des westlichen Vorschlags für eine INF-Zwischenlösung darzulegen. Den USA und ihren Verbündeten gehe es darum, unter Aufrechterhaltung des Idealziels der beiderseitigen Null-Lösung ein Zwischen-ergebnis auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstung zu erreichen.

Im Interesse der Aufrichtigkeit des Dialogs mit Moskau fühle er sich verpflichtet, die sowjetische Führung vor einer Fehleinschätzung der Haltung der Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß zu bewahren, fuhr Genscher fort. Die Bundesregierung stehe zu beiden Teilen dieses Beschlusses. Wenn es in Genf nicht zu einem Ergebnis komme, werde die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen im vorgesehenen Umfang Ende 1983 beginnen. Die Bundesregierung habe darüber keine Unklarheit gelassen und bei der Wahl am 6. März breite Zustimmung dafür gefunden.

Bahr setzt Attacken gegen die USA fort

Er spricht von „wenig Kontinuität und Berechenbarkeit“

DW. Bonn

Führende Politiker der SPD haben gestern ihre Kritik an bestimmten Aspekten der amerikanischen Politik fortgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte daraufhin die SPD auf zu sagen, ob sie sich zur Kontinuität der von dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt maßgeblich mitgeprägten Sicherheitspolitik bekenne und die westliche Verhandlungsposition in Genf unterstützen wolle.

Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Vorstandes, warnte im sozialdemokratischen Pressedienst davor, daß die militärischen Vorteile einer Stationierung amerikanischer Pershing-2-Raketen in Westeuropa „durch die politischen Nachteile, den irreparablen Schaden für die NATO, übertroffen werden“. Es gehe den USA jetzt um die totale Abschreckung, um die Fähigkeit, einen Atomkrieg notfalls durchzustehen und zu gewinnen, schrieb Eppler. Als Konsequenz drohten neue Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion, denen weitere der USA folgen würden. Ein Bündnis, das die Deutschen und viele andere Europäer mit solchen Aussichten schrecke, werde nicht mehr unangefochten bleiben können.

Egon Bahr hielt den USA vor, sie ließen in ihrer Politik gegenüber Moskau „wenig Kontinuität und Berechenbarkeit“ erkennen und schwankten zwischen einer „Fast-Umarmungstaktik bis hin zu harten Konfrontationen am Rande des Konflikts“. In einem Interview der „Bunten“ sprach Bahr zugleich davon, daß der Westen wenig Bereitschaft zeige, über ein konventionelles Gleichgewicht zu verhandeln. Den USA warf er weiter vor, wenn es ihnen richtig erscheine, distanzierten sie sich selbst von ihren Verbündeten. Dennoch gebe es „in überschaubarer Zeit für Europa keine Sicherheit ohne oder gegen die Amerikaner“. Es könne aber zwischen Bonn und Washington keine 100prozentige Interessenidentität geben, sagt Bahr. Deshalb verüble er den Amerikanern auch nicht, daß sie über einen auf Europa begrenzten Krieg nachdächten. Aus deutscher Sicht müsse er derartige Überlegungen aber als unakzeptabel bezeichnen.

Der SPD-Politiker pflichtete seinem französischen Parteifreund Huntzinger bei, der erklärt hatte, wenn die Sowjetunion ihr Potential auf 50 SS-20-Systeme oder ein wenig darunter reduzieren würde, dann wäre der Punkt erreicht, wo es eine NATO-Nachrüstungsnotwendigkeit nicht mehr gebe. Bahr: „Diese Auffassung teile ich.“

USA weisen Asylbitten ab

Regierungsbericht: Auch Polen beroffen

rtr, Washington

Die Regierung der USA hat die Aufnahmebedingungen für Asylanten aus kommunistischen Ländern offenbar verschärft. Die britische Nachrichtenagentur Reuter, die dies berichtete, stützt sich dabei auf Unterlagen des Einwanderungs- und Einbürgerungsdienstes (INS). Danach werden Asylanträge aus der Sowjetunion, der CSSR, aus Ungarn und China unter der Präsidentschaft Reagans viel öfter abgelehnt als unter Carter.

Durch die Dokumente wird deutlich, daß die Zahl der Ablehnungen von Asylanträgen polnischer Bürger selbst nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 zugenommen hat. So wurden zwischen Juli und September 1980 nur 74 Anträge aus Polen abgelehnt und 243 genehmigt. Im Jahr der Verhängung des Kriegsrechts gab Washington hingegen nur 102 Asylanträgen statt, wies jedoch 1095 Asylanträge polnischer Bürger zurück. Noch 1980 wurden 39 der 50 Asylanträge aus Ungarn angenommen. Dem stehen 1982 insgesamt 102 Anträge gegenüber, von denen nur 25 erfüllt wurden. Im Fall sowjetischer Asylbewerber wurden 1982 17 abgelehnt und nur 14 stattgegeben. Unter Carter wurden nur sieben zurückgewiesen, während 15 Russen Asyl erhielten.

Drei Hauptgründe stehen hinter den Ablehnungen: Erstens wurden 1980 die Einwanderungsgesetze geändert, womit nach Ansicht der Experten die Zahl der Einwanderer begrenzt werden soll. Zweitens nahm die Zahl der betrügerischen Asylbewerbungen zu, und drittens wurden Bewerber abgelehnt, weil Washington fürchtete, die Gewährung politischen Asyls setze die politischen Beziehungen zu deren Herkunftsländern aufs Spiel.

Zugenommen hat die Zahl der Asylgewährungen lediglich bei Flüchtlingen aus Afghanistan und Iran.

Wirtschaftsreform in Polen erreicht ihre Ziele nicht

AFP, Warschau

Zum ersten Mal hat in Polen eine amtliche Stelle offene Kritik an der Wirtschaftspolitik des Militär-Regimes unter Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski geäußert.

Das Wirtschaftsmagazin „Zycie Gospodarcze“ veröffentlichte in seiner jüngsten Ausgabe einen kritischen Bericht des Wirtschaftsrates, der dem Ministerpräsidenten als Konsultativorgan zur Seite gestellt ist. Darin wird in vorsichtig verklausulierter, aber eindeutiger Form ein Mißerfolg des im Januar 1982 kurz nach Verhängung des Kriegsrechtes eingeführten Reformkurses festgestellt.

Den Reformzielen, die den Unternehmen zum Zweck größerer Effektivität mehr Autonomie bei der Leitung der Produktion und bei der Finanzierung geben sollten, habe man sich nicht angenähert. Ganz im Gegenteil müsse man sagen: „Wir kehren im Galopp zum Zentralismus zurück“, heißt es in dem Bericht. Die Pläne für eine Diversifizierung der Wirtschaftsbereiche könnten unter den gegebenen Bedingungen nicht verwirklicht werden. Es gebe in der Industrie „keine klare Tendenz zu einer verbesserten und wirksameren Unternehmensführung“.

Statt eine Kostensenkung anzustreben, sicherten die Unternehmen sich im Gegenteil in Verhandlungen mit den Zentralbehörden ausgabenfördernde Subventionen, Präferenztarife und Abgabenfreiheiten. Die Regierungsstellen begegneten diesem Trend mit Wohlwollen, weil sie das „in ihrer vorherrschend paternalistischen Haltung“ bestärkt. Im Außenhandel setzten die Behörden das Hauptinstrument, die Vergabe harter Devisen, nicht nach den Kriterien der Exportwirksamkeit ein. Es werde eine unfreundliche Wechselkurspolitik betrieben. Auch würden die Betriebe nicht stimuliert, den Umfang der zur Herstellung von Exportgütern notwendigen Rohstoffimporte zu reduzieren.

In seiner Schlußfolgerung mahnt der 28köpfige Wirtschaftsrat, der nur zur Hälfte aus Wirtschaftsexperten mit Hochschulbildung besteht, die Regierung zu strikterer Finanzdisziplin, zur Stabilisierung oder sogar zum Einfrieren gewisser Preise. Außerdem solle die Regierung nicht näher umrissene „Instrumente zur Erreichung eines effizienteren Funktionierens der Volkswirtschaft“ schaffen.

Unfaßbar für alle erreichte uns die Nachricht.

Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Wilhelm Varnholt

ist am 5. April 1983 einem Herzversagen erlegen. Der Tod ereilte ihn in einem kurzen Erholungsurlaub.

Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Mannheim trauern um eine Persönlichkeit, die sich um unsere Stadt und ihre Bürger verdient gemacht hat. Von 1964 bis 1968 war Wilhelm Varnholt Direktor der Stadtkämmerei der Stadt Mannheim; von 1968 bis 1973 war er Bürgermeister und Kämmerer unserer Nachbarstadt Ludwigshafen; 1973 bis 1980 war er als Erster Bürgermeister und Kämmerer für unsere Heimatstadt Mannheim tätig. Am 21. November 1980 wurde er vom Gemeinderat in das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim eingeführt.

Mut zur Verantwortung und Zielstrebigkeit der Entscheidungen zeichneten ihn aus. Mit der Kraft seiner Persönlichkeit hat er unserer Heimatstadt gedient. Die Zukunft unserer Stadt war die Aufgabe, die ihn verzehrte. Gemeinderat und Stadtverwaltung trauern um einen Menschen, der sich bedingungslos und ohne Beispiel in seinem Amt einsetzte. Mit Beharrlichkeit und Überzeugungskraft hat er es verstanden, neue Zielpunkte für die Entwicklung Mannheims zu setzen.

In Trauer, Ehrfurcht und Dankbarkeit verneigen wir uns vor einem Menschen, dessen Pflichtauffassung vorbildlich war.

5. April 1983

MANFRED DAVID
Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim

GERHARD WIDDER
Vorsitzender
der SPD-Gemeinderatsfraktion

ROLAND HARTUNG
Vorsitzender
der CDU-Gemeinderatsfraktion



Sklaven oder Erpresser?

fu (London) – Die Groteske um die Abschaffung der „Waschpausen" im Cowley-Werk von British Leyland geht weiter. Am 29. März traten 5000 Beschäftigte in dem Austin-Rover-Werk, wo unter anderem das neue Modell Maestro gefertigt wird, in den unbefristeten Ausstand. Sie protestieren gegen die Entscheidung der Werksleitung, die dreiminütigen Waschpausen am Ende einer jeden Fließbandschicht auch in Cowley einzustellen.

Immerhin könnte durch diese Maßnahme die wöchentliche Autoproduktion im Cowley-Werk um 100 auf 4100 erhöht werden. Doch die jüngste Initiative der Geschäftsführung, den Konflikt durch erhöhte Bonus-Zahlungen zu lösen, wurde von den Streikenden auf Geheiß ihrer Gewerkschafts-Vertrauensleute mit dem Stichwort „Sklaverei" zurückgewiesen.

Damit wird deutlich, daß es den Streikenden alles andere als um die (ohnehin absurde) Sache geht. Vielmehr kommt hier das durch die lange Rezession und die hohe Arbeitslosigkeit fast schon in Vergessenheit geratene Grundübel britischer Gewerkschafts-Agitation an der Basis wieder zum Vorschein.

Kaum gibt es erste Anzeichen dafür, daß die britische Automobilindustrie von einer einsetzenden Konjunkturbelebung profitiert (was für British Leyland mit seinen gegenwärtig sehr erfolgreichen Modellen Metro und Maestro im besonderen gilt), und die Geschäftsleitung im Interesse einer notwendigen Produktionsausweitung zur Verbesserung der Effektivität gezwungen ist, legen sich die Gewerkschaften quer. „Erpresserisch" und selbstzerstörerisch wären die richtigen Worte.

Nichts verloren

J. G. – Fragmentarisch bleibt vieles von den subventionsbedürftigen Strukturkonzepten, die im Termingalopp von den deutschen Stahlunternehmen abgeliefert wurden und nun der nachösterlichen Prüfung durch die Brüsseler EG-Kommission unterliegen. Fatal fragmentarisch sogar ob des Resultats, daß sich der postulierte Subventionsbedarf mindestens doppelt so hoch summiert wie bei der im Vorschlag der Stahlmoderatoren anvisierten Obergrenze von drei Milliarden Mark. Das ist die bittere Konsequenz daraus, daß unternehmerische Eigenbrötelei und politischer Regionalismus vom Moderatorenvorschlag des großen Konzentrationsprozesses vorerst nur den Thyssen/Krupp-Zusammenschluß übriggelassen haben. Doch noch ist nichts verloren. Unterhalb des von Brüssel bis zum 30. Juni zu genehmigenden Subventionsniveaus bleiben alle Chancen für Besseres und Billigeres im notwendigen Konzentrationsprozeß der Branche offen: eine Herausforderung für die Verwalter der staatlichen Stahlkasse. Ob diese das endlich begreifen?

Warnung und Chance

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Regierung und Zentralbank lassen in diesen Tagen gegenüber der italienischen Wirtschaft und Öffentlichkeit keinen Zweifel daran aufkommen, daß das von François Mitterrand in Paris gesetzte Signal zur Austerity auch für Italien gilt. Die jüngste Paritätsänderung der Lira innerhalb des EWS fassen die italienischen Währungsbehörden in diesem Zusammenhang bewußt als Warnung und Chance zugleich auf. Als Warnung, weil sich im Falle eines Erfolges der französischen Stabilisierungsbemühungen die Aufmerksamkeit der internationalen Devisenspekulation mit Sicherheit auf die italienische Währung konzentrieren wird. Als Chance, weil die neue Parität der italienischen Regierung jetzt die Atempause verschafft hat, die sie braucht, um ihre eigenen Stabilisierungsmaßnahmen unter Dach und Fach zu bringen.

Daß die Lira derzeit noch über der neuen Parität notiert, verschafft den italienischen Währungsbehörden die Möglichkeit diese Atempause voraussichtlich noch weit in die Sommer- und Herbstmonate hinein auszudehnen. Dabei kann von der Erfahrung ausgegangen werden, daß sich die Lira im EWS in den letzten vier Jahren jährlich durchschnittlich um sechs Prozent abgewertet hat. Das bedeutet nach diesem Erfahrungssatz, daß noch mindestens zwölf Monate Zeit vorhanden sind, um die Italien zur Verfügung stehende Bandbreite voll in Anspruch zu nehmen.

Erheblich beschleunigt werden könnte die Inanspruchnahme der Sechs-Prozent-Bandbreite freilich, wenn im In- und Ausland in den nächsten Monaten die Erwartung zur Gewißheit werden sollte, daß die Stabilisierungsanstrengungen der Regierung Fanfani ihre Ziele verfehlen. Große Skepsis spricht hierbei schon jetzt aus Äußerungen von Schatzminister Giovanni Goria als dem Verantwortlichen der amtlichen Kredit- und Währungspolitik. Laut Goria steht das von der Regierung im Parlament nur mühsam aufrechterhaltene Defizit-Limit des diesjährigen Haushalts „nur auf dem Papier", während sich der Kassenfehlbetrag des kommenden Jahres vollends jeder Kontrolle entziehen könnte, wenn es vorher nicht gelingt, die Bremsen anzuziehen. Offiziellen Schätzungen des Schatzministeriums zufolge wird sich das Kassendefizit der öffentlichen Hand ohne Eingriffe gegenüber dem diesjährigen um 21 Prozent erhöhen, das heißt um elf Punkte über der für 1984 ins Auge gefaßten Inflations-Leitlinie von zehn Prozent.

Da der Anteil des Defizits am Bruttosozialprodukt im laufenden Jahr bereits an zwölf Prozent herankommen und damit dreimal so groß sein wird wie in Frankreich, droht in Zukunft real immer mehr statt weniger vom Bruttosozialprodukt in die Kassen des Staates zu fließen. Erschwert wird hierbei die Stabilisierungspolitik vor allem dadurch, daß sich die Koalitionsparteien nicht viel anders als in den beiden Spadolini-Kabinetten nicht nur über fast alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen uneins sind, sondern auch die partei- und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen fehlen, um über die in den letzten Monaten bereits erlassenen Spar- und Austerity-Maßnahmen hinauszugehen.

Das betrifft genauso die Lohnpolitik, in der die Regierung ihr ganzes Pulver mit dem Ende Januar abgeschlossenen Abkommen zur Entschärfung der gleitenden Lohnskala bereits verschossen hat. Gewerkschaftliche Zugeständnisse über das Wenige hinaus, was dieses Abkommen gebracht hat, sind für das ganze laufende Jahr jetzt nicht mehr zu erwarten. Im Gegenteil. Das heißt, daß die Unternehmerverbände vermutlich richtig liegen, die bei Löhnen und Lohnkosten mit der Überziehung des regierungsamtlichen Limits dieses Jahres um mehrere Punkte rechnen.

Mit der Rückführung der Inflationsrate von beinahe 17 Prozent des vergangenen Jahres auf 13 Prozent im Jahresdurchschnitt 1983 sieht es damit wenig erfreulich aus. Das wird sich vor allem im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland auswirken, dem größten Handelspartner Italiens.

Im Verkehr mit der Bundesrepublik hat die italienische Wirtschaft in den letzten Jahren deutlich an Wettbewerbskraft verloren und konnte ihre Positionen nur halten, weil der Wechselkurs der Lira gegenüber der D-Mark ständig gesunken ist. Die Spekulation mit diesen Kurskorrekturen konnte allerdings nur aufgehen, solange sich die D-Mark stärker auf- als die Lira abwertete und die Lira im Windschatten des Franc und der politischen Stellung Frankreichs segelte.

Das könnte in Zukunft anders werden, falls es Mitterrand gelingen sollte, die französische Währung zu sanieren. Dann stände Rom alleine da und riskierte nicht nur gegenüber der D-Mark, sondern auch gegenüber dem US-Dollar abwerten zu müssen.

KERNKRAFT / Finanzierung fortgeschrittener Reaktorlinien akut gefährdet

Verfügbare Mittel sind verbraucht: Baustopp in Kalkar und Schmehausen?

HEINZ HECK, Bonn

Auch unter der neuen Bundesregierung bleibt die Finanzierung der über zehn Milliarden Mark teuren fortgeschrittenen Reaktorlinien akut gefährdet. Gestern hat Forschungsminister Heinz Riesenhuber mit Vertretern der Elektrizitätswirtschaft über deren Beiträge zum Schnellen Brüter (SNR 300) in Kalkar verhandelt, heute geht es um den Hochtemperaturreaktor (THTR 300) in Schmehausen.

Anfang Mai muß Riesenhuber dem Kabinett seine Vorstellungen für die Gesamtfinanzierung vorlegen, in denen der Beitrag der Wirtschaft eine maßgebliche Rolle spielt. Zwar hat sich Riesenhuber – anders als sein Amtsvorgänger Andreas von Bülow (SPD) – seit Amtsantritt im letzten Herbst nicht selbst unter Zeitdruck gesetzt. Doch kommt dieser Zeitdruck jetzt von selbst. Denn die verfügbaren Mittel sind – wieder einmal – verbraucht, so daß – wieder einmal – der Stopp an den Großbaustellen droht. Zum anderen ist die Vorlage der Gesamtfinanzierung mit Blick auf die Gestaltung des '84er Bundeshaushalts erforderlich. Nur wenn sie eindeutig gesichert ist, wird Finanzminister Gerhard Stoltenberg weiterhin Haushaltsmittel in den Etatentwurf einsetzen.

Angesichts der Haushaltsschwierigkeiten, der Notwendigkeit zu drastischen Kürzungen etwa im Sozialetat sowie des noch ungedeckten Finanzbedarfs für beide Projekte von über zwei, vielleicht sogar drei Milliarden Mark, erscheint es durchaus denkbar, daß nur noch eine Anlage weitergebaut, die andere aber eingemottet oder abgerissen wird. Obwohl der Brüter teurer ist, werden seine Überlebenschancen höher veranschlagt, da hier die Elektrizitätswirtschaft in den früheren Verhandlungen mit von Bülow immerhin eine deutlich höhere Beteiligung, wenn auch bedingt, zugesagt hat.

Für den Brüter fehlen mindestens 1,7 Milliarden Mark. Dabei sind noch Gesamtkosten von 6,5 Milliarden unterstellt (heute eher bei rund sieben) und eine 800-Millionen-Zusage der Elektrizitätswirtschaft bereits berücksichtigt. Auch wenn Riesenhuber seine Karten bisher verdeckt hielt, so ist doch durchgesickert, daß er von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) rund 600 und vom Hersteller, der Siemenstochter Kraftwerk Union (KWU), rund 100 Millionen Mark haben möchte, so daß der Bund mit rund einer Milliarde gefordert wäre.

Käme es zu einer Vereinbarung in dieser Größenordnung, so blieben schon angesichts der hohen Belastungen weder dem Bund noch der Wirtschaft Spielraum für die Vollendung des THTR 300. Für diese These spricht nicht nur das geringe Interesse der Wirtschaft an Folgeprojekten, sondern auch die vernichtende Einschätzung des Vorhabens in einem internen 16-Seiten-Papier des Forschungsministeriums mit dem Titel „Risiken beim THTR 300". Dieses Risiko wird als „nicht kalkulierbar" bezeichnet.

Die Experten sparen nicht mit Kritik an der künftigen Betreiberfirma Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) sowie der Baufirma, der BBC-Tochter Hochtemperatur-Reaktorbau-Gesellschaft (HRB). So wird „das Versagen von BBC" beim Bau des konventionellen Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich als „offenkundig" bezeichnet.

Von einem Gespräch zwischen Forschungsstaatssekretär Hans-Hilger Haunschild und BBC-Vorstandschef Herbert Gassert wird „der Eindruck (festgehalten), daß BBC aus dem Projekt aussteigen würde, wenn dies ohne Verlust an Geld und Ansehen möglich wäre". Bei Fertigstellung wird der BBC-Beitrag auf über 100, bei Abbruch dagegen auf „maximal 20 Millionen Mark" veranschlagt.

Vor allem aber sind spätestens im Mai „die verfügbaren Projektmittel verbraucht". HKG müßte jetzt Darlehen von 510 Millionen Mark aufnehmen, tut dies aber nur, wenn der Bund und Nordrhein-Westfalen entsprechende Bürgschaften übernehmen. Das lehnt bisher der federführende Wirtschaftsminister „mit der Begründung der fehlenden Gesamtfinanzierung und dem Hinweis" ab, daß beim Finanzminister „grundsätzliche Zweifel über die Eignung dieses Finanzierungsinstrumentes für Forschungsvorhaben bestehen". Einer grundsätzlichen Klärung sei der Wirtschaftsminister „bisher ausgewichen".

EG-KOMMISSION

Vorschläge zur Kohlepolitik stoßen auf Ablehnung

WILHELM HADLER, Brüssel

Betont frostig haben einige EG-Länder auf die jüngsten Vorschläge der Brüsseler Kommission für einen verstärkten Einsatz von Kohle in der Gemeinschaft reagiert. Damit sind die Aussichten, daß sich die Wirtschaftsminister auf ihrer Sitzung am 21. April über konkrete Förderungsmaßnahmen für die EG-Kohle einigen könnten, äußerst gering geworden.

In einem gemeinsamen Memorandum haben die Niederlande, Dänemark, Frankreich und Italien die Ansichten der Kohle-Verbraucherländer zusammengefaßt: Wenn es schon wünschenswert sei, die Gemeinschaftsproduktion zur Auflockerung der Versorgung aufrechtzuerhalten, heißt es darin, müßte dies „zu vernünftigen Kosten" geschehen und in einer langfristigen Perspektive.

Das Memorandum stellt fest, daß die Kosten eines beachtlichen Teils der europäischen Kohle-Erzeugung „weit über das hinausgehen, was vernünftigerweise für die Sicherheit und Diversifizierung ausgegeben werden kann". Die Verringerung der Gemeinschaftserzeugung sei deshalb unerläßlich und stelle eher ein soziales als ein energiepolitisches Problem dar.

Aufgabe der Kohlepolitik der EG müsse sein, die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsländer herauszustellen und nicht die besonderen Probleme, die sich für einzelne Partner ergeben, „auf die Gesamtheit der Mitgliedstaaten umzuverteilen". Demgegenüber vertritt die Bundesregierung seit langem die Auffassung, daß die Lasten für die aus Sicherheitsgründen unverzichtbare Förderung der Gemeinschaftskohle nicht nur den wenigen Erzeugerländern aufgebürdet werden dürften, zumindest sei es nicht vertretbar, bei Konjunkturschwankungen und vorübergehenden Absatzeinbußen ausschließlich den europäischen Zechen Opfer abzuverlangen.

Die Verbraucherländer betonen statt dessen, der einzige Ausweg sei eine weitere Umstrukturierung des europäischen Bergbaus. Sie fordern die Kommission auf, klare Angaben darüber zu machen, welche Produktionskapazitäten – gegliedert nach Ländern – rentabel gemacht werden und auf Sicht die Konkurrenz mit der Importkohle aufnehmen könnten.

Die EG-Behörde hatte in einem „Arbeitsprogramm" verschiedene Maßnahmen zusammengestellt, mit denen der Kohle längerfristig ein größerer Anteil an der Energieversorgung der Gemeinschaft gesichert werden könnte. Dabei hatte sie versucht, die traditionellen Gegensätze zwischen Förder- und Verbraucherländern dadurch zu neutralisieren, daß sie gleichermaßen für eine verstärkte Verwendung von Import- wie heimischer Kohle plädierte.

Für die Bundesrepublik wichtig ist vor allem ein neuer Vorschlag für die Subventionierung der Kokskohle aus Gemeinschaftsmitteln. Danach soll die EG-Beihilfe für den Zeitraum von 1984 bis 1988 von gegenwärtig 3 auf 6 Ecu je Tonne (1 Ecu gegenwärtig = 2,24 DM) erhöht, die subventionierte Menge jedoch von 14 auf 10 Millionen Tonnen verringert werden.

AUF EIN WORT

„Wir müssen die energiepolitische Atempause, die durch die Ölpreissenkung entstanden ist, nutzen und nicht verschlafen. Das Ziel heißt nach wie vor: weg vom Öl, rationelle Nutzung der Kohle und Ausschöpfung des Kernkraftpotentials."

Ludwig Gerstein, Mitglied des Bundestages (CDU)
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

EG-Produktion gesunken

dpa/VWD, Brüssel

Die Industrieproduktion in der Europäischen Gemeinschaft zeigt nach den jüngsten statistischen Erhebungen zwar weiter eine rückläufige Tendenz. Während die industrielle Produktion im Europa der Zehn im Januar 1983 um 3,7 Prozent hinter den Werten von Januar 1982 zurückblieb, wurde von den EG-Statistikern von Dezember bis Januar ein deutlicher Anstieg der Industrieproduktion in der Bundesrepublik festgestellt. In Großbritannien und den Niederlanden stagnierten die Zahlen. In Frankreich und Italien wurde noch eine rückläufige Tendenz verzeichnet. Die Ausnutzung der Industriekapazitäten lag im Gemeinschaftsdurchschnitt nur bei 75,6 Prozent und damit um 0,8 Prozent unter den Werten von Januar 1982.

INDUSTRIEPRODUKTION

Der Rückgang im Februar ist weitgehend wetterbedingt

GISELA REINERS, Bonn

Der Aufschwung scheint es schwer zu haben, sich durchzusetzen. Der späte Einbruch des Winters im Februar hat zu frühe Blütenträume gedämpft; er ließ die Arbeitslosenzahlen emporschnellen und die Industrieproduktion (von zwei Prozent) wieder sinken. Wie es das Bundeswirtschaftsministerium interpretiert, dürfte der Rückgang nach der „spürbaren Ausweitung" vom Jahresanfang fast ausschließlich auf das schlechte Wetter zurückzuführen sein, das sich vor allem lähmend auf die Arbeit am Bau auswirkte.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes nahm im Februar die Bauproduktion gegenüber dem Vormonat um 16,5 Prozent ab. Insgesamt schrumpfte die Ausbringung des produzierenden Gewerbes – immer saisonbereinigt – um zwei Prozent, während das verarbeitende Gewerbe das Januar-Niveau halten konnte, das sich gegenüber dem Jahresende 1982 wesentlich verbessert hatte.

Im Zweimonatsvergleich (Januar/Februar zu November/Dezember) zeigt sich nach Angaben des Wirtschaftsministeriums eine „merkliche Aufwärtsbewegung" im produzierenden Gewerbe (plus 1,5 Prozent). Sie gehe allerdings von „sehr niedrigem Niveau" aus. Die Zunahme im verarbeitenden Gewerbe um 2,5 Prozent beruhe hauptsächlich auf Verbesserungen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (plus fünf Prozent) und im Verbrauchsgütergewerbe (plus 3,5 Prozent). Auch in diesem Vergleich zeige die Bauproduktion ein Minus von vier Prozent. Der Ausstoß im Investitionsgürterbereich habe um ein Prozent gesteigert werden können, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe dagegen ein Minus von 0,5 Prozent hinnehmen müssen.

INVESTMENTGESELLSCHAFTEN

Im Jahr der Aktie verloren Rentenfonds Spitzenplatz

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Verbesserung der Konjunktur zeigt sich als nachhaltiges Stimulans für die Aktienbörse. Der Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften (BVI) sieht deshalb 1983 als „Jahr der Aktie", nachdem die 65 im BVI erfaßten Aktienfonds (inklusive gemischte Fonds) im vergangenen Jahr noch einen Mittelrückfluß von 676,9 Millionen Mark nach 1,12 Milliarden Mark verzeichneten.

Als Beleg für die positive Einschätzung hinsichtlich der Aktienfonds wertet BVI-Vorstandssprecher Ernst Bracker (DWS) die Entwicklung im ersten Quartal dieses Jahres: Mit Wertsteigerungen von 8,6 bis 17,7 Prozent verdrängten die deutschen Aktienfonds erstmals die Rentenfonds aus ihrer jahrelangen Spitzenposition.

International anlegende Fonds erzielten in der gleichen Zeit Wertentwicklungen von minus 3,7 bis plus 16,2 Prozent, Rentenfonds legten zwischen 1,7 und 5,2 Prozent und offene Immobilienfonds von 1,1 bis 2,4 Prozent zu. Insgesamt rechnet der BVI für das erste Quartal mit einem Mittelzufluß von 1,5 Milliarden Mark für die 108 im BVI zusammengeschlossenen Publikumsfonds, die im gesamten vergangenen Jahr einen Zufluß von 897,6 Millionen Mark verbuchten.

Während bei den einzelnen dem BVI angeschlossenen Gesellschaften der Zuspruch der Anleger zu den Aktienfonds noch nicht überall den mit der Aktienhausse verbundenen Erwartungen der Fondsmanager entspricht – finden die acht offenen Immobilienfonds mehr Zuspruch, als den Managern manchmal lieb sein kann. Bereits im vergangenen Jahr war ihr Fondsvermögen bei 333,4 Millionen Mark Mittelzufluß (nach 86,7 Millionen Mark Rückfluß im Vorjahr) auf 5,05 (4,54) Milliarden Mark gestiegen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Währungsreserven der Opec

Washington (AFP) – Die Währungsreserven der wichtigsten Opec-Länder mit Ausnahme Kuwaits gehen als Folge der ungünstigen Entwicklung auf dem Welterdölmarkt seit einem Jahr zurück. Dies geht aus den Statistiken des Internationalen Währungsfonds hervor. Die Gesamtreserven dieser Länder betrugen Anfang Januar 73,5 Milliarden Sonderziehungsrechte gegen 79,6 Milliarden vor einem Jahr und dem Rekordstand von 86,1 Milliarden Mitte 1981.

Kritik an Btx-Gebühren

Bonn (Rei.) – Die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) hat an Bund und Länder appelliert, bei der Einführung von Bildschirmtext (Btx) den Mittelstand nicht zu benachteiligen. Nach AWM-Ansicht werden die Speicher- und Verkehrsgebühren zu früh erhoben (1985 zur Hälfte, 1986 vollständig). Glücksspiele (Lotto, Toto) sollten nicht über Btx gespielt werden dürfen. Das Fehlen eines Belegs erleichtere den Betrug, außerdem gefährde es Arbeitsplätze bei den Annahmestellen. Chancen sieht die AWM für neue Existenzen. Der Bedarf an qualifizierter Beratung bei Anbietern und Nutzern von Btx sei groß.

US-Bank senkt Prime Rate

Winston-Salem (rtr) – Die US-Bank Wachovia Bank and Trust Co. N. A. hat am Mittwoch ihre Prime Rate auf zehn nach zuvor 10,5 Prozent gesenkt. Sie liegt nach dem Einlagevolumen gerechnet an der 31. Position unter den US-Banken. Die anderen US-Banken verlangen gegenwärtig noch eine Prime Rate – also einen Vorzugszins für erste Kunden – von 10,5 Prozent. Die Wachovia Bank begründete ihre Entscheidung mit einer „dramatischen" Verbesserung der kurzfristigen Zinsen innerhalb des vergangenen Jahres.

Gegen „Schutzinstrument"

Brüssel (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik, die Niederlande und Dänemark haben sich gegen den Vorschlag der EG-Kommission ausgesprochen, die gemeinsame Außenhandelspolitik mit einem „Schutzinstrument" gegen unlautere Handelspraktiken von Drittländern zu versehen. Diese drei Länder haben in den Verhandlungen der Ständigen Vertreter der EG-Länder in Brüssel die Befürchtung geäußert, die EG würde sich dem Vorwurf des Protektionismus aussetzen und ihre Kritik an derartigen Handelsinstrumenten bei wichtigen Handelspartnern, vor allem den USA, unwirksam machen. Der Vorschlag der EG-Kommission entspricht den Wünschen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, und Griechenlands nach schärferen Abwehrmaßnahmen der EG, um wichtige Handelsinteressen besser wahrnehmen zu können.

Öffentliche Haushalte

Wiesbaden (rtr) – Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich im Jahr 1982 fühlbar verbessert, was insbesondere für die Finanzen des Bundes gilt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhöhten sich die öffentlichen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf rund 547 Milliarden DM, während auf der Einnahmeseite eine Erhöhung um 5,5 Prozent auf rund 478 Milliarden DM verzeichnet wurde. Allein für den Bund ergab sich im vergangenen Jahr eine Ausgabensteigerung von lediglich 0,5 Prozent auf rund 246 Milliarden DM, während die Einnahmen um 6,1 Prozent höher ausfielen und 208,4 Milliarden DM erreichten. Das Finanzierungsdefizit des Bundes reduzierte sich sogar leicht gegenüber 1981.

Bundesgarantien

Bonn (dpa/VWD) – Der Bund hat 1982 Kapitalanlagen im Ausland in Höhe von 1,12 Milliarden DM gegen das politische Risiko (Enteignung, Krieg, Transferverbot) abgesichert. Diese Garantiesumme ist die höchste, die je seit Bestehen dieses Instruments (1960) vom Bund – über die Treuarbeit AG, Hamburg – in einem Jahr übernommen worden ist. Von der Gesamtsumme 1982 entfielen 73 Prozent (neun Garantien mit 816 Millionen DM) auf Afrika. Das tatsächliche Obligo des Bundes, das sich abzüglich Selbstbeteiligung des Garantienehmers (in der Regel fünf Prozent) ergibt und die Enthaftung wegen Ablaufs der Garantielaufzeit, Kündigung oder Rücktritts des Garantienehmers berücksichtigt, betrug Ende 1982 rund 3,8 Milliarden DM. Davon entfielen allein 1,13 Milliarden DM auf Brasilien. Seit 1960 wurden Entschädigungszahlungen von nur 19 Millionen DM an Garantienehmer ausgezahlt, wovon durch Rückflüsse rund sieben Millionen DM wieder vereinnahmt wurden.

BAUMASCHINEN

Industrie registriert eine deutliche Nachfragebelebung

rtr, München

Die deutsche Baumaschinen-Industrie registriert aufgrund der wiederauflebenden Baukonjunktur ein verbessertes Investitionsklima und eine „grundlegende Tendenzwende zum Besseren" am Binnenmarkt. Nachdem bereits Ende 1982 eine deutliche Nachfragebelebung eingetreten sei, habe der Auftragseingang im Januar und Februar nochmals um real 20 beziehungsweise zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen, teilte der Geschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im VDMA, Udo Köstlin, am Mittwoch anläßlich der internationalen Baumaschinenmesse „Bauma 83", die morgen in München beginnt, vor der Presse mit.

Auch für das Gesamtjahr 1983 erwarte die Branche wieder steigende Bauinvestitionen in der Bundesrepublik, die sich in der zweiten Jahreshälfte beschleunigen dürften. Die „Bauma 83" werde zum richtigen Zeitpunkt veranstaltet, da der Gerätepark der Bauindustrie zum großen Teil veraltet sei. Im Exportgeschäft erwartet Köstlin dagegen 1983 weitere Auftragseinbrüche von den Opec-Staaten. Allerdings hoffe man auf steigende Aufträge aus den westlichen Industriestaaten. Die Baumaschinenpreise dürften 1983 um vier bis sechs Prozent erhöht werden.

Im vergangenen Jahr war die Branche aufgrund des extrem schwachen Investitionsniveaus noch unter ihren bisherigen Tiefpunkt der Krise von 1974/75 zurückgefallen.

Einen Ausgleich für den Zusammenbruch auf dem Inlandsmarkt konnte 1982 aber noch ein Exportboom bieten. Mit einem Exportwert von 5,8 Milliarden DM wurde laut Köstlin real ein neuer Rekord erreicht. Die Ausfuhrquote stieg von 59 Prozent im Jahre 1980 auf fast 80 Prozent.

MITTELSTANDSBEIRAT / Empfehlungen zur Stärkung der Ertragskraft

Für Verkürzung der Abschreibungszeit

HEINZ HECK, Bonn

Ähnlich wie der Deutsche Industrie- und Handelstag am Vortag hat jetzt auch der Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstands und der freien Berufe beim Bundeswirtschaftsminister Empfehlungen zur Stärkung der Ertragskraft und der Eigenkapitalbildung gegeben.

Für „vorrangig" hält der Beirat unter anderem folgende Maßnahmen:

– Entlastungen bei den ertragsunabhängigen Steuern, vor allem durch einen Abbau der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen.

– Stärkung der Investitionstätigkeit durch Abbau der steuerlichen Diskriminierung langlebiger Investitionen. Eine Staffelung der Abschreibungssätze nach der Nutzungsdauer wird als „geeigneter Weg" angesehen, eine generelle Verkürzung der Abschreibungsdauer für langlebige Wirtschaftsgüter angeregt.

– Ausbau der indirekten Forschungsförderung, vor allem durch Umschichtung von direkten zu indirekten Fördermaßnahmen sowie durch steuerliche Vergünstigungen für Wagniskapital, das in Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen fließen soll.

– Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs, vor allem durch Abflachung des Progressionsanstiegs bei mittleren Einkommen.

– Sicherstellung einer angemessenen Beteiligung des Mittelstands bei der Neuorientierung der Vermögenspolitik. Dazu sollte der Anlagenkatalog für Produktivbeteiligungen „möglichst weit gefaßt werden". Flexible Regelungen sollten die Kapitalanlage breiter Schichten auch bei kleinen und mittleren Unternehmen fördern.

– Verstärkte Berücksichtigung des Mittelstands bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch geringere Forderungen nach Sicherheitsleistungen und Bankbürgschaften.

– Abbau ausbildungshemmender Vorschriften, um den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen.

– Abbau administrativer Belastungen und öffentlicher Erwerbstätigkeit, etwa durch erleichterten Vollzug von Umweltschutzauflagen sowie durch Einschränkung der Nebentätigkeit von öffentlich Bediensteten.

– Abbau überzogener Sozialplan-Regelungen mit dem Ziel der Sicherung des Unternehmens wie der Arbeitsplätze.

– Verbesserungen der Exportfinanzierung und der Exportkreditversicherung für die mittelständische Wirtschaft, um ihr den Zugang zu den Auslandsmärkten zu erleichtern.

– Gewährung staatlicher Subventionen oder Bürgschaften an Großunternehmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen nur zeitlich befristet und nur dann, wenn Kapitalgeber und Arbeitnehmer „in angemessenem Umfange zur Erhaltung des Unternehmens und damit der Arbeitsplätze beitragen".

JAPAN / „Eisenkragen"-Arbeiter erobern Betriebe

Mit den Robotern leben

EDWIN KARMIOL, Tokio

Angesichts der beginnenden Roboter-Invasion hat das japanische Arbeitsministerium eine Studie in Auftrag gegeben, die den Einfluß der „Eisenkragen"-Arbeiter (so die Bezeichnung) auf ihre menschlichen Kollegen und deren Arbeitsplätze untersuchen soll. Wenn auch bisher feststeht, daß noch kein japanischer Arbeiter durch einen Roboter verdrängt wurde, so ist ebenfalls schon sicher, daß dort keine neuen Arbeiter eingestellt werden, wo die Tätigkeit von Robotern ausgeführt werden kann. Andererseits, so betonen Experten, werden durch die wachsende Roboter-Fabrikation neue Arbeitsplätze geschaffen, die nur schwer oder noch nicht von „Eisenkragen-Arbeitern" ausgefüllt werden können.

Nach jüngsten Untersuchungen wurden im Jahr 1982 in Japan 20 000 Industrieroboter im Wert von 1,5 Milliarden Mark hergestellt. Bis 1990 dürfte sich dieser Wert vervierfacht haben. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wurde bereits die Forderung laut, „Kompensations-Löhne" für Roboter in einen Fonds zu zahlen, um daraus spätere Arbeitsplatz-Beschaffungsprogramme zu finanzieren.

Die WELT befragte in Japan führende Männer einiger Industrieunternehmen, wie sie das Problem der allmählichen „Roboterisierung" beurteilen. Tshiaki Yasuda, Leiter der internationalen Abteilung der Nissan Motor Company: „Wir verspüren einen stärkeren Druck der Gewerkschaften, bei der Einführung der Automation sorgfältiger vorzugehen." Darauf nehme man Rücksicht, und Nissan „berate sich auch stets mit den Gewerkschaften, wenn die Einführung neuer automatischer Fertigungsmaschinen in den Werksanlagen geplant werde".

Generell, so ergab die Umfrage, widersetzen sich Japans Arbeiter nicht einer „Roboterisierung". In der Automobilproduktion mit ihren monotonen Fertigungsmethoden und so ungesunden Tätigkeiten wie Schweißen und Lackieren werde sie sogar begrüßt. Ein weiterer Grund für die Bereitschaft, Roboter zu akzeptieren, sei in der Tatsache zu sehen, daß große japanische Firmen ihren Angestellten und Arbeitern stillschweigend einen lebenslangen Arbeitsplatz garantieren. Wer durch einen Roboter verdrängt werde, erhalte einen gleich bezahlten Arbeitsplatz an anderer Stelle.

Sobald den Arbeitern, nicht zuletzt durch ihre Gewerkschaften, klargemacht wurde, daß Roboter die Produktivität steigern und die Kosten senken können, und die Firma auf dem Weltmarkt dadurch konkurrenzfähig bleibt, seien sie bereit, die „Eisenkragen-Kollegen" zu akzeptieren.

Selbst in Kleinbetrieben halten bereits die ersten Roboter Einzug – im Leasing-Verfahren. Die Firma „Jarol" (Japan Robot Leasing Co.) vermietet Spezial-Automaten zu relativ niedrigen Monatsraten. So sind die einzigen „Angestellten" eines Puppenfabrikanten drei im Leasing-Verfahren erworbene Roboter. Sie kosten zusammen 1500 Mark monatlich und bauen die Puppen aus angelieferten Einzelteilen zusammen. Alle vier Stunden muß Firmeninhaber Iguchi lediglich neues Rohmaterial bereitstellen und die fertig montierten und verpackten Puppen abfahren. (SAD)

OECD / Frankreichs Austerity-Programm zielt in die richtige Richtung

Expansionspolitik wurde teuer erkauft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Beim Sekretariat der OECD in Paris äußert man sich – zunächst noch inoffiziell – eher positiv zu den neuen Austerity-Maßnahmen der französischen Regierung. Abgesehen von den Devisenbeschränkungen im Reiseverkehr, die grundsätzlich beanstandet werden, würden sie in die richtige Richtung zielen. Allerdings bezweifelt man, ob sie ausreichen, um die beiden wichtigsten Regierungsziele zu erreichen, nämlich im nächsten Jahr die Inflationsrate auf 5 Prozent zu reduzieren und die *Handelsbilanz voll auszugleichen.*

Die durch Steuererhöhungen und staatliche Ausgabenkürzungen sowie verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Spartätigkeit, darunter eine Zwangsanleihe, für dieses Jahr geplante Reduzierung der Inlandsnachfrage um 65 Milliarden Franc oder (real) 2 Prozent wird von den OECD-Experten zwar als beträchtlich angesehen. In anderen OECD-Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, sei die Nachfrage in den letzten beiden Jahren aber noch stärker zurückgegangen, während sie in Frankreich stark zunahm. Dies lag nicht nur an der Konsumbelebungspolitik, welche die sozialistische Regierung vor allem über die massive Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne und der Mindestaltersrenten sowie der Familienzulagen betrieben hatte. Auch die private Ersparnisbilanz ließ angesichts der unverändert hohen Inflationserwartung nach.

In den letzten beiden Jahren sparten die Franzosen durchschnittlich 14,7 Prozent ihrer Einkommen gegenüber zuvor 17,3 Prozent. *Die Besserverdienenden* hatten sogar ihre Spartätigkeit eingeschränkt oder ihre Ersparnisse in Anspruch genommen, um die ihnen von der Regierung durch höhere Steuern auferlegten Kaufkrafteinbußen auszugleichen.

Dies wirkte sich sehr nachteilig auf die Unternehmensfinanzierung (insbesondere durch Aktien- und Anleihe-Emissionen) aus.

Dieser bisher wenig beleuchtete Aspekt der verfehlten französischen Wirtschaftspolitik ist jetzt von der (verstaatlichten) Finanzgruppe Paribas in einer Untersuchung beleuchtet worden. Deren wichtigste Schlußfolgerungen lauten: ● Frankreich hat 1982 unter allen westlichen Industriestaaten das nach Japan zweithöchste Wirtschaftswachstum – von real 1,5 Prozent – erzielt. ● Diese an sich günstige Entwicklung wurde durch die zunehmende Verschuldung der Unternehmen und des Staates sowie durch die Verminderung der Spartätigkeit „finanziert". ● Dadurch und dank der weiteren Zunahme der Realeinkommen *kam es zu einem rapiden* Verbrauchsanstieg, der real bei den privaten Haushalten 3,4 Prozent und bei der öffentlichen Hand 2,5 Prozent erreichte. ● Andererseits schrumpfte der „Mehrwert" der Industrieerzeugung um real 0,8 Prozent. Die Importe stiegen um real 3,6 Prozent. Bei gleichzeitig stagnierenden Exporten geriet deshalb die Handelsbilanz immer tiefer in die roten Zahlen.

Zusammenfassend stellt die Paribas fest, daß Frankreich seine Expansionspolitik teuer erkauft hat.

EUROPEAN-AMERICAN BANK / Bilanzsumme erhöht

Noch einmal davongekommen

H.-A. SIEBERT, New York

Besser als so manches US-Institut mit großem Namen hat die European-American Bank (EAB), New York, an der die Deutsche Bank mit einem Fünftel beteiligt ist, das vergangene Krisenjahr überstanden. Wie der Präsident, Nicholas A. Sica, erklärte, gelang es, größere Gewinneinbußen zu verhindern. Erreicht wurde das durch eine strikte Ausgabenkontrolle und eine Zerlegung der Märkte in einzelne Segmente, wie beispielsweise Energie oder Unterhaltung.

Im letzten Geschäftsjahr hat die EAB *zwar* ihre Bilanzsumme von 8,1 (1981) auf 8,3 Milliarden Dollar erhöht. Gleichzeitig sackte aber der konsolidierte Reingewinn von 33,3 auf 30,4 Millionen Dollar. Die Einlagen verringerten sich leicht von 5,9 auf 5,8 Milliarden Dollar, während die Netto-Ausleihungen Ende Dezember 5,5 (5,2) Milliarden Dollar erreichten. Komplettiert hat die EAB vergangene Woche den Verkauf von 75 Millionen Dollar in Eurobonds zur Stärkung der eigenen Kapitalbasis. Erfolgreich war die European American Bancorp 1982 überdies im Markt für Commercial Paper tätig. Die Außenstände überschritten zum Jahresende 200 Millionen Dollar.

Innerhalb der EAB dominiert nach wie vor der „German Desk", der besonders die Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen in den USA bedient. Auf ihn entfiel Ende 1982 ein Kreditvolumen in Höhe von 838 Millionen Dollar. Insgesamt, also einschließlich der Letters of Credit, nahm sein Geschäft um elf Prozent auf mehr als 1,1 Milliarden Dollar zu. Zwölf der 13 Sachbearbeiter für Darlehen, die in der EAB beschäftigt sind, kommen von der Deutschen Bank.

Ansonsten ist das Institut, das nun auch in Genf und Hongkong vertreten ist, etwas vom Massengeschäft abgerückt. Die neue Strategie zielt mehr auf gewinnbringende Bereiche. Im New Yorker Raum verfügt die EAB inzwischen über 82 Filialen. Auf Long Island entsteht ein modernes, mit allen elektronischen Raffinessen ausgestattetes Operationszentrum. Das Hauptquartier bleibt jedoch in Manhattan Downtown.

GROSSBRITANNIEN / Entlassungen im Schiffbau

Düstere Zukunft für Werften

WILHELM FURLER, London

Der Verwaltungsratsvorsitzende des staatlichen Werftkonzerns British Shipbuilders, Sir Robert Atkinson, hat gegenüber Gewerkschaftsvertretern ein extrem düsteres Bild über die Zukunft der britischen Schiffbauindustrie gezeichnet. Seiner Ansicht nach könnte der Handelsschiffbau in Großbritannien in zwei bis drei Jahren von der Bildfläche verschwunden sein, wenn nicht die Regierung mehr Hilfe zur Verfügung stellt und wenn die Gewerkschaften nicht dem Abbau von mindestens 6000 Arbeitsplätzen zustimmen.

Gegenwärtig beschäftigt British Shipbuilders in seinen 13 reinen Schiffbaubetrieben, drei Offshore-Werften, vier Reparaturwerften und sieben Schiffsmotorenwerken insgesamt 63 000 Mitarbeiter. 1977, als die Werften des Landes zum Konzern British Shipbuilders zusammengefaßt und verstaatlicht wurden, lag die Mitarbeiterzahl noch bei knapp 90 000.

Zur Krise im Weltschiffbau kommen für Großbritannien erschwerend Probleme im Bereich der Arbeitsbeziehungen in einigen Werften hinzu. Nach Angaben von Sir Robert muß der Staatskonzern die Mitarbeiterzahl in jedem Fall um 6000 bis 7000 reduzieren, auch wenn sich die Auftragslage verbessern sollte. Diese Zahl könnte auf maximal 9000 steigen. Dabei werden die Werften am Clyde in Schottland am stärksten zu leiden haben.

Insgesamt könnten bei British Shipbuilders in der nächsten Zeit im Bereich Handelsschiffbau bis zu 3700 Arbeitsplätze verlorengehen, im Offshore-Bereich 3550, bei den Kriegsschiff-Werften 1300 und im Motorenbereich 300.

Gegenüber den Gewerkschaftsvertretern erklärte der Chairman: „Wenn die Europäische Gemeinschaft nicht energisch und ohne jede Verzögerung Maßnahmen gegen die wettbewerbsfeindliche und voller Subventionen steckende Preispolitik der Werften in Fernost ergreift, wird die europäische Werftindustrie kaputt gehen." Er jedenfalls werde alles daran setzen, die Regierung in London zu bewegen, entsprechenden Druck auf Brüssel auszuüben.

Sir Robert wiederholte, daß sich British Shipbuilders in diesem Jahr keinerlei Lohn- und Gehaltsanhebungen leisten könne. Im Finanzjahr 1982/83 dürfte der Verlust umgerechnet 180 bis 250 Millionen Mark erreicht haben.

USA: Hohe Zinsen gefährden Aufschwung

rtr, Washington

Anhaltend hohe Zinsen können nach Ansicht des amerikanischen Finanzministers Donald Regan den wirtschaftlichen Aufschwung in den Vereinigten Staaten gefährden und zunichte machen. Zu Journalisten sagte Regan, er sehe jedoch „beträchtlichen" Raum für niedrigere Zinsen. Bislang hätten sich vor allem zwei Faktoren als hinderlich für Zinssenkungen erwiesen. Zum einen seien die Finanzmärkte immer noch unsicher, ob die jüngsten Erfolge bei der Inflationsbekämpfung in der Zukunft behauptet werden könnten. Zum anderen seien die Märkte durch Schwankungen bei der Geldmengenentwicklung verunsichert.

Für einen dauerhaften Aufschwung sei notwendig, daß in den nächsten Jahren ein langsames Geldmengenwachstum mit geringeren Haushaltsdefiziten einhergehe. Die Märkte müßten sich sicher sein, daß die Defizite zurückgingen.

Regan äußerste sich zuversichtlich, daß das für das laufende Quartal projizierte reale Wachstum von vier Prozent nach oben revidiert wird. Auch das zweite Quartal werde eine „gute" Wachstumsrate aufweisen, sagte Regan.

ÖLPREISSENKUNG / UdSSR getroffen

Vorteile für Rumänien

dpa/VWD, Berlin

Die jüngste Senkung der Erdölpreise bringt innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Einnahmeverluste für die UdSSR und Vorteile für Rumänien, während für die anderen RGW-Staaten Osteuropas – „DDR", Polen, CSSR, Ungarn und Bulgarien – zunächst kaum Veränderungen eintreten. Zu diesem Ergebnis kommt Jochen Bethkenhagen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Untersuchung, die vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln veröffentlicht wurde.

Für die Zahlungsbilanz der UdSSR, mit einem Anteil von 22 Prozent auch 1982 größter Erdölproduzent der Welt, sind die Erdölexporte von herausragender Bedeutung. 1981 entfielen nahezu 40 Prozent der gesamten Erlöse im Warenexport der UdSSR auf Mineralöl und Mineralölprodukte, im Westhandel beträgt der Anteil sogar 60 Prozent, was zuletzt Devisenerlösen von 16 Milliarden US-Dollar (rund 38 Milliarden Mark) entsprach. 1982 hat die UdSSR etwa 450 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) Erdöl und Erdölprodukte in die westlichen Industrieländer exportiert. Ein Rückgang des Barrelpreises um einen US-Dollar entspreche somit einem Einnahmeverlust von knapp 500 Millionen Dollar.

Angesichts des Mangels an weltmarktfähigen Industriewaren und der Rezession im Westen dürfte es der UdSSR – wie Bethkenhagen weiter feststellt – kaum möglich sein, den Einnahmeausfall durch eine Exportoffensive mit anderen Waren auszugleichen. Auch eine Ausweitung der Erdölexporte komme angesichts praktisch stagnierender Förderung nicht in Betracht. Und eine Steigerung der Erdgaslieferungen in den Westen ist erst ab 1984 vorgesehen.

Der mit Abstand wichtigste Devisenbringer der UdSSR, das Mineralöl, wird nach Ansicht des Autors an Bedeutung einbüßen, weil sowohl die Erdölpreise als auch die Exportmengen zurückgehen. Bei einem anhaltenden Erdölpreisverfall müsse mit einem Rückgang der sowjetischen Westimporte gerechnet werden, vorübergehend könne die UdSSR die Kaufkraftverluste allerdings mit steigenden Goldverkäufen und Kreditaufnahmen mindern oder kompensieren.

RHEINMETALL / Radikalkur bei Beteiligungen

Geschäftsklima bessert sich

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Entgegen der noch im letzten Sommer gehegten Wachstumshoffnung ist der Umsatz des von der Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, geführten Konzerns 1982 leicht auf 2,37 (2,41) Mrd. DM mit noch 35,4 (36,4) Prozent Exportanteil gesunken. Ein Plus im Maschinenbaubereich (Jagenberg) konnte das Minus bei Gebrauchsgütern (WMF) und in der Wehrtechnik nicht voll wettmachen. Der Auftragseingang sank auf 2,3 (2,46) Mrd. DM, der Auftragsbestand auf 1,78 (1,87) Mrd. DM.

Den Ertrag des analog zum Konjunkturverlauf „unbefriedigenden" Geschäfts nennt der Vorstand im ersten Rückblick auf 1982 „noch ausreichend". Den Ertragssaldo der außerordentlichen Rechnung habe man in die Sonderrücklage gesteckt. Diese Formulierungen machen die Prognose wahrscheinlich, daß die Dividende für das in Relation zum Geschäftsvolumen kleine Aktienkapital von 90 Mill. DM (78 Prozent Röchling-Familie, 3500 Streubesitzer) bei den bislang gewohnten 6 DM bleibt.

Dies auch wegen des seit Anfang 1983 registrierten „freundlicheren Geschäftsklimas". Und auch deshalb, weil der Vorstand nunmehr „positive Auswirkungen" der zumal 1982 vorgenommenen Struktur- und Kostenanpassungen spürt. Diese führten 1982 zu einem 10prozentigen Belegschaftsabbau auf 15 469 Leute mit nur noch 773 (799) Mill. DM Personalaufwand. Die mit 93,5 (108) Mill. DM fortgesetzten Sachinvestitionen wurden mit 90,4 (85) Mill. DM aus Abschreibungen finanziert.

Radikal wie bei der Arbeitsplatz-Durchforstung hat Rheinmetall nun auch die unterhalb der Konsolidierungsschwelle liegenden Beteiligungen geordnet. Die Kapitalhälfte an der florierenden Hottinger-Baldwin-Meßtechnik GmbH, Darmstadt (20 Mill. DM Stammkapital), wurde an den dortigen Partner (Schenck-Gruppe) verkauft. Zumal mit diesem Sonderertrag schrieb Rheinmetall ihre zum Nominalwert bilanzierte Drittel-Beteiligung an der Gelsenkirchener Eisen und Metall AG (36 Mill. DM Aktienkapital) auf den Erinnerungswert von 1 DM ab. Begründet wird das mit „der unsicheren Situation im Stahlbereich". Von der seit 1934 existierenden „Finanzbeteiligung" an diesem Handelshaus (die man wohl gern verkaufen würde), erwartet Rheinmetall aus dem 1982er Organschaftsverlust eine noch höhere Belastung als schon im Vorjahr mit 4,3 Mill. DM.

SPARKASSE VON 1822

Gegner des Siegener Modells

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das „Siegener Modell"-Sparbuch mit dem an der Kapitalmarktrendite orientierten variablen Zins ist nichts für Sparkassenleute, die rechnen können, warnt Wilhelm Moxter, Vorstandsvorsitzender der Frankfurter Sparkasse von 1822, denn mit dieser Kreation machten sich die Sparkassen ihre Zinsmarge kaputt. Das hätten sich die Erfinder des „goldenen Sparbuchs" überlegen sollen, bevor sie das für die Kundschaft attraktive Produkt an den Markt brachten. Moxter ist überzeugt, daß seine Kasse ihren Kunden eine ausreichende Palette anderer günstiger hauseigener Anlageformen bietet.

Als Beweis dafür wertet er den Rekordzuwachs der bilanzwirksamen Ersparnis um 0,3 auf 4,37 Mrd. DM und bei der Privaten plazierten Sparkassenbriefe und -obligationen allein um 148 auf 633 Mill. DM. Die Bilanzsumme stieg um 6,4 Prozent auf 6,2 Mrd. DM. Die Zunahme wurde von einer Ausweitung des Kreditvolumens um 8,6 Prozent auf 4 Mrd. DM getragen. Bei einer von gut 2,2 auf 2,75 Prozent verbesserten Zinsmarge erwirtschaftete die Kasse einen um 52 Prozent höheren Bilanzgewinn von 18,4 Mill. DM, der den Rücklagen zugeführt wird, die damit 4,2 (4,1) Prozent der Bilanzsumme erreichen.

Riedel-de Haën: Wieder elf Mark

VWD, Seelze

Als zufriedenstellend bezeichnet die Riedel-de Haën AG, Seelze, den Geschäftsverlauf im vergangenen Jahr. Der Aufsichtsrat des Unternehmens, das über die Oassella AG zum Hoechst-Konzern gehört, schlägt der Hauptversammlung am 19. Mai die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 11 DM je 100-DM-Aktie vor. Der Umsatz stieg 1982 um 7,1 Prozent auf 241,2 (225,2) Mill. DM. Der Zuwachs stamme ausschließlich aus dem Export. Der Inlandsumsatz habe 1982 unverändert bei rund 108 Mill. DM gelegen. Damit habe sich die Exportquote auf 55 (52) Prozent erhöht. Aufgrund der allgemein guten Auslastung der Produktionskapazitäten sei wiederum ein befriedigender Ertrag erzielt worden, hieß es. Der Bilanzgewinn sei mit 1,6 Mill. DM nahezu unverändert geblieben. Riedel-de Haën hat 1982 rund 15 (17,5) Mill. DM investiert.

US-BAUMASCHINENHERSTELLER / Absatzrückgang um rund ein Drittel

Hoffnung konzentriert sich auf 1984

„Schlimmer hätte es gar nicht kommen können", so schildert John A. Lien vom amerikanischen Handelsministerium die Lage der US-Baumaschinenhersteller. Zahlreiche große US-Konzerne befinden sich in ernsten Finanzschwierigkeiten, und andere versprechen sich selbst von einem möglichen starken Konjunkturaufschwung im laufenden Jahr keine grundsätzliche Besserung des Geschäfts. Nach einem Absatzrückgang um etwa ein Drittel auf rund 11 Mrd. Dollar 1982 hatten die amerikanischen Baumachinenhersteller wie Caterpillar, J. I. Case, John Deere, Fiat-Allis, Dresser Industries und Clark Equipment auf einen geringfügigen Aufschwung der Auslieferungen in diesem Jahr gehofft.

Brutale Preiskämpfe

Die eskalierende Schuldenkrise in der Dritten Welt, die rückläufigen Ölpreise und die damit fallenden Einnahmen der Opec-Länder sowie der nach wie vor superfeste Dollar werden jedoch die positiven Auswirkungen des beginnenden US-Konjunkturaufschwungs kontern. Heute sind noch immer zahlreiche amerikanische Baumaschinenfabriken geschlossen, bei den Händlern und in den Werkshöfen gibt es ganze Gebirge an unverkäuflichen neuen Geräten und die Bauunternehmer überschwemmen den Markt mit einer Lawine von teilweise nur zwei bis drei Jahre alten und fast unbenutzten Gebrauchtmaschinen.

Die amerikanischen Baumaschinenexporte, die traditionell 40 bis 50 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche bringen, sind 1982 nach Berechnungen des US-Handelsministeriums um nicht weniger als 2,4 Mrd. auf nur noch 4 Mrd. Dollar gefallen. „Wir mußten unsere erst im Herbst errechneten Zahlen für die Baumaschinenindustrie drastisch zusammenstreichen", erklärt Branchenspezialist Lien.

Die Einfuhren von Baumaschinen aus Japan (Komatsu) und aus Europa (IBH und Fiat) sind im letzten Jahr dagegen nur leicht auf 778 Mill. Dollar gefallen. Die ausländischen Anbieter konzentrierten sich in der Regel auf kleinere Baumaschinen, die im Programm der US-Konkurrenten fehlen. In der amerikanischen Baumaschinenindustrie fanden angesichts der schrumpfenden Märkte und eines riesigen Überangebots im letzten Jahr brutale Preiskämpfe statt, die sich auch 1983 fortgesetzt haben.

Entsprechend traurig war die Gewinnentwicklung. Wo Gewinne erwirtschaftet werden konnten, stammten sie in der Regel aus anderen Geschäftsbereichen; und sie fielen sehr viel geringer aus als 1981. Die meisten Anbieter mußten aber teilweise starke Verluste verkraften.

Insgesamt gibt es im größten Industrieland der Erde noch 922 Baumaschinenhersteller, doch kontrollieren nur eine Handvoll großer und mittelgroßer Konzerne das amerikanische Baumaschinengeschäft weitgehend. Die vier größten Anbieter haben einen Marktanteil von 50 Prozent.

Insgesamt beschäftigen die amerikanischen Baumaschinenhersteller noch 120 000 Mitarbeiter. Zehntausende sind hingegen arbeitslos und werden nach den brutalen Rationalisierungs- und Schrumpfungsmaßnahmen des letzten Jahres kaum wieder Beschäftigung in dieser Branche finden.

Einen Hoffnungsschimmer sehen die amerikanischen Baumaschinenfirmen jedoch in der offensichtlich stärker als erwarteten Konjunkturbelebung im eigenen Land, in der Belebung der Bauwirtschaft und in dem neuen 5,5-Mrd.-Dollar-Programm für Reparaturen an dem zerfallenden US-Autobahn- und Straßennetz.

Allerdings werden hiervon in erster Linie nur die Anbieter von Teermaschinen und anderen Geräten profitieren, die für Reparaturen an Autobahnen, Brücken und Eisenbahnen benötigt werden. Der Überhang an ungenutzten Baumaschinen ist aber zur Zeit so groß, daß es kaum amerikanische Bauunternehmer gibt, die in absehbarer Zeit Neuinvestitionen vornehmen werden.

Lediglich im Wohnungsbau ist dank der inzwischen stark gefallenen Zinsen ein deutlicher Aufschwung sichtbar. Davon könnte der Straßenbau etwas profitieren. In den USA gibt es aber im Wohnungsbau kaum Großunternehmen, sondern Hunderttausende von Mini-Baufirmen mit einer Handvoll von Arbeitern. Sie alle erstellen die typischen amerikanischen Holzhäuser noch fast ausnahmslos im Handwerksverfahren und ohne Großeinsatz von Baumaschinen. Lediglich im Straßenbau sowie im Industrie- und Anlagenbau sind mittlere und größere Unternehmen und somit potente Großkunden für Baumaschinen zu finden.

„Wir erwarten, daß 1983 eine Übergangsperiode für bessere Geschäftsbedingungen in 1984 sein wird", erklärt die Caterpillar Tractor Company, der größte US-Baumaschinenhersteller. Das Unternehmen hat im letzten Jahr einen Verlust von rund 180 Mill. Dollar erlitten gegenüber einem Gewinn von 579 Mill. Dollar im Vorjahr. Der Umsatz war im letzten Jahr um nicht weniger als 29 Prozent auf 6,47 (9,15) Mrd. Dollar geschrumpft. Der Personalbestand war weltweit um 29 Prozent auf 61 306 Mitarbeiter gefallen. Die größte Gefahr für die US-Exporteure sieht Caterpillar-Chef Lee L. Morgan in der Unterbewertung des japanischen Yen gegenüber dem Dollar. Er forderte „prompte Aktion" zur Beseitigung des Wechselkurs-Mißverhältnisses.

Schwieriges Jahr

Die International Harvester, der noch immer konkursgefährdete US-Großkonzern, hat seine Baumaschinentochter an die Dresser Industries verkauft. Die Allis-Chalmers befindet sich mit dem europäischen Partner Fiat wegen geschäftlicher Auseinandersetzungen gerichtlich im Clinch.

Die Stuttgarter Daimler-Benz AG mußte für ihre US-Tochter Euclid wegen der miesen Geschäftslage ebenfalls eine Menge aufbringen. Das gleiche gilt für die amerikanischen IBH-Operationen, das heißt für die frühere GM-Terex. „Es gibt wohl keinen Hersteller in den USA, der im letzten Jahr Geld mit seinen Baumaschinenoperationen verdient hat", meint ein New Yorker Wertpapierspezialist, der die Branche genau verfolgt. Alles in allem hat die amerikanische Baumaschinenindustrie ihr wohl schwierigstes Jahr seit Jahrzehnten hinter sich gebracht. Die Sorgen der Automobilkonzerne in Detroit sind im Vergleich zu denen der US-Baumaschinenfirmen ein Kinderspiel. Frühestens 1984 gibt es wieder Hoffnung auf eine grundsätzliche Besserung.

PETER BAUER

ARBED-STAHL

Neuer Plan für Umstrukturierung

VWD, Luxemburg

Die luxemburgische Regierung hat der EG-Kommission einen neuen Umstrukturierungsplan für den Stahlkonzern Arbed vorgelegt, der nach wochenlangen ununterbrochenen Beratungen auf der Grundlage des von dem französischen Berater Jean Gandois ausgearbeiteten Berichts in der Stahl-Dreier-Konferenz fertiggestellt wurde. Aufgrund finanzieller Engpässe bei einer globalen Schuldenlast von 55 Mrd. lfr und bedingt durch die immer enger werdende Marktlage wurde das Investitionsprogramm von ursprünglich 36,3 Mrd. auf 15 Mrd. lfr im Zeitraum 1983 bis 1987 zusammengestrichen. Opfer des Rotstifts wurden u. a. der Bau einer Mittelstraße und die geplante Kokerei.

Mit dem Investitionsplan wird die Kapazität der luxemburgischen Arbed-Betriebe auf 4 Mill. Tonnen Stahl und 3,1 Mill. t Fertigprodukte reduziert. Es werden, vorbehaltlich der Entscheidung der EG-Kommission, keine Werke geschlossen. Synergien sollen aber im Austausch mit anderen Unternehmen im Ausland angestrebt werden. Um die finanzielle Umstrukturierung des Unternehmens zu erleichtern, wird der luxemburgische Staat ein Aktienpaket bei Sidmar übernehmen. Die Beteiligung von Arbed selbst wird dabei auf 51 Prozent gesenkt. Er wird sich darüber hinaus mit einer Wandelanleihe an der Aufstockung des Arbed-Aktienkapitals beteiligen. Die beiden Operationen werden mit je 2,5 Mrd. lfr zu Buche schlagen. Für 1983 und 1984 werden Zinsbonifikationen über 1,7 bzw. 1,4 Mrd. lfr gewährt.

Sozialpaket und Beihilfen werden den luxemburgischen Haushalt 1983/84 mit je 4,5 Mrd. lfr belasten, in den anschließenden Jahren sich mit degressiven Summen niederschlagen. Die Regierung hat sich allerdings noch nicht festgelegt, wie die notwendigen Mittel aufgebraucht werden. Sie plant, neben Einsparungen im öffentlichen Haushalt und der Aufnahme von Anleihen, offensichtlich eine Anhebung der Mehrwertsteuer und der Steuer auf Alkohol, Tabak und Benzin. Die Belegschaft soll progressiv von 16 800 Ende 1982 auf 11 500 Personen am Ende der Umstrukturierungsphase verringert werden.

CONTROL DATA / Hohes Umsatzplus

Deutsche Tochter glänzt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Control Data GmbH, Frankfurt, Tochtergesellschaft des amerikanischen EDV-Konzerns Control Data Corp. (CDC), hat im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 11.) ihren Umsatz um 13 Prozent auf 422 Mill. DM gesteigert. Davon entfielen 78 Prozent auf das eigentliche Datenverarbeitungsgeschäft (Systeme und Produkte) und 22 Prozent auf den Service-Bereich (sowohl EDV-Dienstleistungen als auch – sehr wesentlich – Schulungsprogramme des Control Data Instituts).

Das 830-Mitarbeiter-Unternehmen hat dabei 23 (27) Mill. DM vor Steuern verdient. In Sachanlagen wurden 51 Mill. DM investiert, davon 45 Mill. DM allein in vermietete EDV-Anlagen und -Geräte. In seinem Großcomputergeschäft ist der deutsche CDC-Ableger überwiegend technisch-wissenschaftlich ausgerichtet.

Der Gesamtkonzern mit seinen weltweit 56 000 Beschäftigten hat im vergangenen Jahr nicht ganz so gut abgeschnitten wie die deutsche Tochter. Der Weltumsatz stieg um 5 Prozent auf 4,3 Mrd. Dollar, der Nettogewinn erreichte 155 Mill. Dollar, so ein Zwischenbericht von CDC-Deutschland. Mit 23 Prozent entfiel fast ein Viertel des Gesamtumsatzes auf die Konzern-Finanztochter Commercial Credit.

Den Rest trug das eigentliche Computergeschäft bei. Dabei kamen 16 Prozent aus dem Bereich Computersysteme, 31 Prozent aus dem Bereich Peripherie-Geräte und 30 Prozent aus dem Dienstleistungsgeschäft. Entwicklungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet komplexer EDV-Anwendungen, zum Beispiel der computergestützten Konstruktion oder der computergestützten Ausbildung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Konkursquartett

Düsseldorf (J. G.) – Nunmehr alle vier durch das Fides-Bauherrenmodell wirtschaftlich miteinander verbundenen Firmen der Rovi-Fides-Gruppe haben beim Amtsgericht Düsseldorf Konkursantrag gestellt: die Rovi-Bauträgergesellschaft mbH, die R & W Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, die Rovilo Miet- und Charter GmbH & Co. KG sowie die Fides-Gesellschaft für Finanzplanung mbH & Co. KG. Der zum Sequester bestellte Düsseldorfer Anwalt Dieter Zirpins steckt noch in der Bestandsaufnahme.

Sozialplan abgeschlossen

München (dpa/VWD) – Für die rund 2300 Mitarbeiter, die von der Stillegung des Agfa-Kamerawerks in München betroffen sind, wurde ein Sozialplan vereinbart. Die Verhandlungen dauerten n sechs Monate. Für den Sozialplan stehen mehr als 120 Mill. DM zur Verfügung, die für Abfindungen gezahlt werden. Nach Abschluß der Neuordnung der Fototechnik wird Agfa in München noch rund 1300 Mitarbeiter beschäftigen.

Auftragseingang niedriger

Essen (rtr) – Der Auftragseingang bei den inländischen Unternehmen der Thyssen Industrie AG ist nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden, Werner Bartels, in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres auf 1,9 Mrd. DM zurückgegangen. Vor der Hauptversammlung am Mittwoch nannte Bartels zwar keine Vergleichszahlen, doch erklärte ein Unternehmenssprecher, das Auftragsminus mache mehr als 20 Prozent aus. Der Umsatz der inländischen Unternehmen der Thyssen Industrie AG ist im ersten Halbjahr 1982/83 um 3,2 Mrd. DM auf 2,4 Mrd. DM gesunken, während der Auftragsbestand um 9 Prozent auf 5,2 Mrd. DM fiel. 1981/82 habe das Unternehmen einen Gewinn von 78,7 Mill. DM an die Thyssen AG abgeführt nach 10,3 Mill. DM im Vorjahr.

Teves unter Kostendruck

Frankfurt (Wb.) – Die ITT-Tochter Alfred Teves GmbH, Frankfurt, hat ihren Welt-Umsatz 1982 um 9 Prozent auf 1,7 (1,55) Mrd. DM gesteigert. Zu der Erhöhung trugen alle Bereiche des Automobil-Zulieferers bei. Kostensteigerungen sorgten aber dafür, daß das Ergebnis der Gruppe unter dem Vorjahresniveau blieb. Die Investitionen von 87 (79) Mill. DM flossen überwiegend in den Ausbau der Fertigung von Scheibenbremsen in Deutschland und den ausländischen Standorten.

Bisher bestes Jahr

München (VWD) – Für die Volksbank München war ihr 120. Geschäftsjahr das bisher beste. 1982 wurde das Volumen um 11 Prozent auf 576 Mill. DM ausgeweitet, die Bilanzsumme um 9 Prozent auf rd. 524 Mill. DM. Der Steueraufwand stieg um fast 43 Prozent auf 5,9 Mill. DM. Im zinsabhängigen Geschäft erreichte der Überschuß 20,4 Mill. DM (plus 15 Prozent). Das Betriebsergebnis aus dem ordentlichen Bankgeschäft konnte um 9 Prozent auf 9,1 Mill. DM gesteigert werden. Aus 1,5 (1,4) Mill. DM Reingewinn wird eine Bardividende von unverändert 5,44 Prozent gezahlt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Amberg: Karl Rössner, Bauunternehmen, Alleininh. d. Gebr. Rössner; **Bielefeld:** C. F. Venghauss Nachf. GmbH + Co. KG, Werther; **Braunschweig:** Nachl. d. Heinz Bölsche, Kaufm.; **Bremen:** EPS Ernst Podien Spedition GmbH; **Celle:** HTS Heizungstechnik GmbH, Wietze; **Detmold:** Mikado Massivholz-GmbH, Lemgo; **Esslingen:** Nachl. d. Herta Jutta Rehren geb. Rudolf, Baltmannsweiler; **Freudenstadt:** Karl Söll GmbH, Waldachtal-Salzstetten; **Herford:** Nölting-Küchen KG, Enger, u. Spenge; **Höxter:** Nachl. d. Franz Ferdinand Mues, Bauer, Brakel; **Homburg/Saar:** Prechtl Wohnungsunternehmen GmbH, Blieskastel; **Karlsruhe:** Nachl. d. Josef Kistner, Rheinstetten; **Kassel:** Kela – Elektronik-HiFi-Video-Vertrieb – Kleinschmidt-Lesemann u. Partner GmbH; Eduard Bischoff Holzbau GmbH + Co. KG; Nachl. d. Paul Willy Reuter, Fotograf; **Mönchengladbach:** Tornöe GmbH, Grevenbroich 5; **Montabaur:** Scheloske-Mydla GmbH, Marienrachdorf; **Nürnberg:** Nachl. d. Erwin Dürkop, Daßwang; **Ravensburg:** Reinhold Göttlich, Bauunternehmer; **Salzgitter:** Nachl. d. Lisa Minna Alma Skulimma geb. Gartz; **Wuppertal:** Fahrzeuglackierung G. Lemoine GmbH; Nachl. d. Alfred Leo Schneider.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Delmenhorst: vom Stöver-Hof, Stöver Vermögens- u. Verwaltungsges. mbH & Co. KG, Simmershausen; **Dortmund:** Heinz Stadthaus, Betriebswirt (grad.).

Vergleich beantragt: Leverkusen: Rudolf Frisch GmbH & Co. KG, Holz- u. Baumaterialienhandlung, Leichlingen.

SCHWEINEFLEISCH / Neue Zuchtmethoden sollen Geschmack verbessern

Dem Imageverlust entgegensteuern

H. HILDEBRANDT, Osnabrück

Das Schwein ist nach wie vor Deutschlands beliebtester Fleischlieferant. Rund 50 kg davon verzehrt der Bundesbürger pro Kopf und Jahr im Durchschnitt, und das nicht nur wegen des Geschmacks, sondern auch der Nährwerte wegen. Das Fleisch des Borstenviehs zeichnet sich nämlich durch einen hohen Eiweißgehalt aus und deckt auch weitgehend den menschlichen Bedarf an wichtigen Spurenelementen und Vitaminen.

Jedoch nicht erst in jüngster Zeit ist dieses tierische Nahrungsmittel in Verruf geraten. Immer mehr Hausfrauen entdeckten, daß das von ihnen gekaufte, so lecker anzuschauende Schnitzel in der Pfanne auf die Hälfte seines Gewichts zusammenschrumpfte. Verbraucherverbände machten ihrem Unmut über diese Entwicklung Luft und gingen den Ursachen auf den Grund.

Tatsache bleibt, daß der Verbraucher an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig ist. Seine Forderungen nach magerem Fleisch und damit weniger Fett, Teil der allgemeinen Gesundheitswelle, ließ nämlich Deutschlands Tierzüchter nicht ruhen. Sie züchteten das moderne Super-Schwein mit mehr Rippen, mit vier statt zwei Schinken und mit einem zu kleinen Herzen, das es kurzatmig und streßanfällig macht. Das in nur sechs Monaten schlachtreif gemästete Schwein, großgezogen fast ohne Auslauf, rächte sich mit einem Fleisch, das mit dem Fachausdruck PSE (pale, soft, exudativ = blaß, weich, wässerig) bezeichnet wird. Der angebliche Fortschritt hat eben seinen Preis.

Jetzt aber scheint das Pendel umzuschlagen. Nach neuesten Umfrageergebnissen wächst die Zahl der Hausfrauen, die wieder mittelfettes, durchwachsenes Fleisch bevorzugen. Die Grillwelle hat ein übriges bewirkt, noch nie war die Nachfrage nach Schweinenacken und Schweinebauch so groß wie in der vergangenen Grillsaison.

Die Erzeugergemeinschaft für Schlachtvieh im Raum Osnabrück e. G. hat bereits die Konsequenzen gezogen. Durch gezielte Paarung von mehreren Rassen und durch Haltung der Tiere unter optimalen Bedingungen hat sie jetzt ein Schwein auf den Markt gebracht, dessen Fleisch wieder einen angemessenen Fettanteil aufweist und zudem geschmacklich verbessert wurde. Dazu kommen neue Fütterungsmethoden mit mehr Getreide und Mineralstoffen, aber grundsätzlich ohne Antibiotika und Wachstumsstoffe.

Etwa 70 Betriebe der Erzeugergenossenschaft beteiligen sich an der Produktion des neuen Schweinefleisches, sie werden jährlich rund 120 000 Schlachttiere anliefern können. Selbstverständlich ist die neue kontrollierte Aufzucht kostenaufwendiger als die herkömmlicher Tiere, daher wird das verbesserte Fleisch den Verbraucher etwa fünf Prozent mehr kosten als „normales" Schweinefleisch.

Zu den ersten Abnehmern gehört die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, die nicht zuletzt in diesem Sortimentsbereich einen starken Konsens zwischen Erzeuger, Handel und Verbraucher für erforderlich hält. Dazu Ernst Einsporn, Betriebsleiter des AVA-Fleischwerkes: „Der Handel darf trotz hartem Wettbewerb an dieser Qualität keine Abstriche machen, und der Verbraucher muß einen angemessenen Preis akzeptieren."

Ausländer räumten ab

Aktienkurse stiegen bei lebhaften Umsätzen auf breiter Front

DW. – Die Tendenz auf dem Aktienmarkt wurde auch am Mittwoch entscheidend durch Kaufaufträge aus dem Ausland geprägt. Das aus Gewinnmitnahmen stammende Material inländischer Anleger drückte die Kurse nur vorübergehend. Bis zum Schluß blieb die Tendenz eindeutig fest. Sie erstreckte sich nicht nur auf wenige Spitzenwerte, sondern erfaßt nunmehr auch die Bereiche der Großchemie und der Warenhausaktien. Für beide Sektoren werden steigende Gewinne vorausgesagt. Bei den Autoaktien waren die Tagesgewinne teilweise wieder zweistellig. Lebhaft gehandelt erneut Bank- und Siemensaktien. Das deutsche Publikum hat sich verstärkt auf die Suche nach „zurückgebliebenen" Papieren begeben. Daraus erklären sich zahlreiche Sonderbewegungen.

Überrascht hat insbesondere der kräftige Anstieg der BASF-Aktien um 7,50 DM auf 149,50 DM. Schering-Aktien wurden um 6 DM heraufgesetzt. Zu den wenigen Bankaktien mit einem Abwärtstrend zählten ADCA, wo der Kurs um 4,50 DM auf 94,50 DM sank. Das hängt mit dem ungewissen Schicksal der freien Aktionäre der Bank zusammen, die weite Teile ihres Filialnetzes zum Verkauf gestellt hat. Rege umgesetzt wurden Conti-Gummi bis zu 84,50 DM (plus vier DM). Dabei handelte es sich um Meinungskäufe, die in der Erwartung vorgenommen werden, daß die Gesellschaft für 1983 die Dividendenzahlungen wieder aufnehmen kann.

Düsseldorf: Bei zeitweise hektischem Geschäft waren Kursgewinne zwischen 5 DM und 10 DM bei den Standardaktien keine Seltenheit. So schlossen Stahl Bochum mit 233 DM (plus 16 DM), Mauser mit 133 DM (plus 8 DM) und Rhenag mit 305 DM (plus 20 DM).

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben Aesculap 320 DM plus 15 DM, Cassella bei Pinsankündigung 500 DM plus 40 DM, bei einem Umsatz von 3400 Stück, man spricht von einem Bewertungsgutachten zur Abfindung der freien Aktionäre durch Hoechst. MAN-Roland blieben 410 DM minus 10 DM, Kali Chemie 290 DM minus 9 DM und Stempel 159 DM plus 7 DM.

Hamburg: Von den Brauereien konnten sich Bavaria um 8,90 DM auf 224,90 DM erholen und Holsten um 4,50 DM auf 280 DM verbessern. Beiersdorf wurden mit 307 DM (plus 2 DM) umgesetzt. HEW verbesserten sich bis 135 DM (plus 3 DM) und NWK-Vorzüge bis 182 (plus 1,50 DM).

München: Audi NSU verminderten um 15 DM auf 270 DM und Ekatit um 4 DM auf 120 DM. Heilit + Wörner gaben um 7 DM auf 300 DM nach. Erhöhen konnten Deckel AG um 7 DM auf 121 DM und Dywidag um 4 DM auf 294 DM. Verbessert haben sich Erlus AG um 30 DM auf 410 DM und Flachglas um 2,50 DM auf 290,50 DM. Grünzweig stiegen um 7 DM auf 213 DM.

Berlin: Hütte Kayser wurden um 9 DM höher, Concordia Spinne um 10 DM und Dt. Hypobank Berlin um 7 DM niedriger taxiert. DeTeWe lagen um 9,50 DM, Siemens um 7 DM, Schering um 5,50 DM und Kempinski um 5 DM fester.

Nachbörse: fest

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

6. 4. 83: BMW 297; Bavaria 211; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 305 G. VEW 132; Allianz Versicherung –; RWE St. 184,50; RWE Vz. 182,50; Herlitz St. 240,50; Herlitz Vz. 234,00.

Freiverkehr: Reag 410 B.

WELT-Aktienindex vom 6. 4.: 135,1 (133,3); WELT-Umsatzindex vom 6. 4.: 7305 (3984).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Zürich

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 4.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 4.: Tagesgeld 4,90–5,00 Prozent; Monatsgeld 5,10–5,20 Prozent; Dreimonatsgeld 5,20–5,30 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 6. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1300,00	1582,00
10 US-Dollar (Indian)**)	968,00	1229,44
5 US-Dollar (Liberty)	398,00	545,79
1 £ Sovereign alt	236,00	289,28
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	288,15
20 belgische Franken	181,00	238,43
10 Rubel Tscherwonez	247,00	307,36
2 südafrikanische Rand	232,00	284,76
Krüger Rand, neu	1040,00	1220,40
Maple Leaf	1038,00	1218,14
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	246,00	311,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	206,00	261,63
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	966,00	1153,73
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	241,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	131,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	543,53
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	141,25

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die Zinshoffnungen blühten am 6. 4. wieder auf, nachdem ein hoher Beamter der FED in einem Interview mit dem Wall-Street-Journal das vorherrschende langfristige Zinsniveau unter dem Aspekt der derzeitigen und wahrscheinlich auch für die nächste Zukunft vorhandenen Inflationsrate als zu hoch ansah. Die Dollar-Zinsen gaben um ⅛ bis ¼ Prozentpunkte nach und der US-Dollar fiel bis 2,4050, konnte sich aber im Tagesverlauf bis 2,4110 zum amtlichen Fixing erholen. Eine Sonderbewegung verzeichnete der Schweizer Franken, der um 1 Prozent auf 117,72 stieg, eine Bewegung, die wahrscheinlich durch die in Chicago ausgelöst wurde. Der belgische Franc und das irische Pfund gaben auf historische Tiefstkurse von 5,031 und 3,154 nach. Das englische Pfund verbesserte sich nochmals um 1,3 Pfennig auf 3,643. US-Dollar in: Amsterdam 2,7185; Brüssel 47,95; Paris 7,2315; Mailand 1436,45; Wien 16,9530; Zürich 2,0481 Ir. Pfd/DM 3,154; Pfd/Dollar 1,5110.

Devisenterminmarkt

Aufgrund der Äußerungen eines leitenden Beamten der FED gaben die Dollar-Zinssätze am 6. April um ⅛ Prozentpunkte nach. Die Depots für Dollar/DM wurden deshalb enger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,78/2,68	5,37/5,17
Pfund/Dollar	0,13/0,10	0,23/0,19	0,24/0,19
Pfund/DM	2,40/1,00	5,40/4,00	9,10/7,70
FF/DM	32/16	86/70	164/143

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

6. 4. 83	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurs*)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[2])	2,4070	2,4150	2,3836	2,36	2,45
London[1])	3,636	3,650	3,597	3,57	3,72
Dublin[1])	3,147	3,161	3,064	3,10	3,25
Montreal[3])	1,9507	1,9587	1,9327	1,91	2,00
Amsterd.	88,810	88,830	88,72	87,75	89,75
Zürich	117,630	117,820	117,72	116,00	119,00
Brüssel	5,021	5,041	4,943	4,80	5,05
Paris	33,270	33,430	32,61	32,50	34,50
Kopenh.	28,100	28,220	27,61	27,25	29,25
Oslo	33,740	33,880	33,07	32,75	34,50
Stockh.**)	32,235	32,395	31,855	31,25	33,00
Mailand[2]) **)	1,673	1,683	1,625	1,65	1,75
Wien	14,204	14,244	14,206	14,11	14,35
Madrid**)	1,778	1,788	1,712	1,78	1,92
Lissabon**)	2,480	2,500	2,260	2,10	3,00
Tokio	1,0155	1,0185	—	0,97	1,03
Helsinki	44,280	44,480	43,33	43,25	45,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,863	2,917	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,0809	2,0895	—	2,03	2,15
Johannesbg.*)	2,1870	2,2060	—	2,08	2,27

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; *) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 6. 4.: 472 Optionen, 26 350 (19 600) Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-56/3,50, 10-55/8,60, 1-60/12, Siemens 7-340/24, 10-340/35, 1-340/50, VEBA 7-170/8, 10-180/25, BASF 7-140/14,60, 10-140/15,60, 1-140/20, Bayer 7-140/10, 10-140/11,40, Hoechst 7-180/…, 10-140/16, BMW 7-310/16, 10-300/30, VW 7-160/13, 10-180/…, 1-180/25, Conti 7-80/8,60, 10-85/8, 1-80/13,60, Lufthansa 10-130/…, 1-120/25, Lufthansa Vorzüge 7-120/8, 10-130/11, Commerzbank 7-160/10,60, 10-160/15,60, 1-160/26, Deutsche Bank 7-330/…, 330/36, Dresdner Bank 7-170/10, 10-170/17,50, 1-170,35, Hoesch 7-45/5, 1-45/11, Mannesmann 7-170/13, 10-170,20, Preussag 1-…/46,20, Thyssen 7-85/4,20, 1-85/5,05, BHF-Bank 7-280/11, …, 7-180/10, 10-170/25, Daimler 7-520,25, 10-510/60, Babcock 10-…/15, Degussa 1-280/55, KHD 10-240/24, Klöckner 7-45/4, 10-45/…, Linde 10-370/30, Mercedes 10-450/34, Schering 7-330/25, 1-…/50, Chrysler 7-40/4,40, Sperry Rand 10-90/10, Royal Dutch 1/100-8,60, 1-95/18,60, Norsk Hydro 10-110/11, 1-110/21. Verkaufsoptionen: AEG 7-55/1,50, 10-55/8,50, Veba 10-170/1,40, BASF 7-140/3,50, Hoechst 7-140/3,40, 10-150/10,40, BMW 7-300/13, 10-300/15,40, VW 10-180/5, Lufthansa 10-130/13, Commerzbank 7-160/8, 1-160/2,40, Deutsche Bank 7-330/11, 10-330/12,50, Dresdner Bank 7-170/7,90, Hoesch 7-54/4, Daimler 7-510/25, Babcock 1-170/20, Babcock Vorzüge 78-180/7,60, 10-180/15,60, 1-180/…, Karstadt 7-240/14, Klöckner 7-45/4,30, Mercedes 7-450/…, Schering 7-330/12,40, Norsk Hydro 1-110/10 (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		6. 4.	5. 4.
5½ Bdbahn 58	10/83	100,2	100,25
8¾ dgl. 75	5/83	100,15	100,2
10 dgl. 73 II	11/83	102,55	102,65
7½ dgl. 72	2/84	101,65	101,65
8 dgl. 72	9/84	102,8	102,8
8¾ dgl. 76	9/84	103,05	103,05
6 dgl. 78 III	11/84	100,15	100,25
6½ dgl. 79	2/85	100,75	100,85
8½ dgl. 73	2/85	104,2	104,2
7 dgl. 77	2/87	100,5G	100,35

Renten etwas freundlicher

Am Rentenmarkt war die Tendenz freundlicher als in den Vortagen. Dies ist sowohl auf die langsam anlaufende Wiederanlagetätigkeit nach dem Quartalsultimo zurückzuführen, aber auch auf die freundlichere Haltung des US-Bon-Marktes, auf dem die längerlaufenden Titel etwas heraufgesetzt worden sind. Öffentliche Anleihen lagen im längeren Laufzeitbereich bis zu 0,40 Prozentpunkte fester. DM-Auslandsanleihen wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Hier macht sich immer noch das Fehlen nennenswerter Kaufaufträge aus dem Ausland bemerkbar.

Sonderinstitute

	6. 4.	5. 4.
5 DSLB Pf 35	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	94,5	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99
5 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105

	6. 4.	5. 4.
7½ D. GiroKO 101	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	104,35	104,35
9 dgl. KO 179	107,1G	107,1G
9¾ dgl. KO 180	109,9G	109,9G
9½ dgl. KO 181	109,6G	109,6G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem.Pf 118	83G	83G
7 dgl. Pf 123	100,7G	100,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G

	6. 4.	5. 4.
8¼ dgl. Pf 174	103,4	103,4
8½ dgl. Pf 175	104	104
9½ dgl. Pf 178	105,8	105,8
6 dgl. KO 39	85	85
7¾ dgl. KO 170	100,25	100,25
9 dgl. KO 180	105	105
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	88,5	88,5
7½ dgl. Pf 111	99	99
7 dgl. KO 25	96	96

Bankschuldverschreib.

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Industrieanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Leicht befestigt notierten die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Fester zeigten sich dagegen Silber und Kupfer. Schwächer lagen Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 4.	4. 4.
Mai	362,25	362,00
Juli	370,75	370,25
Sept.	379,00	378,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	5. 4.	4. 4.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	235,51	232,01
Amber Durum	233,41	231,70

Juli	102,90	105,10
Okt.	104,50	106,30

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	5. 4.	4. 4.
Mai	10,58	10,54
Juli	10,80	10,79
Sept	10,61	10,61
Nov.	10,73	10,71

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,80	18,85
Sept	19,40	18,75

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	5. 4.	4. 4.
Terminkontr. Mai	121,86	123,05
Juli	121,51	122,70
Sept.	121,50	122,25

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1683	1721
Juli	1725	1761
Sept.	1283–1294	1310–1311
Umsatz	1969	2060

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	123,85–124,00	122,10–122,15
Aug.	132,05–132,25	129,60–129,65
Okt.	139,10–139,15	136,25–136,50
Dez.	144,75–145,00	142,75–142,85
März	152,50–153,25	151,00–151,90
Mai	155,00–158,00	154,05–155,50
Umsatz	2305	2802

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweine Chicago (c/lb)		
April	49,15	48,80
Juni	52,75	52,40
Juli	53,20	52,75

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	71,80	71,70
Mai	71,15	52,40
Juli	68,20	52,75

Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	540,00	537,50

Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	240,00	243,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	5. 4.	31. 3.
April	14 004	14 080
Mai	14 115	14 179

Kautschuk London (p/kg)	5. 4.	31. 3.
Nr. 1 RSS loco	–	80,00–82,50
Mai	80,40–81,00	80,80–81,00
Juni	81,10–81,40	81,30–82,00
Juli/Sept.	82,00–82,10	82,00–82,20
Tendenz: ruhig		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler

Messingnotierungen

	6. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	336–339
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	375–379
MS 63	377–379

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

FUSSBALL / Bei der Vergabe der WM 1986 fürchtet Mexiko nun England, Italien und Deutschland

Ausgebootete Kanadier vermuten: Weltverband hat Angst, nicht genug Geld einnehmen zu können

dpa, Ottawa/Mexico City
England, Deutschland und Italien sind nach Ansicht des Präsidenten des Mexikanischen Fußball-Verbands (FMF), Rafael del Castillo, die Haupthindernisse, die Mexiko überwinden müsse, um die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 endgültig veranstalten zu können. In einem Interview mit einer mexikanischen Zeitung meinte del Castillo, die drei Länder hätten „politisch" im Fußball eine große Bedeutung. Dennoch glaubt er, Mexiko habe die WM schon „zu 95 Prozent in der Tasche".

Die Engländer beschuldigte der Mexikaner, unter Hinweis auf das heiße Klima und die rund 2000 Meter Höhe einiger mexikanischer Städte eine Negativkampagne zu führen. Deutschland und Italien hätten Interesse daran, selbst das Turnier zu organisieren, weshalb sie sich nach Meinung von del Castillo möglicherweise gegen Mexiko aussprechen könnten. Der Präsident des Fußball-Verbandes Nord-Zentralamerika und Karibik, der Mexikaner Joaquin Soria Terrazas, sagte, England habe immer etwas gegen Mexiko gehabt, sowohl zu den Olympischen Spielen 1968 wie zur Fußball-WM 1970.

Mehr Klarheit erhoffen sich die Mexikaner von der Kommission des Fußball-Weltverbandes (FIFA), die unter Leitung von DFB-Präsident Neuberger in der nächsten Woche Mexiko besucht, um sich über die Einzelheiten zur Austragung der WM zu informieren.

Kanada, dessen Bewerbung um die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in der vergangenen Woche ohne Prüfung vor Ort von der FIFA de facto abgelehnt worden ist, will trotzdem nicht aufgeben. Und wie jetzt in der Hauptstadt Ottawa verlautete, werden Vertreter der Kanadischen Soccer Association wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen Europa besuchen und an Ort und Stelle versuchen, die FIFA-Gewaltigen umzustimmen.

Die Kanadier sind vor allem über die Form der Zurückweisung verärgert. Der Direktor ihres Fußballverbandes, Eric King, erklärte jetzt, „extrem enttäuschend" sei es, daß die FIFA „noch nicht einmal die Höflichkeit aufgebracht hat, Kanada vorher zu besuchen und die Bewerbung zu diskutieren".

„Wir sind der Meinung, daß die FIFA sich damit in gewissem Maße ihrer Verantwortung entledigt hat, das Fußballspiel in der ganzen Welt zu fördern", sagte King. Mit der Zurückweisung der Bewerbung Kanadas und auch der USA habe der Welt-Fußballverband, in dem die „Mächtigen aus Europa und Lateinamerika" dominierten, das Fußballspiel in Nordamerika grundsätzlich abgelehnt. Nordamerika sei zwar der einzige kontinentale Bereich, in dem Fußball nicht die Hauptsportart sei. In den letzten Jahren habe es jedoch große Fortschritte gegeben. Die WM wäre „das Vehikel für einen enormen Aufschwung" geworden.

Der Direktor des Fußball-Verbandes wie auch ein Sprecher des kanadischen Sportministeriums in Ottawa lehnten das FIFA-Argument der zu weiten Entfernungen kategorisch ab. Wenn die Distanzen in Kanada ein Grund für die Zurückweisung seien, so erklärte der Sprecher des Ministeriums, dann „bestehe ja nie Hoffnung für Nordamerika". Nach den Planungen des kanadischen Verbandes hätten die Mannschaften in ihren Gruppen nicht weit reisen müssen, betonte King. Auch die angebotenen neun statt verlangter zwölf Stadien seien kein Hindernis für den geregelten Ablauf der Weltmeisterschaft: „Die Begründungen sind völlig gegenstandslos."

King äußerte die Vermutung, daß die FIFA, die in starkem Maße von den Einnahmen der alle vier Jahre ausgetragenen Weltmeisterschaften lebe, in Wirklichkeit nur Angst habe, daß bei einer WM in Kanada nicht genügend Geld eingenommen werde. King stellte dieser Befürchtung die Erwartung gegenüber, daß die zahlreichen Einwanderer aus Europa, vor allem in Montreal und Toronto, zu den Spielen strömen würden. Außerdem seien es Kanadier gewöhnt, für Eintrittskarten bei Sportveranstaltungen wesentlich höhere Preise zu zahlen als die Europäer. Man gehe jedenfalls in Kanada von höheren Einnahmen aus als bei der Weltmeisterschaft in Spanien.

Er könne nicht verstehen, sagte King, wieso die FIFA die Bewerbung des finanziell bankrotten Mexikos annehmen könne, während das stabile Kanada, wo die Regierung voll hinter dem Fußball stehe, zurückgewiesen werde. Man gebe jedoch bis zum 20. Mai die Hoffnung nicht auf, doch noch die Weltmeisterschaften 1986 ausrichten zu dürfen.

Nichtssagend-nette Songs: Howard Carpendale

Zwischen allen Stilen

Er wirkt weder wild noch weich, singt nicht Pop noch reines Papperlapapp, sondern bringt Nichtssagend-Nettes in einer Stilmixtur, die nirgends sonderlich aneckt aber erstaunlich gut ankommt: Howard Carpendale. Kritiker sind von dem akustischen Schaumgebäck hin- und hergerissen, denn bisweilen gelingen ihm Auftritte von bemerkenswerter Präzision; öfter jedoch verfehlt Carpendale die erstrebte Eleganz: Dann erscheint er wie ein festgenagelter blonder Klotz, dessen starres Lächeln an den frühen Wim Thoelke erinnert.


Howard Carpendale (37) FOTO: KINDERMANN

Einer jedenfalls weiß sehr genau, was er an H. C. hat – der Boß seiner Plattenfirma. Denn in 16 Jahren produzierte der 1946 in Südafrika als Sohn englischer Eltern geborene Sänger 21 Langspielplatten mit einem Gesamtverkauf von vier Millionen Stück und 25 Singles, die zehnmillionenmal verkauft wurden – alles in allem ein Umsatz von 130 Millionen Mark. Carpendale hängt irgendwo zwischen den etablierten Stars und Stilen des ohnehin unprofilierten deutschen Show-Geschäftes. So konnte Udo Jürgens jahrelang der Sympathien all derer sicher sein, die mit ihm – wieder – jung und schlank sein wollten, galt Peter Alexander als der bübische Charmeur des Tingelgewerbes, Freddy als Fernwehspezialist, die Ebstein als polyglott aufgemöbelte Pop-Brunhilde; doch Carpendale ließ sich an keine Verbraucherzielgruppe fest anbinden – möglicherweise der Grund für seinen außergewöhnlichen Langzeiterfolg. Er hält sich an etwas, das auch bei stetem Modewechsel beständig bleibt, ans Mittelmaß.

Musik, das ist mein Leben – ZDF, 19.30 Uhr

Aus England war er Mitte der 60er Jahre ins popmusikalische Entwicklungsland Bundesrepublik ausgewandert und konnte schon 1970 einen deutschen Schlagerpreis mit der Platitüde „Das schöne Mädchen von Seite 1" einheimsen. Es folgten vier Jahre Durststrecke, dann beschloß Carpendale, sein eigener Produzent zu sein. Nur einmal gelang ihm dabei keine Dutzendware, mit dem Titel „Tür an Tür mit Alice".

In seinen Liedern ist der glatte Blonde mit Sicherheit nicht zu finden, seine Songs sind nicht sein Leben. Er pflegt – all den lauthals verkündeten Bescheidenheiten seiner Lieder zum Trotz – ganz die Formen jener stressigen Star-Fron, die unaufhaltsam zur Persönlichkeitsentleerung führt. Carpendale muß sich Neues einfallen lassen, denn auch das Durchschnittliche verlangt im Show-Geschäft immer mal wieder einen frischen Tarnanstrich.

REGINALD RUDORF

STUDIO

Soeben ist eine Broschüre erschienen, in der **1176 Spielfilme mit Kurzkritiken** vorgestellt werden, die man auf Video-Kassetten leihen oder kaufen kann. Es sind „Filme auf Video", die die Verfasser für diskussionswürdig oder sehenswert halten. Sexfilmchen und Gewaltspektakel fehlen in der Broschüre, die nur akzeptable Stücke vorstellt, um dem Kassetten-Konsumenten einen Weg durch den Dschungel des Videotheken-Angebots zu bahnen. Die Broschüre ist als Ratgeber gedacht für Familien und Erzieher, für junge Menschen, für Mitarbeiter in der Bildungsarbeit und im Jugendschutz, für Büchereien, für AV-Medienzentralen und auch für Videotheken, die ihre Kunden gut beraten wollen. Neben den Kurzkritiken in alphabetischer Reihenfolge enthält die Broschüre auch Hinweise auf die Eignung von Video-Kassetten für bestimmte Altersgruppen sowie ein Verzeichnis nach Genres und Zielgruppen (z. B. Western, Komödie, Krimis, Kinderfilme usw.). – Die 150seitige Broschüre ist im Katholischen Institut für Medieninformation e. V., Am Hof 28, 5000 Köln 1, erschienen. Sie kostet einzeln 12,80 DM (einschl. Versandkosten) und kann gegen Voreinzahlung auf das Postscheck-Konto Köln 206 94-503 (BLZ 370 100 50) zugunsten Katholisches Medieninstitut bestellt werden.

*

Elf Nachwuchsjournalisten des Hörfunks sind in Frankfurt mit dem **Kurt-Magnus-Preis** der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rundfunkanstalten (ARD) ausgezeichnet worden. Der mit insgesamt 50 000 Mark dotierte Preis wurde 1962 zum Andenken an Kurt Magnus, der bis zu seinem Tod Vorsitzender des Verwaltungsrates im Hessischen Rundfunk (HR) war, von der ARD gestiftet. Die neuen Preisträger sind: Carmen Winklmüller, Reporterin beim Bayerischen Rundfunk; Helmuth Schick, Produktionsingenieur im HR; Irmela Körner, Autorin beim NDR; Christian Cortes, Mitarbeiter bei Radio Bremen; Norbert Schäffer, Hörspielredakteur beim Saarländischen Rundfunk; Claudia Ingenhoven, Autorin beim SFB; Andreas Priemer, Tonmeister beim Süddeutschen Rundfunk; Ursula Nusser, Redakteurin beim Südwestfunk; Rainer Assion, Redakteur beim WDR; Regina Kusch, Mitarbeiterin beim Deutschlandfunk; Ernst Rommeney, Redakteur beim RIAS Berin. (dpa)

NACHRICHTEN

Fußballspieler verklagt

London (SAD) – Erstmals wurde in Großbritannien ein Fußballspieler wegen eines groben Fouls auf Schadenersatz verklagt. James Brown (Dunfermline Athletic) verlangt von John Pelosi und dessen Klub St. Johnsone für ein brutales Foul, das die Karriere von Brown im Oktober 1981 beendet hatte, rund 110 000 Mark Schmerzensgeld.

Verhandlungen mit Weise

Kaiserslautern (sid) – Beim nächsten Gespräch Mitte April zwischen dem Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern und Trainer Dietrich Weise rechnet der Vorstand mit einem positiven Abschluß der Vertragsverhandlungen. Dies erklärte der Stellvertretende Vorsitzende Rainer Pochert nach einer fünfstündigen Unterredung mit Weise, der noch bis Saisonende beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) tätig ist.

Mehr Doping-Kontrollen

Düsseldorf (sid) – Die Europäische Fußball-Union (UEFA) will die Doping-Kontrollen in Europapokalspielen auf das Halbfinale ausdehnen. Bereits ab der Saison 1983/84 soll die neue Bestimmung durchgeführt werden. Bisher gab es Urinproben nur in den Endspielen.

Bunge eine Runde weiter

Hilton Head (sid) – Die für Cuxhaven spielende Bettina Bunge erreichte beim Tennis-Turnier in Hilton Head (Süd-Carolina) die zweite Runde. Gegen Helena Sukova (CSSR) siegte sie mit 6:2, 6:3.

Cendic ging freiwillig

Aachen (sid) – Weil er keine Möglichkeit mehr sah, den angestrebten Aufstieg zu erreichen, hat Slobodan Cendic, Trainer beim Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen, um Entlassung aus seinem Vertrag gebeten. – Das Nachholspiel der Fußball-Bundesliga zwischen dem 1. FC Köln und Bayer Leverkusen wurde für den 19. April um 20.00 Uhr neu angesetzt.

Kein Bundesliga-Rückzug

Frankfurt (sid) – Trotz der Spielerabgänge von Jürgen Rebel und Cornel Borsos will der TTC Heusenstamm auch in der nächsten Saison in der Bundesliga spielen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Bielefeld – Finnland 1:1 (1:1). – **Erste englische Division:** Coventry – Nottingham 1:2, Southampton – Brighton 0:0, Swansea – Westham United 1:5. Tabellenspitze: 1. Liverpool 77 Punkte, 2. Watford 61, 3. Manchester United 59.

TENNIS

Damen-Turnier in Hilton Head (USA), erste Runde: Bunge (USA) – Sukova (CSSR) 6:2, 6:3, – WCT-Turnier in Houston (Texas), erste Runde: Fromm (USA) – Maurer (Deutschland) 6:4, 6:4.

BASKETBALL

Albert-Schweitzer-Turnier für Junioren in Mannheim, letzter Vorrundenspieltag, Gruppe A: Österreich – England 70:52, Deutschland A – Polen 90:87. Tabelle: 1. Deutschland A 6:0, 2. Polen 2:4, 3. Österreich 2:4, 4. England 0:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 902 012,10 Mark, 2: 317 002,00, 3: 8851,10, 4: 144,60, 5: 10,70. – **Toto: Elferwette:** 1: 11 292,90, 2: 217,90, 3: 18,30. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 213 982,50, 2: 35 663,70, 3: 2588,40, 4: 42,80, 5: 4,20. – **Rennquintett,** Pferdetoto: 1: 171,90, 2: 36,50. Pferdelotto: 1: 596,40, 2: 10,30. Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 56 064,60.

(Ohne Gewähr)

RADSPORT / Ein Besuch beim belgischen Sechstage-Kaiser Patrick Sercu

Wehmütige Erinnerung – das unseriöse Image „meiner Zunft hat mir immer sehr weh getan"

KLAUS BLUME, Izegem

Es sollte eigentlich ein gemütlicher Nachmittag vor dem Kamin werden, daheim bei Patrick Sercu im westflämischen Izegem. Bei selbstgebackenem Kuchen wollten wir uns Geschichten aus den letzten zwanzig Radsport-Jahren erzählen: Weißt du noch, damals in La Rochelle? ... Doch dann klingelte ständig das Telefon, denn die ehemaligen Kollegen hatten wegen der Flandern-Rundfahrt Quartier in Belgien gemacht. Franco Cribiori, sein früherer Teamchef, rief an, und Patrick sprudelte fast über. „Du könntest glatt als Italiener durchgehen", sagte ich, nachdem er aufgelegt hatte. „Neun Jahre Arbeit bei italienischen Teams, das färbt doch ab", antwortete er.


Jetzt hat er wieder mehr Zeit für die Familie: Patrick Sercu und sein Sohn Christopher. FOTO: HORSTMÜLLER

Er sah gut aus, erholt. Wann er zum letzten Mal auf dem Fahrrad gesessen habe? „Am 18. Februar in Mailand beim Sechstagerennen." Dann war Schluß nach 24 Jahren Rennfahrerei, von denen er 18 als Profi erlebte. Sechstage-Kaiser nennen sie den inzwischen 38jährigen, was Zahlen belegen: 223 hat er bestritten, 86 davon gewonnen, 15 mit Eddy Merckx – das ist ein einsamer Weltrekord. „Hat es dich eigentlich nie gekränkt, als Aushängeschild einer nicht gerade als seriös bezeichneten Zunft zu gelten?" „Doch", sagt er, „das hat immer wehgetan."

Was dabei vergessen wurde und nachzutragen ist: Patrick Sercu, Sohn des verstorbenen ehemaligen Weltklasse-Rennfahrers Albert Sercu, hat nicht nur auf den Holzpisten in verräucherten Hallen Radsportgeschichte gemacht. Sercu hat auch zwei Dutzend Etappen bei der Tour de France und dem Giro d'Italia gewonnen, 1974 bei der Tour sogar das Grüne Trikot des schnellsten Spurters. „Aber am wertvollsten", sagt er, „war mir 1963 die Weltmeisterschaft im Sprint." Womit das Spektrum umrissen ist: Sercu war ebenso Tour-Haudegen wie eleganter Bahnfahrer, so etwas wie ein Zehnkämpfer unter den Radfahrern.

Draußen heult der Sturm von der See her, er steht auf, legt Holzscheite im Kamin nach. „Ich habe nie kapiert, warum sich deine Kollegen ständig widersprochen haben", sagt er. „Sieh mal: Auf der einen Seite werfen sie uns Radprofis vor, wir würden uns mit irgendwelchen Medikamenten dopen. Auf der anderen Seite unterstellen sie uns, wir würden Siege und Placierungen bei Sechstagerennen untereinander absprechen. Wenn ich also schon vorher weiß, welchen Platz ich belege, warum sollte ich dann noch eine medikamentöse Leistungssteigerung herbeiführen?"

Also, wie ist das mit dem Doping? „Jeder muß das richtige Mittel für sich selbst ausmachen. Außerdem: Man muß nicht so katholisch sein." Er wird noch deutlicher: „Den Thurau haben sie bei euch in Deutschland nach seiner Dopingaffäre fast zerrissen, den Pollentier haben sie bei uns in Belgien danach unterstützt."

Das Telefon klingelt wieder. Eddy Merckx ist am Apparat, will wissen, ob der Freund zur Flandern-Rundfahrt kommt. „Wir sind immer noch unzertrennlich", sagt er. Ansonsten habe er unter Kollegen keine Freunde gefunden.

Was für ihn Glück bedeute, frage ich. „Gesundheit." Und Unglück? „Das Gegenteil." Geld? „Man braucht es zum Leben, aber ich häufe es nicht an. Ginge es mir wirklich nur ums Geld, hätte ich noch zwei, drei Jahre weiterfahren können." Bei rund 8000 Mark Tagesgage hätte es sich gelohnt.

Aber nun ist er Cheftrainer der belgischen Bahnfahrer und sportlicher Leiter des Sechstage-Rennens in Gent.

Wenn ihn sein Sohn, der zwölfjährige Christopher, fragen würde, ob er auch Rennfahrer werden solle, was würde er raten? Er würde ihm sagen, daß dieser Job ungeheuer viel Selbstdisziplin brauche: „Da ruft doch niemand morgens an und sagt: los, aufs Fahrrad, trainieren." Christopher spielt Fußball als Torwart in der Schülermannschaft von Roeselare. „Es wäre mir lieber, er bliebe dabei und würde kein Radrennfahrer", sagt Sercu.

KRITIK

Allerlei über Goebbels

Viele Details liefen in Klaus Harpprechts Dokumentation „Die Psycho-Maschine des Dr. Goebbels" – dem ersten Teil einer „stern"-TV-Produktion über **Propaganda** für das Zweite Deutsche Fernsehen – nebeneinander her. Da belegte der bereits 1932 gedrehte Spielfilm „Choral von Leuthen" den frühen Kino-Kult um den Alten Fritz, den Goebbels nur fortzusetzen brauchte (Beispiele für diese Kontinuität gab es bedauerlicherweise nicht). Da fügten sich das Geburtshaus in Rheydt, die Alma mater in Heidelberg, peinlich verklärende Genre-Bilder aus der Nostalgie-Truhe der Schauspielerin Lida Baarova und des früheren Filmdezernenten Fritz Hippler zu einer Miniatur-Biographie des Propaganda-Ministers. Da demonstrierte Harpprecht ausführlich die stillose Gigantomanie in Architektur und Plastik des Dritten Reiches und schien zudem sehr glücklich über den Nachweis, daß Leni Riefenstahl als Filmemacherin der Reichsparteitage wie bei ihren Nuba-Studien 30 Jahre später demselben Athleten-Kult erlag. Und schließlich erzählte ein Kollege aus Harpprechts „Christ-und-Welt"-Tagen etwas über die Goebbelschen Pressekonferenzen.

Für eine 45-Minuten-Sendung hatte Harpprecht sicherlich viele Fakten und Analysen angehäuft. Doch dieses Vielerlei war durch keine einheitliche Konzeption miteinander verbunden.

GISELHER SCHMIDT

SCHACH / In der siebten Partie hat Robert Hübner leichte Vorteile

Smyslows überraschendes Figurenopfer

LUDEK PACHMAN, Bonn

In der siebten Partie des Kandidaten-Wettkampfes zur Schach-Weltmeisterschaft zwischen Robert Hübner (Porz) und Wassili Smyslow (UdSSR) wird es wohl zum sechsten Remis kommen. (Bei Redaktionsschluß war die Partie noch nicht beendet.) Dies bedeutete für Smyslow eine 4:3-Führung, und in den nächsten drei Partien müßte der Weltmeister von 1957 nur noch auf Remis spielen, um ins Halbfinale einzuziehen.

In der Eröffnung überraschte Smyslow mit einem sensationellen Figurenopfer, das zu großen Verwicklungen hätte führen können. Hübner winkte aber ab und hatte im Endspiel nur kleine Vorteile.

Die Notation der siebten Partie (Damen-Gambit) bis zum Abbruch beim 42. Zug (Hübner Weiß):

1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 c6, 4.Sc3 dxc4, 5.a4 Lf5, 6.Se5 e6, 7.f3 c5!?

Übliche Fortsetzung ist 7.... Lb4. Nach 8. e4 gilt das Opfer Lxe4, 9.fxe4 Sxe4 als ausreichend zum Ausgleich.

8.e4!? ...

Im Titelkampf Aljechin – Bogoljubow (1929) geschah 8.dxc5 Dxd1+ 9.Kxd1 Lxc5 10.e4 Lg6 11.Lxc4 mit kleinem Vorteil Weiß. Damals wurde die Fortsetzung 8.e4 als Verstärkung empfohlen – offenbar zu Unrecht!

8. ... cxd4!

Eine große Überraschung. Man hatte nur mit 8. ... Lg6, 9.Le3 gerechnet, wonach Weiß im Vorteil ist.

9.exf5 Se6!,

Natürlich nicht dxc3?, 10.Dxd8+ Kxd8, 11.Sxf7+ und Weiß gewinnt.

10.Sxc6 bxc6, 11.fxe6!?...

Kann Weiß die Figur retten? 11.Se4? wäre schlecht wegen Sxe4, 12.fxe4 Dh4+. Nach 11.Se2 folgt d3, 12.Sc3 (nicht 12.Sg3 Dd4, droht Lb4+) Lc5! Nach 11.Sb1 ebenfalls d3 und Schwarz hat für die geopferte Figur ein chancenreiches Angriffsspiel.

11. ... fxe6!, 12. Lxc4! ...

Geht den Komplikationen aus dem Wege. Nun entsteht wieder einmal ein ruhiges Endspiel mit kleinem Vorteil für Hübner.

12. ... dxc3, 13.bxc3 Sd5!,

Droht nicht nur Sxc3, sondern in erster Linie Dh4+.

14.Dd4 Df6!,

Erzwingt den Damentausch, wonach der zentralisierte Sd5 das weiße Läuferpaar neutralisiert.

15.Dxf6 gxf6, 16.Ld2 Tb8, 17.Ke2 Ld6, 18.g3 Tb2, 19. Lxd5! ...

Eine notwendige Vereinfachung: Es drohte Sxc3+ und nach 19.Kd3 Kd7, nebst Thb8 würde Schwarz die B-Linie beherrschen.

19. ... exd5, 20.Thb1 Txb1, 21.Txb1 Kd8, 22.Le3 Te8, 23.Kd3 Te7, 24.a5 Kc8, 25.a6 c5, 26.Tb5 Te7, 27.g4! ...

Weiß hat jetzt die Initiative, aber Schwarz aktiviert nun seinen König, was ihm gute Verteidigungschancen bietet.

27. ... Kd7, 28.h4 Kc6, 39.Tb8 Te7, 30.Tc8+! ...

Tauscht den vorgerückten Ba6 gegen den Bd5 aus. Der schwache Bf6 war nicht anzugreifen, da 30.Tf8? an Txe3+ scheitert.

30. ... Kb5, 31.Td8 c4+!,

Smyslow entschließt sich für eine aktive Verteidigung. 31. ... Kc6 wäre wegen 32.Lh6! gefährlich.

32.Kd2 Lg3, 33.Txd5+ Kxa6, 34.Lc5! ...

Nach 34. Tc5 folgt nämlich Le1+!

34. ... Te6, 35.h5 Lf4+, 36.Kd1 Le3, 37.Ld4 Lxd4, 38.cxd4! ...

Weniger gut wäre 38.Txd4 Te3, 39.Td6+ Kb5, 40.Tf6 Txc3.

38. ... Kb6, 39.Kd2 a5, 40.Kc3 Te3+, 41.Kxc4 Txf3. 42. abgegeben.

STAND·PUNKT / *Ein stummer Boykott mit schlimmen Folgen*

Erinnern Sie sich? 1972, bei den Olympischen Spielen in München, verlor der Amerikaner Bob Seagren im Stabhochsprung gegen Wolfgang Nordwig aus Jena. Dem Amerikaner war verboten worden, mit einem neu entwikkelten Plastikstab zu springen. Nach der Niederlage gab Seagren seinen alten Stab demonstrativ an den damaligen Verbandspräsidenten Adrian Paulen aus Holland zurück. Die Bilder dieser Szene gingen um die ganze Welt.

Es war eine Szene, die Folgen hatte. Denn fortan verschwanden die „DDR"-Stabhochspringer ins Mittelmaß und gefährdeten deshalb stets die Mannschaftserfolge bei Europa- und Weltcup. Die führenden amerikanischen Stabhersteller in Carlson City waren an der Misere nicht ganz unbeteiligt. Sie übersahen nämlich nach Seagrens Niederlage den „DDR"-Verband geflissentlich als Kunden.

Weil mit den Amerikanern kein Geschäft zu machen ist, haben sich die „DDR"-Funktionäre nun den französischen Nationaltrainer Maurice Houvion als Entwicklungshelfer geholt. Dessen Springer sind Weltspitze und deshalb hält er nun Vorträge in Leipzig.

Wenn das nicht ausreicht, will man die Sowjetrussen um Hilfe angehen. Warum erst jetzt? Haben die Russen früher diese Hilfe verweigert, um selbst die Medaillen zu gewinnen?

K. Bl.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sendung mit der Maus
(Nur über die Sender von HR, NDR, RB, SFB, WDR)
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal
Real San Sebastian – Hamburger SV
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Erst sollten wir kämpfen – danach zurück in die Küche
Porträt über Margret Mugo, Politikerin aus Nairobi
Von Katrin Glasgow
Margret Mugo ist heute 47 Jahre alt, hat zwei erwachsene Kinder und will dafür sorgen, daß die erkämpfte Unabhängigkeit nicht nur die Unabhängigkeit für Kenias Männer bedeutet.
16.40 Frau Enna
Film von Jutta Winkelmann
17.00 Was geschah mit Adelaide Harris? (6)
Letzter Teil
Harris und Bostock haben Glück: Endlich gelingt es ihnen, die kleine Adelaide aus dem Heim für Findlinge zu „entführen", um sie zurück ins Elternhaus zu bringen.
17.30 Denk und Dachte
Die Ballonreise
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Warum sie Hitler folgten
Bekenntnisse, Motive und Folgen
Dokumentation von Wolfgang Venohr und Michael Vogt
Bekenntnisse zur Volksabstimmung 1938
21.50 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek
Gäste: André Heller, Konstantin Wecker, Ornella Vanoni, Lionel Hampton u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Warum sie Hitler wählten – und warum sie Hitler nicht wählten
Diskussion zum Abschluß der zweiteiligen Dokumentation mit Sebastian Haffner u. a.
Leitung: Franz Wördemann
00.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Wir Europäer
3. Die Besiedlung unseres Kontinents
Wie lebendig jene ferne Zeit heute noch ist, kann man in Ungarn beobachten. Dort existieren noch Steppennomaden, die kaum anders leben als ihre Vorfahren, die sich vor 900 Jahren hier festsetzten.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
Trickfilmserie nach Tove Jansson
Von Hunden, Katzen und Tigern
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Werner Schneyder
17.50 4 Hoffmanns und 5 Capovics
Warum nicht mal Erfahrung sammeln
Anschl. heute-Schlagzeilen

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Der Fall Harry Rigby
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Howard Carpendale
Musik, das ist mein Leben
21.00 heute-journal
21.20 In der Rolle von ...
Arbeitslos – aussichtslos?
Reportage von Michael Hasskerl beobachtete drei Wochen lang Arbeitslose in ihrem Alltag.
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Graffiti
Amerik. Kamerafilm (1982)
(Mit Untertiteln)
23.25 Zeugen des Jahrhunderts
Herbert von Karajan im Gespräch mit Friedrich Müller
0.35 heute


Szene mit Wolfgang Völz und Katja Basec aus der Serie „4 Hoffmanns und 5 Cupovics", um 17.50 Uhr im ZDF FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (13)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Phase IV
Engl. Spielfilm (1973)
21.35 Filmtip
21.45 Schauplatz: Rentner proben die Kommune
Bericht über eine Alten-Wohngemeinschaft
22.15 Die starken Töchter Gottes
23.00 Robert Hübner spielt um die Schach-WM 85
23.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche
18.45 The NOW Club
19.15 Was tun?!
19.45 News of the week
20.00 Tagesschau
20.15 Wer hat Angst vor Virginia Woolf?
US-Spielfilm (1966)
22.20 Vergessene Künstler
23.05 Beat-Club
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Eisenbahn (2)
19.15 Zug um Zug – Schach für jedermann (1)
19.30 Toronto: Der höchste Fernsehturm der Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Die Pariserin
Franz. Spielfilm (1958)
Mit Brigitte Bardot, Henri Vidal u. a.
Regie: Michel Boisrond
21.35 Drei aktuell
21.50 Kulturkalender
22.20 Der Mann der B. Traven war
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3
19.25 Nachrichten
19.30 Der vierte Platz
Ein Fernsehspiel von Horst Mönch
21.10 Sport unter der Lupe
Für Baden-Württemberg
21.55 Kunst-Stück im Dritten
22.10 Von Arbeitern und Automobilen
Für Rheinland-Pfalz
21.55 Karl Werner Kieffer
Für das Saarland
21.55 24 Stunden

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Geheimnisse des Meeres
19.50 Victor Borge
Show mit dem Musikkomödianten
20.45 Rundschau
21.00 Jazz Burghausen
21.45 Europa nebenan
22.30 [illegible]
23.15 Rundschau

Frankfurter Windeier

bth. – Einen Osterspaziergang ganz besonderer Art unternahm der Frankfurter Operndirektor Michael Gielen. Er unterbrach nämlich seine Konzerttätigkeit im amerikanischen Cincinatti, jettete kurz an den Main und kehrte inzwischen schon wieder nach Ohio zurück. Der Anlaß für diesen strapaziösen Feiertagsausflug: Eine Krisenkonferenz an der Frankfurter Oper.

Man traute Augen und Ohren nicht: Eine Krise ausgerechnet an jenem Opernhaus, das nach Meinung vieler doch eine musikdramatische Insel der Glückseligkeit sein soll? Für dessen Berghaus- und Neuenfels- und Kirchner-Inszenierungen manchen Medien im Lande schon die Superlative ausgegangen sind? Das gerade den Kritikerpreis vereinnahmt hat?

Doch grau ist der Alltag. Eine „Ariadne auf Naxos", die gerade 200 Besucher ins Opernhaus lockte, war wohl nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte und so den Katastrophenalarm auslöste. Der Unmut der Frankfurter über ihre Oper ist längst schon unüberhörbar.

Zwischen den vereinzelten Aufführungen der Renommierproduktionen aus der Ära Gielen klafften lange Durststrecken voll alten abgespielten Repertoires aus der Zeit vorher, lautet einer der Vorwürfe. Die Besetzungen seien unattraktiv, vorbei die Zeiten, da Frankfurt ein Sprungbrett für künftige Weltstars (Agnes Baltsa, Julia Varady, Ileana Cotrubas etc.) gewesen sei, ist eine weitere Schelte.

Solche Vorwürfe ergehen zu recht. Und die Ursachen lassen sich gar nicht leicht beheben. Denn jene exzentrischen Aufführungen, auf die Frankfurt so stolz ist, sind technisch so kompliziert, außerdem auf gleichbleibende Besetzungen über die Jahre angewiesen, daß sie gar nicht für den täglichen Spielplan taugen. Eine Zeitlang konnte Gielen von der ererbten Substanz leben. Aber die ist nach sechs Jahren verschlissen.

Das Publikums hat's gemerkt, und die Urheber der Frankfurter Opernkrise offenbar auch. Vielleicht werden es auch noch die Apologeten der Frankfurter Oper merken. Geräuschlos läßt sich der Scherbenhaufen ja nicht wegräumen.

Grube Messel: Henkersmahlzeit für Urpferdchen

Trauben, nicht zu hoch

Im tropisch schwülen Urwald von Messel bei Darmstadt rankten sich vor etwa 50 Millionen Jahren im Mitteleozän süße Weinbeeren tragende Rebengewächse bis hoch in die Kronen riesiger Palmen. Darauf deutet neben Funden von Samen aus dem Ölschiefer jetzt auch die „Henkersmahlzeit" eines von Ausgräbern des Hessischen Landesmuseums in Darmstadt entdeckten Urpferdchens hin. Im Magen-Darm-Inhalt des nur 30 Zentimeter Schulterhöhe erreichenden Hengstes konnten neben einigen Blattresten auch schwarze längliche Gebilde festgestellt werden, bei denen es sich um Samen der Weinrebe (Vitis) handelt. Über diese überraschende Entdeckung berichteten Dr. Wighart von Königswald vom Hessischen Landesmuseum in Darmstadt und Dr. Friedemann Schaarschmidt vom Forschungsinstitut Senckenberg in Frankfurt in der Senckenberg-Zeitschrift „Natur und Museum".

In der Grube Messel wurde im vergangenen Jahr ein paläontologischer Weltrekord aufgestellt: An den vom Land Hessen finanzierten Grabungen des Senckenberg-Instituts waren 1982 insgesamt 104 (!) Personen beteiligt. Auf dem Gebiet der Paläontologie, der Lehre vom Leben in der Urzeit, hat es bisher noch nie wissenschaftliche Aktivitäten dieses Umfangs gegeben. Die Ausbeute kann sich sehen lassen: 72 Überreste von Landwirbeltieren wurden entdeckt. Darunter sind nicht weniger als acht der in Messel besonders seltenen Säugetiere.

Unter den Funden gelten drei bislang von Messel nicht bekannte Arten besonders interessant. Das trifft vor allem für einen Primaten zu. Diese Säugetierordnung, zu der auch wir Menschen zählen, hatte vor 50 Millionen Jahren im Eozän erst das Evolutionsniveau von Halbaffen erreicht; ähnlich wie sie heute auf der Insel Madagaskar leben. Halbaffen (niedere Primaten) haben ein kleineres Gehirn als Affen (höhere Primaten) und sind daher nicht so intelligent. Der erste Überrest eines Halbaffen ist 1978 von Ausgräbern des Hessischen Landesmuseums in Darmstadt entdeckt worden, das neue Stück gehört einer anderen Art an. Bei den übrigen Neufunden des Vorjahres handelt es sich möglicherweise um ein Raubtier sowie um ein Beuteltier.

Außerdem wurden 1982 zwei weitere Urpferdchen geborgen. An einem dieser winzigen Pferdeahnen war die Form der äußeren Ohren zu erkennen. Insgesamt haben die Senckenberg-Paläontologen jetzt bereits sechs Urpferdchen in Messel ans Tageslicht geholt.

DORIS BAUMBAUER

Ein Streifzug über Münchens Theaterboulevard

Die feine englische Art

Zwar granteln Kritiker, daß Münchens Theater viele Züge des Provinziellen trage, doch die Münchner nehmen diesen Vorwurf gelassen hin. Wissen sie, die Einheimischen, es doch sowieso, und die Fremden können sich leicht überzeugen: München ist ein Eldorado des Theaters. 60 Bühnen, neun öffentliche und 51 private, mit insgesamt 12 600 Plätzen – das ist fürwahr ein appetitliches Angebot. Zum Vergleich: Hamburg hat nur rund 30 Theater.

Neben den großen Renommiertheatern werkeln mit gewaltigem Eifer all die vielen, zum Teil winzigen Theaterchen, die sich vor allem in Schwabing und Haidhausen, dem alten Franzosenviertel, etabliert haben: Kellertheater, Musiktheater, satirisch oder politisch engagiert; Bauernbühnen und Kinder- und Jugendtheater. Vorbei an Müll-Containern, durch dunkle



Zwischen Boudoir und Mac-Donald-Imbiß: Winnie von Münchens „Kleiner Komödie" FOTO: INGRID V. PALESKE

Toreinfahrten, über schummerige Hinterhöfe, am eisernen Treppengeländer hinab, betritt der Theaterfreund diese intimen Theater-Werkstätten. Mal mit Plüsch, mal mit Resopal ausstaffiert. Mitunter wirken sie wie schwülstige Boudoirs, dann wieder wie sterile MacDonald-Hallen. Die meisten haben die Guckkasten-Bühne abgeschafft, spielen im Raum, schieben die Bänke hin und her. Der Fan kann wählen, der Autoren-Bogen spannt sich weit: Von Valentin bis Kroetz, von Thoma bis Ionesco.

Funkelnder Stern am Münchner Theaterhimmel ist die „Kleine Komödie". Hier wird leichte, amüsante Unterhaltung geboten. Kritiker mögen wiederum darüber streiten, ob die Theater nach den engen Volumina der letzten Spielzeiten schlafen gegangen sind, ob die Lust am Spiel eingedämmt wurde. Gingen sie auch in die „Kleine Komödie", so fänden sie eine „heile" Theaterwelt vor: ständig ausverkaufte Vorstellungen und ein strahlend-applaudierendes Publikum. Hier präsentiert man vor allem Boulevardkomödien gehobenen Genres, erzählt oft nach Art des feineren englischen Gesellschaftsromans. Auf der Bühne wird zwar frivol geredet und genascht, damit es Lacher und Spannung gibt – aber am Ende wird stets eisern moralisch gehandelt, damit alles in Ordnung bleibt.

Dieses sanft frustrierende Schema läuft auch in Somerset Maughams unverwüstlicher Komödie „Lady Frederick" ab, die derzeit hier aufgeführt wird. Widerstandslos läßt man sich von dem High-Society-Geplänkel in „Monte" (natürlich Carlo) einfangen. Lady Frederick hat einst in jüngeren Jahren einen glühenden Verehrer auf dem Victoria-Bahnhof stehengelassen, jetzt zeigt sich auch dessen Neffe von der Dame beeindruckt. Seine Frau Mama ist natürlich dagegen, ruft den alten Galan um Hilfe an. Das Ende: Der grüne Junge erwacht aus seiner Schwärmerei, und der einstige Verehrer kommt endlich zum Zug. Der Erfolg derartiger Stücke hängt vor allem von dem Namen der Schauspieler ab: das Aufgebot ist beachtlich: Margot Hielscher, Karl Schönböck und Winnie Markus. Die Herren tragen Frack und Maßanzug und die Damen überaus herbstliche Kreationen von Schulze-Varell.

Ganz anders die Szenerie in der „Kleinen Komödie am Max-II.-Denkmal". Hier liebt man's volkstümlicher. Man greift auf Stücke zurück, bei denen die Konflikte voraussehbar und derb sind, in denen Gemütsmenschen mit Bierruhe agieren. Derzeit steht „Scheibenschießen", ein Lustspiel von Karl Wittlinger, auf dem Plan. Drei betagte, bereits etwas huschelige alte Damen (Hilde Volk, Fee von Reichlin und Herta Worell) frönen mit einem Oberst (Hugo Lindinger) als neuem Hobby dem Pistolenschießen. Dieser friedliche Alten-Club wird durch einen ungeratenen Neffen aufgescheucht, wenn auch zum Schluß alles wieder ins rechte Lot kommt.

Und wenn dann beim Scheibenschießen die Schüsse fälschlich Blumentöpfe und Vasen zum Ziel haben und sogar noch den Kronleuchter zum Flackern bringen, dann hat der Spaß kein Ende. Perfektes Spiel und ehrliche Unterhaltung – das überzeugt hier. Und die Zuschauer sind sich darin völlig einig.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Der 100. Deutsche Chirurgenkongreß in Berlin

Professor Schreiber und die Seelsorge

Mit seiner Jubiläumsansprache zur Eröffnung des 100. Deutschen Chirurgenkongresses in Berlin hatte sich der amtierende Präsident, Professor Dr. H. W. Schreiber, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik in Hamburg, viel vorgenommen. Er verlangte eine „Öffnung der Chirurgie", die nicht mehr nur naturwissenschaftlich orientiert sein dürfe, sondern künftig schwergewichtig dem anthropologischen Konzept zu folgen habe. Im Klartext: Es solle nicht nur um die optimale Therapie einer Krankheit gehen, vielmehr müsse der Kranke mit seinem ganzen Lebensschicksal im Mittelpunkt stehen.

Daß der medizinische Fortschritt bisher in erster Linie auf dem Boden naturwissenschaftlicher Denkweise gewachsen ist, steht dabei für Professor Schreiber außer Frage. Immerhin sei es damit gelungen, die Infektionskrankheiten einzudämmen, die Akutkrankheiten in vielen Fällen erfolgreich zu behandeln und nicht zuletzt das Lebensalter zu verdoppeln. Eine Analyse der heutigen Situation fördert freilich auch Widersprüchliches zutage. Auf der einen Seite permanenter Fortschritt und folglich beinahe blinde Fortschrittsgläubigkeit, auf der anderen Seite wachsendes Unbehagen, Zweifel und Kritik an der Schulmedizin. Schreiber: „Man hört, die Medizin sei selbst krank, sie hinge gleichsam am Tropf."

Fest steht, daß vor allem die chronischen Krankheiten wie Krebs, koronare Herzkrankheiten oder Rheuma zunehmen und nur unzureichend geheilt werden können. Zugenommen haben auch Krankheiten infolge von Störungen der Umwelt und Mitwelt sowie Verhaltensstörungen. „Man muß erkennen, daß nicht nur Traumen, Bakterien, chemische und physikalische Noxen krankmachend sein können, sondern auch Faktoren, die Verhalten, Psyche, Soziales, Ökologie und Lebensführung heißen."

Dank naturwissenschaftler Errungenschaften sind zwar „Teilstrecken von Krankheiten" immer präziser zu erfassen. Der kranke Mensch kann aber so in seiner Ganzheit nicht ohne weiteres begriffen werden: „Kranksein und meßbare Naturwissenschaft sind nicht unbedingt deckungsgleich." „Brachländer" tun sich dazwischen auf, Freiräume, in denen sich Naturheilverfahren, Laienmedizin, autonome und alternative Selbsthilfegruppen wie auch prämedizinische und therapeutische Gruppen entwickelt haben. „Dies ist nicht Ausdruck einer Krise, sondern einer unvermeidlichen Entwicklung."

Es wäre falsch und folgenschwer, sich vor „diesen Phänomenen" abzuschotten. Vielmehr sollte man das Positive sehen, die wachsende Selbstverantwortlichkeit, den Austausch persönlicher Erfahrungen und gegenseitiger Hilfen, den Nutzen naturgemäßer Lebensführung und auch eine Neuverteilung von Aufgaben.

Schreibers Schlußfolgerung: Medizin ist nicht nur Wissenschaft, auch nicht nur Handwerk, Kunst und Charisma, ebenso wenig nur Seelsorge. Im Vordergrund steht der Auftrag zum Heilen. „Die Medizin ist – wie vor 100 Jahren – wieder eine Handlungswissenschaft; sie schließt Natur- und Psycho-Sozial-Wissenschaften ein. Sie ist anthropologisch orientiert; sie umfaßt alle Lebensbereiche. Sie dient der Sicherung von Gesundheit und der Versorgung von Kranken."

Wissenschaftliches Interesse an den Krankheiten hat demnach Hand in Hand zu gehen mit der personalen Zuwendung zum Kranken, zu seiner Umwelt, zu seiner nur ihm eigenen Lebenswelt. Der Ernstfall Krankheit muß auch vom Standpunkt des Patienten gesehen werden, der sein Leiden als Stück seiner Lebensgeschichte erlebt und im Arzt zuerst einen Mitmenschen begreift, der an seinem Schicksal teilnimmt.

Für die Medizin ergibt sich daraus die Konsequenz, daß der Kranke zur festen Orientierungsgröße wird und der Arzt zum beweglichen Partner. Verständlich, daß ein ständiger Wechsel der Bezugsperson oder ein anonymes ärztliches Kollektiv dieser Idee entgegen steht. Der chirurgischen Disziplin erwachsen daraus neue Bezugssysteme. Operative Eingriffe gelten nicht nur der Krankheit; sie treffen auf unterschiedlich geprägte Menschen mit Verhaltensweisen und Umfeldern: „So werden die Wege unserer Meinungsbildung länger und steiniger, zugleich aber auch wirklichkeitsgetreuer."

Am Beispiel des Magengeschwürs verdeutlichte Schreiber das derzeitige Dilemma. Während die Naturwissenschaft diese häufige Krankheit auf Übersäuerung des Verdauungsmilieus, auf Minderdurchblutung und motorische Störungen zurückführt, sieht die Psychosomatik vor allem krankmachende Erlebnisse und Verhaltensreaktionen als Ursache und die Sozialmedizin vordergründige gesellschaftliche Widrigkeiten als Auslöser an. Alle Theorien ringen um Dominanz.

Freilich, bei aller Rücksicht auf psychische Bedingungen darf dies nicht kritiklos geschehen. Bisher fehlen noch Erfahrungen über unerwünschte Folgen und Schäden von Sozial- und Psychotherapie. Auch diese Wissenschaften, das betonte Schreiber, bedürfen der Qualitätskontrolle: „Auch sie können den Kranken, der jetzt dabei ist, echter Partner zu werden, neuerlich abhängig machen und ihn eben vor lauter Für- und Umsorge erneut entmündigen."

Die Prioritäten müssen also stimmen. Auch in Zukunft bilden die Daten der Naturwissenschaften die Basis der klinischen und chirurgischen Wirklichkeit. Methodisch gesichertes Modelldenken bleibt unverzichtbar. Aber auch die neuen Bezugssysteme müssen respektiert werden: „Sonst könnte es sein, daß man wissenschaftlich zwar richtig handelt, aber eben nur Stückwerk verrichtet."

Stures Verharren im alten Paradigma würde der Chirurgie, so Schreiber, schlecht bekommen. „Wir laufen heute Gefahr, daß unser Haus besetzt wird." Zudem wäre damit zu rechnen, daß die Chirurgen zu Erfüllungsgehilfen und bloßen Humantechnikern degradiert werden. Schreiber warnte nachdrücklich vor der „imperialen Infiltration von Pädagogik, Justiz, Geschichts- und Sprachwissenschaften durch die Soziologie".

Als Vorreiter einer neuen Heilkunde sieht er einen ganz und gar unmodischen Arzttyp: den Haus-, besser noch den Landarzt alter Prägung. „Heute wissen wir: Es geht nicht ohne ihn. Er war nicht nur Arzt und Helfer, er war Lebensbegleiter und Beichtvater. Und: Er war Anwalt der Armen. Er hat nicht nur gewußt wie, sondern auch wozu man gesund wird."

Nicht ohne Pathos schloß Schreiber seine Jahrhundertrede: „Die Bilanz unserer Betrachtung ist eine Ausschilderung in Richtung Ganzheitsmedizin."

JOCHEN AUMILLER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Neue Deutsche Hefte

Blitze vom Kindelberg

Über jedem Zeitschriftenrezensenten schwebt eine düstere Wolke. In ihr steckt, als Gottvater-Ersatz, Joachim Günther, der Grand Old Man der westdeutschen Zeitschriftenmacher. Er bewohnt in Berlin-Lankwitz am Kindelbergweg 7 ein kleines Knusperhäuschen und gibt dort die Vierteljahrsschrift „Neue Deutsche Hefte" heraus. Wer in der Bundesrepublik Zeitschriften kritisiert, bekommt mindestens jedes halbe Jahr von diesem Kindlesfresser einen Donnerbrief in 2 cm hohen Tintenbuchstaben.

Diesmal war der Vorwurf, der Rezensent habe zwar über Rezensionszeitschriften geschrieben, jedoch nicht erwähnt, daß die nun im 30. Jahr stehenden NDH „die deutsche Literaturzeitschrift sind, die bei weitem am meisten Rezensionen bringt". Nun stimmt das quantitativ höchstens für die kleine Spitzengruppe der High-brow-Zeitschriften. Die etwa 150 Rezensionen der NDH pro Jahr kommen natürlich gegen die rund 1000 des „Wissenschaftlichen Literaturanzeigers" nicht auf; eine gewisse „Flächendeckung" gehört nun mal zu einer Rezensionszeitschrift im traditionellen Sinn.

Rührend ist, wie wenig der Blitzeschleuderer vom Kindelbergweg sich darüber im Klaren zu sein scheint, weshalb die NDH von den Kennern gelesen werden. Einzigartig sind die nämlich insofern, als sie von A–Z in anständigem Deutsch geschrieben sind. Günther läßt weder verblasenes Geschwätz noch weltfremden Spezialisten-Slang durch. Die zweite Attraktion der NDH ist ihre dem Mut zur Subjektivität entspringende Unabhängigkeit von den Kursnotierungen der Literaturbörse.

Am ersten Heft dieses Jahres (Nr. 177) ist das etwa daran ablesbar, daß nicht von Ingeborg Bachmann oder Christa Wolf die Rede ist, sondern Grete Lübbe-Grothues behutsam die wohl erstaunlichste und abgründigste deutsche Dichterin unserer Zeit, die Österreicherin Christine Lavant, deutet. Die Hälfte der jeweils 224 Seiten enthalten übrigens gar keine Rezensionen. Aber sie sind vom gleichen aufsässigen Geist. Ein Beispiel ist in diesem Heft die „Anthropologie der Aussteiger" von Jürgen Hüllen (wohl eines der vielen Pseudonyme von Jupiter). Was da gelassen vorgetragen wird, kratzt doch sehr am Nimbus dieser als besonders radikal geltenden Selbstverwirklicher in unserer Gesellschaft.

Es wird da nicht nur festgestellt, daß die Aussteigerei scheitern muß, weil der Geist des Christentums und seiner Säkularisierungsformen inzwischen bis zur letzten Pazifik-Insel vorgedrungen ist. Vor allem weist Hüllen nach, daß die Aussteiger gerade das Gegenteil von „Selbstverwirklichern" sind: „Vor allem liegt das Scheitern an einem Mißverständnis der Aussteiger selbst, einer Anthropologie, die sie glauben läßt, der Mensch sei wesentlich ein Produkt seiner Lebensumstände und das Leben werde ein anderes, wenn diese Lebensumstände als Ursache der Entfremdung revolutioniert würden." Der Spaßvogel Cocteau brachte das auf eine Kurzformel, als er auf die Frage, ob er zum Mond fliegen wolle, antwortete: „Oh, ich habe ganz andere Reisen vor . . ."

ANTON MADLER



Unvergleichliche Muttergestalt: „Schreiende Montserrat" (1942), Plastik von Julio Gonzales, aus der New Yorker Ausstellung FOTO: KATALOG

Guggenheim zeigt das Werk von Julio Gonzales

Eiserne Scherenschnitte

Bis zu seinem Tode hat Julio Gonzales (1876–1942) eigentlich nie von seiner Kunst gelebt. Er kam aus einer Familie vorzüglicher Metallschmiede – die kunstfertige Bearbeitung von Eisen hat in Katalonien eine jahrhundertelange Tradition. Julios Arbeiten entstanden nach Musterbüchern und Vorlagen, auch die dekorativen Objekte des Art Nouveau, aber sie besaßen eine hohe Qualität. Das Kunstgewerbe ernährte die Familie, erst in Barcelona, dann in Paris.

Gonzales hat gemalt, nicht außergewöhnlich, aber doch recht ordentlich und schön. Ein bißchen Degas, und etwas auch vom jungen Picasso hatten seine Bilder. Mit Picasso war er schon zu Hause befreundet. Beide gingen damals in die legendären „Vier Katzen". Picasso malte Julio schon 1902 – in der Widmung des Aquarells nannte er sich ausdrücklich seinen „Freund".

Gonzales' Werk, das jetzt New Yorks Guggenheim Museum umfassend zeigt, hat an den verschiedensten Stationen Ermunterung durch andere Künstler erfahren. Der Katalane Pablo Gargallo, ein heute zu Unrecht unterschätzter Metallbildhauer, ein figürlicher und aus der Fläche denkender Künstler, mag Gonzales ermuntert haben, nicht nur ihm selbst zu assistieren, sondern selbständig zu arbeiten. Begegnungen mit Brancusi und mit dem Florentiner Maler Alberto Magnelli hatten deutlich ablesbare Folgen für Gonzales' Werk.

Der eigentliche Geburtshelfer für den Eisen-Bildhauer Gonzales aber war Picasso. 1928 bat er den Freund, eigene flächige Entwürfe in Metallplastiken, eine Art Assemblage-Skulptur, übertragen zu helfen. Diese Zusammenarbeit dauerte drei Jahre. Dann kam es zu jenem kunsthistorisch so bemerkenswerten Ereignis, daß Gonzales in seiner bescheidenen Art Picasso um Erlaubnis bat, selbständig auf dem gemeinsam begonnen Weg fortfahren zu dürfen. Picasso hat dieses Vorhaben damals begrüßt und ermuntert.

Anders als Picasso, der seine Plastik nach eindimensional zeichnerischer Vorlage schuf oder anfertigen ließ, also voraus-dachte, erfand und arbeitete Gonzales, indem er direkt mit dem Metall umging. In diesem Sinne sind seine Arbeiten ungleich räumlicher, tatsächlich viel-seitiger. Nach ersten abstrahierenden „Scherenschnitten aus Eisen", flächig geschichteten Masken und Köpfen, drang Gonzales zu seinen eigentlichen, möglichst die allseitige Betrachtung nicht durch geschlossene Formen und Volumina hindernden Skulpturen vor. Sie stellen sich als autonome Konstruktionen dar, als „Zeichnungen im Raum". Die Skulptur erscheint dem Betrachter zunächst als Konstruktion, ihre Anlehnung an die Realität erschließt sich erst im zweiten Hinsehen.

Die große schöpferische Leistung, die Erfindung selbständiger, nicht abbildender, abstrakter Kompositionen, zusammengefügt aus herben Materialien, zugeschnittenen geschweißten Teilen, ist um so erstaunlicher, als Gonzales vom Kubismus zu dessen eigentlicher Zeit gänzlich unberührt blieb. Er hat freilich sein eigenes Oeuvre selbst nie nach strengen stilistischen Abläufen und Konsequenzen vorangetrieben. So war er zu so unvergleichlich realistischen Ausformungen wie dem Gesicht der schreienden Montserrat fähig oder der von patriotischer Symbolkraft erfüllten Montserrat-Muttergestalt – auf der Internationalen Kunstausstellung 1937 in Paris.

Die außerordentliche und ständig nachwachsende Bedeutung von Gonzales, insbesondere für die Metallskulptur in Amerika und Großbritannien – in direkter Linie von David Smith über Anthony Caro zu Tim Scott – wird heute immer frappierender. Smith selbst hat den Katalanen den Vater aller Eisenskulptur dieses Jahrhunderts genannt. (Bis 8. Mai; anschließend Madrid und Berlin; Katalog ca. 30 Mark.) PETER HANS GÖPFERT

Krach um das Schönberg-Institut in Los Angeles

T-Shirts statt Zwölfton

Keine zehn Jahre hat das Glück gedauert, haben die guten Vorsätze und Beteuerungen gehalten. Das Schönberg-Institut auf dem Campus der University of Southern California in Los Angeles steht vor seinem Ende. Die Auflösung ist beschlossene Sache.

Damals, 1974, hegte man noch große Hoffnungen. Die Kinder und Erben des Komponisten Arnold Schönberg hatten den gesamten künstlerisch relevanten Nachlaß des Vaters als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt, die private USC (nicht zu verwechseln mit der staatlichen UCLA) die Mittel für einen zweckdienlichen Bau gesammelt: ein kleiner Konzertsaal, Bibliothek, Archiv. Das Schönberg-Institut schien eine ideale Kombination von Forschung, Lehre und Aufführung und nicht zuletzt auch eine Gedenkstätte – eben an jener Stelle, an der Schönberg in seinem kalifornischen Exil als Lehrer gewirkt hatte.

Zunächst prosperierte das Institut aufs schönste. Doch nachdem Clara Steuermann die Leitung abgab und der Schönberg-Famulus Leonhard Stein Chef des Instituts wurde, begannen sich die Dinge zu ändern. Schönbergs Musik wurde immer mehr aus den Konzertprogrammen verbannt. Die Institutsräume standen der Musikfakultät der USC offen, die ohne jeden Respekt für den Genius loci davon Gebrauch machte. Plötzlich hörte man auf den Fluren gar das spanische Klampfen von Gitarrenklassen. Im Entree machten sich Verkaufsstände für T-Shirts und Aktionsgruppen breit – und sie agierten keineswegs für das Werk und Vermächtnis Schönbergs.

Die Nachlaßpflege und Forschung andererseits schlief ein. In den neun Jahren seines Bestehens ist es dem Institut nicht einmal gelungen, einen Katalog oder ein Bestandsverzeichnis des Nachlasses zu erarbeiten. Lediglich eine schmale, recht gute Zeitschrift kündet noch vom Leben des Instituts.

Die beiden Schönberg-Söhne Larry und Ronnie mahnten die Universität, den seinerzeit geschlossenen Vertrag einzuhalten, nach dem das Institut in erster Linie dem Vermächtnis Arnold Schönbergs dienen sollte. Doch nichts besserte sich. Nach der jüngsten dringlichen Abmahnung bot nun die Universität den Schönberg-Erben an, von jener Vertragsklausel Gebrauch zu machen, nach der sie den Nachlaß jederzeit wieder abziehen können. Der Schönberg-Familienrat tagte und entschied, tatsächlich so zu verfahren.

Der USC scheint's nur recht zu sein. Sie behält das Gebäude zur freien Verfügung. Die Schönberg-Kinder suchen nun nach einem neuen Platz für die Sammlung und das darauf gegründete Institut. Findet sich keine Universität in Amerika, bekommt nach dem Testament des Vaters Europa seine Chance.

Eine andere Idee ist, das Institut unabhängig von einer Universität in einem Nebengebäude des Schönberg-Hauses in Pacific Palisades anzusiedeln. Nach Mäzenen für die auf 150 000 Dollar jährlich geschätzten Betriebskosten wird gesucht. Notfalls müßte auch die Gemäldesammlung verkauft werden, um den Preis, daß das Institut dann kaum noch Gedenkstätte wäre, sondern lediglich der Forschung diente.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Münchner Opernpläne der nächsten Saison

DW. München

Otto Nicolais „Die lustigen Weiber von Windsor" (Regie: Peter Beauvais, Dirigent: Wolfgang Sawallisch), Bizets „Carmen" (Kazimierz Kord/Jean-Claude (Auvray), Cileas „Adriana Lecouvreur" (Patané/Copley) und Honeggers „Jeanne d'Arc au bucher" (Varviso/Everding) mit Andrea Jonasson in der Hauptrolle sind die vier Opernpremieren der Bayerischen Staatsoper im Nationaltheater für die Spielzeit 1983/84. Die Festspiele werden am 11. Juli mit einer Premiere von Cornelius' „Barbier von Bagdad" (Sawallisch/Schenk) eröffnet. Dem Ballett wird Peter Wright einen neuen „Schwanensee" einstudieren, im Marstalltheater kommt Reinhard Febels „Euridice" zur Uraufführung. Im Rahmen der Akademiekonzerte wird Rudolf Buchbinder das Klavierkonzert Gerhard Wimbergers uraufführen.

„Arcus" für Architektur und Naturwissenschaft

DW. München

„Arcus" heißt die neue „Zeitschrift für Architektur und Naturwissenschaft", die vom Institut für internationale Architektur-Dokumentation in München (Franz-Joseph-Str. 9) herausgegeben wird. Sie versteht sich als ein interdisziplinäres Organ, das dem Architekten und Bauingenieur wichtige naturwissenschaftliche Informationen vermitteln will. In der ersten Ausgabe werden u. a. die Beziehungen zwischen Ingenieur und Gesellschaft, zwischen Architektur und Medizin oder Fragen von Qualität und Quantität des Lichts behandelt. Professor Frei Otto, der zum wissenschaftlichen Beirat gehört, steuert eine Betrachtung über „Das Ästhetische" bei. Die Zeitschrift, die sechsmal im Jahr erscheint, kostet einzeln 10 Mark, im Abonnement 54 Mark.

Karikaturen zur Bundestagswahl

DW. München

Die Wahl ist vorbei. Eine Ausstellung „Wende-Wahl" zeugt von den Schlachten und dem Spott, mit dem die Karikaturisten dieses Ereignis begleiteten. Sie ist im Münchner Cartoon-Caricature-Contor bis zum 30. April zu sehen. Der Katalog mit 95 Seiten und vielen Abbildungen kostet 15 Mark.

Nur Spoerli zur ersten Basler Ballettwoche

Reg. Basel

Die Basler Theater veranstalten vom 15. bis zum 20. April erstmals eine Ballettwoche. Aufgeführt werden fast nur abendfüllende Ballette von Heinz Spoerli, so am 15. und 18. April seine neue Choreographie zu Glucks „Orpheus und Eurydike", so der „Nußknakker" (16. April), „La Fille mal gardée" (17. April) und, zum 75. Mal, die „Giselle" (19. April). Die „1. Basler Ballettwoche" endet mit einer Ballett-Gala und einem Schlußfest, bei dem u. a. Spoerlis „Arabesque", die „Verklärte Nacht", „Chäs" sowie das Solo „Sterbender Schwan" und der Pas de deux „Le Corsaire" zu sehen sind.

Dokumentarfilm über Arthur Rubinstein

JJG, Warschau

In den Warschauer Filmateliers wurde jetzt ein Dokumentarfilm des unlängst verstorbenen, in Lodz geborenen jüdisch-polnischen Pianisten Arthur Rubinstein fertiggestellt. Am Drehbuch war als Mitautor der polnische Musikkritiker Z. Sierpinski beteiligt. Der Dokumentarfilm mit dem Titel „Ich war stets ein glücklicher Mensch" (ein Zitat Rubinsteins) zeigt Konzerte, Interviews und Gespräche mit dem weltberühmten Virtuosen sowie eine „Filmskizze", die vor zwei Jahren in seiner Genfer Wohnung gemacht wurde.

Filmplakat-Künstler in Toulouse gewürdigt

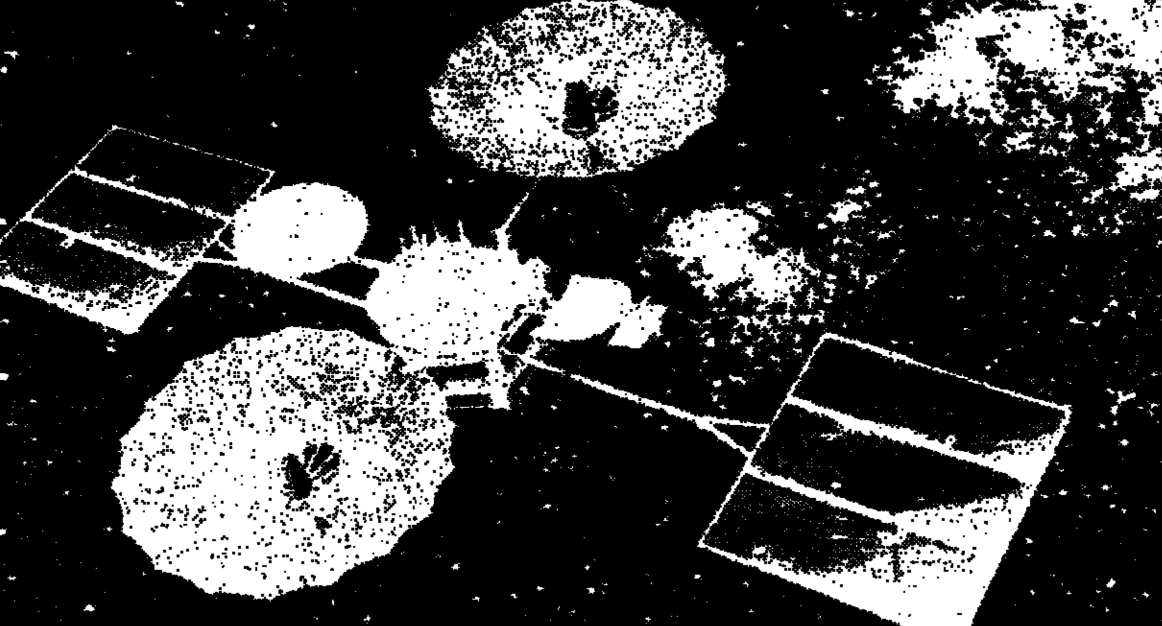
AFP, Toulouse

Mit einer Ausstellung in Toulouse wird ein Künstler gewürdigt, dessen Werke Millionen von Franzosen kennen, ohne jemals den Namen ihres Schöpfers erfahren zu haben: Roger Soubie, der von den zwanziger bis in die sechziger Jahre Kinoplakate für die in Frankreich gezeigten Hollywood-Filme malte. Von Soubie stammen die Entwürfe für „Vom Winde verweht", „Meuterei auf der Bounty", „Tarzan" und „Pinocchio" und die Quadriga auf dem Plakat, das für den Mammutschinken „Ben Hur" warb. Der 85jährige Soubie hält die Würdigung für „20 Jahre verspätet", die Ausstellung aber für „ein wenig verfrüht".

Industriephotographien von Ruth Hallensleben

DW. Wuppertal

Sie selbst bezeichnete sich einmal als „Feld-, Wald- und Wiesenphotographin", aber das war das Understatement einer selbstbewußten Frau, die ihr Metier beherrschte: die Industriephotographie. Das belegt die Ausstellung „Ruth Hallensleben – Industriephotographie" im Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum. Ruth Hallensleben (1898–1977) verstand technische Anlagen so aufzunehmen, daß sie Dokument und Bild waren. Wo Menschen in Erscheinung treten, fehlt jede Heroisierung genauso wie jede Elendsmalerei. Das hebt diese Photos aus der Fülle heraus. Die Ausstellung ist bis zum 30. April zu sehen, der Katalog kostet 7 Mark.



Zu voller Größe entfaltet (wie auf dieser Montage) zieht der Satellit, den Challenger ausgespuckt hat, seine Bahn – allerdings leider die falsche.
FOTO: AP

Challengers Kunstmond kam auf die schiefe Bahn

Von ADALBERT BÄRWOLF

Mit vollentfalteten blauen Sonnenflügeln und regenschirmähnlichen goldenen Parabolantennen zog der größte Nachrichtensatellit der Welt in der Nacht zu Donnerstag auf der einem gigantischen Osterei gleichenden Bahn um die Erde. Zwar funktionieren alle elektronischen Elemente der hypermodernen kosmischen Fernmeldezentrale, die keinesgleichen kennt, einwandfrei, doch die eiförmige Bahn entspricht gar nicht den Wünschen der NASA und der US Air Force, die so große Hoffnungen in den 100-Millionen-Dollar-Nachrichtenturm im Kosmos gesetzt hatten. Denn der „Wunder-Satellit" sollte in 35 800 Kilometer Höhe scheinbar stillstehen und den ersten Eckpfeiler einer lückenlosen Nachrichtenbrücke zur ununterbrochenen Versorgung bemannter Satelliten mit Daten bilden.

Bis fast zum Schluß des komplexen Entfaltungs- und Stationierungsmanövers war alles gutgegangen: Die Astronauten Story Musgrave und Donald Peterson hatten die sperrige Fracht von elf Meter Länge und 18 000 Kilogramm Erdgewicht genauso, wie sie es hundertmal im Simulator geübt hatten, durch Federkraft aus der Ladeluke des Raumflugzeugs Challenger herausbugsiert. Dabei mußte Shuttle-Kapitän Paul Weitz auf der Hut sein, daß der teure Kunstmond, dessen vergoldete Parabolantennen wie ein Knirps zusammengefaltet waren, nicht mit dem Raumschiff kollidierte, das gerade südlich der Insel Ascension über den Atlantik zog. Nur Lichter innerhalb der 18 Meter langen Frachtluke von Challenger erleuchteten die Szene. Alle Kommandos für die Entfaltungsaktion gaben die Astronauten von Hand. Die Computer waren vollkommen kaltgestellt.

Etwa eine Stunde nach dem Entladen zündete dann programmgemäß die erste Stufe der mit dem Satelliten verbundenen Rakete, die den Satelliten mit „fliegendem" Start unter Ausnutzung der bereits von Challenger erreichten Orbitalgeschwindigkeit von 28 000 Stundenkilometer in die geostationäre Bahn tragen sollte. Dabei wurden alle Kommandos an die Elektronenhirne in der von Boeing gebauten Rakete ausschließlich vom Boden, von der Satellitenkontrollstation Sunnyvale südlich von San Francisco, gegeben. Hier liegt die Steuerzentrale der US Air Force, die nach 1986 die rein militärischen Einsätze der Shuttle-Flotte leiten wird.

Beim Zünden der zweiten Stufe muß dann aber etwas schiefgegangen sein. Der elektronische „Zauber-Satellit", der in der Lage ist, innerhalb einer einzigen Sekunde den Text eines 140 Bände umfassenden Nachschlagewerks zu übermitteln, erreichte nur die eiförmige, die elliptische Bahn, nicht aber den „festen" Verankerungspunkt in bald 36 000 Kilometer Höhe. Bliebe der Satellit mit dem Kürzel TDRS (Tracking and Data Relay Satellite), also Relais-Satellit für Datenübermittlung und Vermessung, auf der eingeschlagenen Bahn, wäre die Hokuspokus-Elektronik in dem 100-Millionen-Kunstmond wenig nützlich.

Aber so schnell geben die Amerikaner, die auf dem elektronischen Klavier der Satellitentechnik spielerisch alle Tasten beherrschen, nicht auf. Ihr Krisenmanagement ist oft erprobt und beeindruckend. Das wird sich höchstwahrscheinlich auch im Fall TDRS beweisen. Im Zusammenspiel von drei Management-Zentren – Houston, White Sands und Sunnyvale – soll das Problem gelöst werden. Dies ist etwa der Plan:

TDRS zieht weiter ohne seine Trägerrakete, der die Panne zugeschrieben werden muß, auf der falschen Bahn um die Erde. Aber der Satellit hat Antriebsmittel an Bord, die normalerweise über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren dazu verwendet würden, TDRS auf Station zu halten. Nun spielen die Manager mit dem Gedanken, diesen Treibstoff für die Bahnkorrektur zu opfern. Ob es geht, ist eine Frage der vorhandenen Energie. Geht es, müßte dieser Trick mit einem großen Manko erkauft werden: Mit leeren Tanks für die Positionskorrektur würde TDRS nur kurze Zeit von Nutzen sein. Es fehlt der Tanker, der den „Sprit" bringt.

Nach Jahren ist Indien wieder „Feuchtgebiet"

Alkoholverbot gilt nur noch am ersten Tag des Monats

HELLA STEINWEG, **Neu-Delhi**

Zum ersten Mal seit Jahren können die Inder auch in der Öffentlichkeit völlig legal wieder Alkohol trinken. Die Regierung hob zum 1. April offiziell die Prohibition auf, nachdem die staatlich erzwungene Abstinenz in der letzten Zeit schon mehr und mehr „unterspült" worden war.

Ausgerechnet aber am ersten Tag der neuen feuchten Zeitrechnung mußten die, die es nach einem großen Schluck verlangte, noch darben. Der erste Tag eines jeden Monats, so wurde verfügt, soll auch in Zukunft ein „trockener Tag" sein, an dem Alkohol im Lande weder serviert noch verkauft werden darf.

Das Alkoholverbot hatte den Subkontinent seit 1977 in kleinen Schritten erfaßt – unter dem Regiment des Premierministers Morarji Desai, der selbst als strenger Abstinenzler bekannt ist. Mehr und mehr Tage eines Monats waren zu sogenannten „trockenen Tagen" bestimmt worden. Gleichzeitig wurde auch die Zahl der Lizenzen zum Alkoholausschank in den privaten Klubs der großen Städte nach und nach eingeschränkt. Während jedoch Inder in Restaurants und Bars keinen Alkohol mehr bekamen, machte man für Ausländer eine Ausnahme, weil sie ihre Rechnungen in harten Devisen bezahlten.

Ausländer hatten ein „Recht auf Schnaps"

Als dann jedoch im Januar 1980 Indira Gandhi die Macht zurückgewann, wurden die strengen Sitten langsam wieder gelockert. In den einzelnen Bundesstaaten legte man die Gesetze unterschiedlich aus, und vor allem die Bestimmung, daß Ausländer weiterhin ein „Recht auf Schnaps" hatten, führte in der Öffentlichkeit immer wieder zu peinlichen Situationen. Wie etwa sollte ein Kellner sich verhalten, wenn Inder zusammen mit ausländischen Gästen die Bar belagerten und per Sammelbestellung nach Alkohol verlangten. Es konnte nicht ausbleiben, daß bei aller Strenge des Gesetzes an den Theken des Landes so manches Auge zugedrückt wurde.

Prohibition wirkt weiter über den Preis

So ging der Übergang von den trockenen auf die feuchten Zeiten dann im großen und ganzen auch ruhig vonstatten, der Run auf die Tresen blieb aus. Das liegt mit Sicherheit auch an den extrem hohen Steuern, die in Indien auf Alkoholika jeder Art liegen. So kostet etwa ein Long-Drink an der Bar des Hotels Tadsch Mahal in Neu-Delhi 60 Rupien (rund 15 Mark). In Bombay und Kalkutta, Indiens größten Hafenstädten, zahlt man leicht das Doppelte. Legt man den durchschnittlichen Jahresverdienst eines indischen Arbeiters zugrunde, den die Regierung kürzlich mit rund 1500 Rupien angab, wird ein Drink in der Bar zu einem schier unerschwinglichen Luxus für Normalverbraucher.

Und zum 1. April wurde nicht nur die Prohibition abgeschafft, sondern gleichzeitig auch die Gebühr für eine Alkoholausschank-Lizenz verdoppelt. Das bedeutet, daß etwa das Management des Tadsch Mahal für seine Bar nicht 25 000 Rupien im Jahr, sondern 50 000 abführen muß. Und das wird dazu führen, daß man bald an indischen Bars besser pures Gold schlürfen kann.

Das Gift aus Seveso bleibt verschwunden

AP, **Basel**

Für den Basler Chemiekonzern Hoffmann la Roche ist die Vernichtung von 41 Fässern mit hochgiftigen Dioxin-Abfällen aus dem italienischen Seveso abgeschlossen. Wo die Fässer lagern, die 2,2 Tonnen verseuchtes Material mit insgesamt 200 bis 300 Gramm des Gifts enthalten, wisse die Firma nicht, erklärte gestern ein Sprecher des Unternehmens. Die Firma Mannesmann habe sich im Vernichtungsvertrag ausdrücklich die Geheimhaltungspflicht über den Zielort ausgebeten.

Mit dem Abtransport des Giftmülls am 10. September 1982 sei für Hoffmann la Roche die Verantwortung entfallen. Im Dezember vergangenen Jahres sei vereinbarungsgemäß die notariell beglaubigte Bestätigung von Mannesmann eingegangen, wonach der Inhalt der 41 Giftfässer „ordnungsgemäß und allen Auflagen entsprechend" vernichtet worden sei. Der Sprecher sagte weiter, daß sich im Zusammenhang mit aufgekommenen Spekulationen über den Verbleib der Fässer das für den Umweltschutz zuständige Innenministerium der Bundesrepublik mit dem Chemiekonzern in Verbindung gesetzt habe. Beim schweizerischen Innenministerium sei entgegen anderslautenden Berichten bisher kein Auskunftsersuchen aus Bonn eingegangen.

Arzt mit Blaulicht

AP, **Bonn**

In einem einjährigen Versuch sollen fünf Autos niedergelassener Ärzte in Oberbayern, die zum Noteinsatz bei Unfällen herangezogen werden, mit Martinshorn und Blaulicht ausgestattet werden. Mit dem von mehreren Ministerien unterstützten Versuch des Hartmannbundes soll festgestellt werden, ob auf diese Weise für schnellere Hilfe gesorgt werden kann.

Oster-Einbrecher gefilmt

SAD, **New York**

Die Einbrecher, die am Osterwochenende aus einem New Yorker Schmuckgeschäft 400 Kilo Goldketten im Wert von umgerechnet 14,4 Millionen Mark erbeuteten, sind bei ihrem Coup fünf Minuten lang von einer automatischen Kamera gefilmt worden.

Falsche Werbung gerügt

rtr, **Karlsruhe**

Für das Arzneimittel Thomapyrin N darf nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) nicht mit dem Zusatz „bewährt auch bei Erkältung und Grippe" geworben werden (AZ: I ZR 183/80). Diese Werbung läßt nach Ansicht der Richter den Schluß zu, das Arzneimittel sei wirkungsvoll gegen die Ursachen eines grippalen Infektes oder einer Influenza. Dabei lindere es lediglich die Symptome dieser Krankheiten.

Protest gegen Urteil

dpa, **Palermo**

Die Entscheidung eines Gerichts von Palermo, drei mutmaßliche Mafia-Bosse in abgelegene sardische Gemeinden zu „verbannen", hat die Gemeinde Osuni so geschockt, daß der gesamte Gemeinderat aus Protest zurücktrat.

Neue Galaxis entdeckt

AP, **Tucson**

Amerikanische Wissenschaftler haben ein zehn Milliarden Lichtjahre von der Erde entferntes Sternsystem entdeckt. Es handelt sich dabei um die am weitesten von der Erde entfernte Galaxis, die je mit einem optischen Teleskop betrachtet worden ist. Der Astronom Hyron Spinrad hatte das Sternsystem, das sich mit einer Geschwindigkeit von 200 000 Kilometer in der Sekunde von der Erde entfernt, bereits vergangenen Herbst entdeckt, wie erst jetzt bekannt wurde.

Wieder U-Bahn-Unglück?

SAD, **London**

Mehrere Tote soll bereits in der vergangenen Woche ein schweres Unglück in der Moskauer Metro gefordert haben, meldete gestern die Londoner „Times". Bereits im vergangenen Februar war von einer ähnlichen Katastrophe die Rede. Damals sollen 20 Menschen zu Tode gestürzt sein, nachdem eine Rolltreppe zusammengebrochen war.

Gefährliche Dämpfe

AFP, **Zarate**

Mehr als 200 Kinder sind in der argentinischen Stadt Zarate (rund 100 Kilometer nordwestlich von Buenos Aires) durch Quecksilberdämpfe aus einer stillgelegten Fabrik erkrankt. In dem Gebiet sollen Tausende von Personen von den Vergiftungen bedroht sein. Zu den näheren Umständen äußern sich die Behörden bisher noch zurückhaltend.

LEUTE HEUTE

Prinzlicher Pflichtteil

Der verstorbene Ex-König **Umberto** von Italien hat seinen einzigen Sohn, den 46jährigen **Vittorio Emmanuele von Savoyen** (Foto), im Testament nur mit dem Pflichtteil



bedacht. Der Prinz erbte nur die in Italien liegenden Schlösser der Familie. Die sind für ihn jedoch wertlos, da der italienische Staat darauf Anspruch erhebt. Das Auslandsvermögen in Millionenhöhe des Ex-Königs dagegen sollen seine Töchter **Maria Pia** und **Maria Gabriella** erhalten.

Himmelweiter Vorsprung

Robert Dole (59), republikanischer Senator aus Kansas, hat dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten **John Glenn** vorgeworfen, er nutze seine Popularität als erster US-Astronaut auf unfaire Weise aus. „Es ist genauso", ärgerte sich Dole, „als wenn ich ein Porträt von mir enthüllen würde, das mich zeigt, wie ich 1944 Italien mit eingenommen habe."

Jäh endete das süße Leben „unter dem Wind"

Zwei Jahre nach seiner Riesenpleite verfing sich der Berliner Architekt Garski im Netz von Interpol

H. KARUTZ/F. DIEDERICHS, **Berlin**

Unter der meerblauen Nationalflagge mit dem gelben Streifen und den sechs weißen Sternen der Niederländischen Antillen endete am Karfreitag die Flucht des „Richard Kimble" der Berliner Politik: Dietrich Garski (52), Architekt, eingeschriebener FDP-Mann und indirekt verantwortlich für den Sturz des sozial-liberalen Senats unter Dietrich Stobbe (SPD) im Januar 1981, ging als „Dietrich Gardeiner" mit einem falschen Paß ins Interpol-Netz.

Insgesamt 93 Millionen Mark mußten die Berliner Steuerzahler an die städtische „Berliner Bank" geben, weil der Senat für Garskis Wüsten-Bauten im arabischen Sand gebürgt und dem schlechten Geld am Ende noch einmal 25,8 Millionen Mark nachgeworfen hatte. In Berlin wartet nun die Staatsanwaltschaft auf ihren prominenten Klienten. Falls Gouverneur Bernadito M. Leito seinen prominenten „Touristen" ausliefert... Das Bundesjustizministerium verhandelt mit den Niederlanden über eine Auslieferung des wegen Verdachts auf Kreditbetrug und Untreue seit Juli 1982 mit internationalem Haftbefehl Gesuchten.

Auf Berliner Boden war Dietrich Garski zuletzt um den 8. Dezember 1980 gesichtet worden – eine Woche, bevor die Staatsanwaltschaft die Büroräume seiner abgewirtschafteten „Bautechnik KG" durchsuchte. Damals lief er auf dem Flughafen Tegel ausgerechnet jenen Managern über den Weg, die wenig später ihre Kredite an den Jet-Set-Architekten vorerst abschreiben mußten. Die Herren von der „Berliner Bank" grüßten ihn ein letztes Mal am Abflugschalter nach Zürich, wo Garski in offenkundiger Urlaubsstimmung und inmitten großen Gepäcks stand.

Garski sonnte sich zunächst, von der Justiz noch unbehelligt, auf den Bahamas, wo er und seine blonde Ex-Sekretärin von Reportern aufgespürt wurden. Über Australien ging die Reise des Familienvaters ins kanadische Toronto, wo er 1972 für 43 Millionen Mark eine Bank, einen U-Bahnhof und beste Kontakte aufgebaut hatte.

Als im Juli 1982 dann Interpol auch im Lande des Ahorns nach ihm fahndete, wurde ihm der Boden zu heiß. Sein frisierter deutscher Reisepaß verhalf ihm zwar noch bis Miami und zum Ticket auf die Niederländischen Antillen. Auf dem Flughafen „Princess Juliana" aber endete jetzt das erstrebte süße Leben auf den „Inseln unter dem Wind".

299 Tage nach dem spurenreichen Verschwinden Garskis, der einst zur aller Ehren werten Berliner Gesellschaft zählte, gibt seine Festnahme endlich der damals „verbrannten" Politiker-Generation der Vierziger in Berlin die Chance, sich zu rehabilitieren: „Die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen langsam, aber mit spätem Erfolg", meinte Dietrich Stobbe, Ex-„Regierender" und heute SPD-Bundestagsabgeordneter, in New York zur WELT.

Auch Wolfgang Lüder, Ex-Bürgermeister und wegen des Garski-Skandals im Januar 1981 von der eigenen FDP-Fraktion „gekippter" Wirtschaftssenator, hegt Hoffnungen: „Ich sehe mit einer gewissen Erleichterung die Chance, die Sache nun aufzuklären, falls Garski ausgeliefert wird." Schadenersatzforderungen gegen ihren einstigen guten Kunden müsse nun die städtische „Berliner Bank" einklagen. „Hier in Deutschland wird Garski allerdings kaum einen Pfennig besitzen und einen Offenbarungseid leisten."

Ebenso wie Lüder war auch Ex-Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) im vorigen Jahr im Zuge des Ermittlungsverfahrens gegen Garski von der Staatsanwaltschaft gehört worden. Riebschläger – er hatte als einziger Politiker und Banker seine Skepsis frühzeitig erkennen lassen, aber vergebens gewarnt – erfuhr im Osterurlaub von Garskis Festnahme: „Das ist jetzt ein Fall für die Justiz", stellte er lediglich sachlich fest.

Aber die Geschäfte des ehrgeizigen Baulöwen zerstörten nicht nur die Karrieren von Politikern, die andernfalls heute noch Berlin regierten, sondern zwangen auch Bank-Vorstandsmitglied Jakob Kehren in den vorzeitigen Ruhestand.

Auf Garskis Gewissen aber müßten noch weit schwerere Last ruhen – die Dutzende kleinerer und mittlerer Firmen, die nach dem Schock des Jahrhundert-Eklats reihenweise in den Konkurs getrieben wurden und die Berliner Arbeitslosen-Statistik hochschnellen ließen. Denn: Rigoros stoppte Stobbe-Nachfolger Hans-Jochen Vogel die früher mit leichter Hand gehandhabte Vergabepraxis für Senats-Bürgschaften. Selbst für die „kleinen Risiken" stand nun kein Großer mehr gerade.



Ein Bild aus besseren Zeiten – Dietrich Garski an seinem Berliner Schreibtisch.
FOTO: SIGI HEINKOW

Schleust Kuba Rauschgift in die USA?

AP, **New York**

Die kubanische Regierung schleust angeblich über ein Netz von 400 Agenten in großer Menge Rauschgift in die USA, um es dort mit Gewinnen in Millionenhöhe auf den Drogenmarkt zu werfen. Dies behauptete zumindest der frühere kubanische Agent Mario Estevez Gonzalez vor dem Senatsausschuß für Kriminalität des US-Staates New York. Er selbst sei einer von 3000 kubanischen Geheimagenten gewesen, die zusammen mit 125 000 Flüchtlingen im Jahre 1980 mit Booten in die USA gelangt seien, sagte Estevez. Zusammen mit 400 der Agenten habe er den US-Markt regelmäßig mit Kokain, Marihuana und anderen Rauschgiften versorgt. Bei regelmäßigen Besuchen in Havana habe er seinem als „Oberstleutnant Carlos" bezeichneten Kontaktmann im kubanischen Innenministerium insgesamt sieben Millionen Dollar Gewinn aus den Drogengeschäften übergeben.

Das von ihm gehandelte Rauschgift sei für New York bestimmt gewesen, sagte Estevez weiter. Er persönlich habe mit 30 verschiedenen Käufern in Miami Kontakte gehabt. Estevez war der wichtigste Zeuge der Staatsanwaltschaft von Miami im Prozeß gegen fünf kubanische Drogenschmuggler. Die fünf Männer wurden im Februar der Verschwörung mit der kubanischen Regierung zum Zwecke der Drogeneinfuhr in die USA für schuldig befunden. Kuba bestreitet jede Verwicklung in den amerikanischen Drogenhandel.

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Die an der Südflanke eines umfangreichen Tiefdrucksystems über Nordwesteuropa einströmende Meeresluft gelangt unter kurzen Zwischenhocheinfluß, bevor zum Abend ein Tiefausläufer von Südwesten her auf Deutschland übergreift.

Deutscher Wetterdienst 6. April 1983, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:
Gesamtes Bundesgebiet: Im Südosten anfangs noch bedeckt und Regen. Sonst wechselnde Bewölkung mit einzelnen Schauern. In Nordwesten längere Aufheiterungen. Tagestemperaturen 7 bis 12 Grad, in den Mittelgebirgen um 4 Grad, in den Alpen in 2000 m Höhe um minus 2 Grad, abends Bewölkungsaufzug und andauernder Regen. Tiefsttemperaturen um 4 Grad. Mäßiger, abends auffrischender Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Unbeständig

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	28°
Bonn	7°	Kopenh.	7°
Dresden	9°	Las Palmas	18°
Essen	7°	London	8°
Frankfurt	8°	Madrid	13°
Hamburg	5°	Mailand	12°
List/Sylt	5°	Mallorca	17°
München	6°	Moskau	8°
Stuttgart	6°	Nizza	17°
Algier	19°	Oslo	2°
Amsterdam	7°	Paris	9°
Athen	16°	Prag	7°
Barcelona	17°	Rom	17°
Brüssel	7°	Stockholm	2°
Budapest	12°	Tel Aviv	26°
Bukarest	15°	Tunis	18°
Helsinki	9°	Wien	12°
Istanbul	11°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 6.44 Uhr, Untergang: 20.05 Uhr; **Mondaufgang:** 5.29 Uhr, Untergang 14.26 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Der „heiße Draht" blieb meistens kalt

HANS-J. STÜCK, **Washington**

Nach Bewältigung einer Weltkrise mit viel Vorschußlorbeeren eingeweiht, in Film und Satire (meist falsch) besungen, sonst aber (fast) ungenutzt und vergessen, wurde er jetzt 20 Jahre alt – der berühmte „heiße Draht", den einst Kennedy und Chruschtschow legen ließen, um den Frieden durch eine unbürokratische Kommunikationsmöglichkeit auf höchster Ebene sicherer zu machen.

Das Jubiläum verstrich ohne Feier, denn die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind – wieder mal – im Keller. Doch der „heiße Draht", inzwischen längst ein Kommunikationswunder per Nachrichtensatellit, steht nach wie vor auf Knopfdruck parat, falls sich Ronald Reagan und Jurij Andropow doch einmal etwas in Blitzeseile oder Verschwiegenheit zu sagen hätten.

Ganz ohne Zeugen ginge dies allerdings nicht, denn entgegen landläufiger Auffassung steht auf Reagans Schreibtisch kein rotes Telefon mit der Aufschrift „Kreml". Die Verbindung käme per Fernschreiber zustande, dessen Textschlangen in Washington auf russisch und in Moskau auf englisch einliefen.

Als die Fernschreibverbindung nach dem Ende der Kuba-Krise installiert wurde, tickerten die amerikanischen Ingenieure ihre obligate Testsendung nach Moskau, deren klassisch-branchenübliche Formulierung „The quick brown fox jumped over the lazy dogs back" (Der schnelle braune Fuchs sprang über den Rücken des faulen Hundes) auf sowjetischer Seite größtes Mißtrauen auslöste.

Die Russen fragten aufgeregt zurück, warum der schnelle braune Fuchs über den Rücken des faulen Hundes springt und was die kuriosen Vierbeiner überhaupt zu bedeuten hätten. Nachdem man in Moskau aufgeklärt worden war, kam als Antwort eine lyrische Beschreibung eines Sonnenuntergangs an der Moskwa. Dabei blieb es dann mehr oder weniger.

Wie häufig man überhaupt miteinander gesprochen hat – darüber hat sich das Weiße Haus nie ausgelassen. Als sicher gilt jedoch, daß Präsident Johnson während des Sechstagekrieges 1967 zum heißen Draht griff, um die Sowjets zur Zurückhaltung zu ermahnen. Aus den Memoiren des früheren Außenministers Henry Kissinger ist bekannt, daß die direkte Leitung zum Kreml während des indisch-pakistanischen Krieges 1971 und des Nahostkrieges '73 benutzt wurde.

Jimmy Carter schließlich war der erste und letzte US-Präsident, der den „heißen Draht" nicht nur in Notfällen, sondern auch für private Botschaften an die Sowjetführer einsetzen wollte. Die Absicht scheiterte jedoch sehr bald an dem Umstand, daß es sowohl in Washington wie in Moskau zu viele offizielle „Mitleser" gegeben hätte. Doch Carter setzte den Draht noch einmal ein, um Breschnew nach der Invasion in Afghanistan einen geharnischten Protest zukommen zu lassen.

Interessanterweise waren die Sowjets und Amerikaner bei der Installierung unausgesprochen von der Voraussetzung ausgegangen, daß sowohl im Kreml als auch im Weißen Haus 24 Stunden am Tag Dolmetscher zur Verfügung stehen. Erst Jahre später wurden an beiden Enden der Leitung Uhren mit den unterschiedlichen Zeitangaben angebracht, um stets daran zu erinnern, welche Stunde der anderen Seite jeweils gerade schlägt. Die Maßnahme signalisierte Einverständnis in einem Teilaspekt: Zu gewissen Zeiten sollten selbst Dolmetscher, Kremlbosse und Präsidenten schlafen dürfen. (SAD)

Spezialeinheit jagt Amokschützen

AP, **Delft**

Mit Hilfe einer Spezialeinheit fahndet die Polizei der niederländischen Stadt Delft seit gestern nach einem Amokschützen, der am Vorabend in einem Café in der Innenstadt ein Blutbad angerichtet hat. Dabei waren sechs Menschen, darunter ein 12jähriges Mädchen und seine Mutter, getötet und vier verletzt worden. Das Café liegt nur 50 Meter von einer Polizeiwache entfernt, doch der Täter konnte entkommen. Als Verdächtigen sucht die Polizei einen Arbeitslosen mit niederländischer Staatsbürgerschaft, aber türkischer Herkunft. Nach Angaben der Polizei hatte der Wirt, der später selbst verletzt wurde, einem Gast erzählt, daß ein Mann am anderen Ende der Theke gedroht habe, ihn umzubringen. Als der Gast auf den Mann zuging, um ihn zu fragen, was denn los sei, zog der eine automatische Pistole und schoß um sich. Die Polizei betrachtet den Fall als gewöhnlichen Wirtshausstreit, der „entsetzlich ausgeartet" sei. Worum es bei dem Streit ging, konnte bislang allerdings nicht geklärt werden.

ZU GUTER LETZT

Kurze und präzise amtliche Mitteilung an einer Bürotür in der Kfz-Anmeldestelle des New Yorker Stadtteils Brooklyn: „Zimmer 232 ist in Zimmer 464 umgezogen."